

Editorial

Heft 60 der „Mitteilungen“ erscheint abermals unter den Bedingungen der Corona-Pandemie und nach einem Sommer, der in allen Teilen der Nordhalbkugel der Erde die Realität des menschengemachten Klimawandels opferreich vor Augen führte. Diese Realität wird zu den Arbeits- und Lebensbedingungen unserer und zukünftiger Generationen dazugehören. Für uns als Redaktion hieß dies vor allem, dass auch Heft 60 im Homeoffice entstehen und wachsen musste.

Vor 80 Jahren überfiel die faschistische Wehrmacht die Sowjetunion. Der Vernichtungskrieg im Osten forderte 27 Millionen Tote unter den Menschen der Sowjetunion und brachte den Krieg dorthin zurück, wo er begonnen wurde: nach Deutschland. Umso weniger ist es für uns von daher verständlich, dass es keinen offiziellen Gedenkakt des deutschen Bundestages unter Einschluss offizieller Vertreter Russlands gab. Nur Bundespräsident Steinmeier und die Linksfraktion fanden die passenden Worte der Erinnerung an ein furchtbares Kriegsverbrechen.

In Heft 60 werden erneut Einrichtungen und Initiativen der Erinnerungskultur und des Wissensschatzes der Arbeiterbewegung vorgestellt. Der Bogen spannt sich von lokalen Initiativen über das Archiv schreibende ArbeiterInnen bis nach Wien und Zürich, wo linkssozialistische und kommunistische Traditionen historisch aufgearbeitet werden. Den Bereich der Alltagskultur der DDR repräsentieren das „Haus der Alltagsgeschichte“ in Wittenberg und die Peter-Sodann-Bibliothek. Interessante Dokumente der Zeitgeschichte werden ebenfalls angeboten. Eckhard Müller hat einen Brief von Helmi Liebknecht an Ossip Pjatzitzky (Exekutivkomitee des EKKI) bearbeitet. Erwin Lewin beschäftigt sich erneut mit der Geschichte Albaniens, Siegfried Prokop mit der DDR-Kultur 1959 und Inge Pardon ergänzt die Ausführungen des Interviews (Heft 59) um entsprechende Dokumente. Als Interviewpartnerin stand uns dieses Mal Dr. Gisela Notz zur Seite. Neben den Berichten, die sich vor allem wissenschaftlichen Online-Konferenzen widmen, dürfen auch Berichte aus der aktuellen Forschungslandschaft nicht fehlen: Riccardo Altieri und Robert Schmieder geben Auskunft über ihre Dissertationsprojekte. Buchvorstellungen runden Heft 60 ab, das somit noch im Zeichen des 30. Gründungsjubiläums des Förderkreises steht.

Wir wünschen viel Freude beim Lesen!

Die Redaktion

Inhalt

Aus den Archiven	7
Schwarz auf weiß – das Archiv schreibende ArbeiterInnen <i>Dolores Pieschke</i>	7
Die Alfred Klahr Gesellschaft <i>Manfred Mugrauer</i>	10
Die Robert-Grimm-Gesellschaft <i>Andreas Berz, Bernard Degen, Monika Wicki</i>	13
Sozialreformerin und Archivarin: Siddy Wronsky (1883-1947) <i>Cornelia Wenzel</i>	15
Bibliotheken und Erinnerungsstätten	18
„... wider dem vergehen“ – Die Peter-Sodann-Bibliothek <i>Dagmar Goldbeck</i>	18
Ein Geschichts- und Lernort auf dem Areal der ehemaligen Garde-Dragonerkaserne in Kreuzberg <i>Peter Manz und Günter Watermeier</i>	20
Klang der Stolpersteine in Jena <i>Till Noack</i>	23
Musealisierte DDR-Alltagskultur in der Lutherstadt Wittenberg <i>Christel Panzig</i>	24
Interview	29
Im Gespräch mit Dr. Gisela Notz <i>Holger Czitrich-Stahl / Rainer Holze</i>	29

Besondere Zeitdokumente	35
Brief von Helmi Liebknecht an Pjatnitzky Entziffert und vorgestellt von <i>Eckhard Müller</i>	35
Neue Quellen zum Widerstreit zwischen Anhängern und Gegnern der Restauration in Albanien in der „Gesamtalbanischen Förderation VATRA“ in Nordamerika 1926 <i>Erwin Lewin</i>	40
DDR-Kultur 1959 <i>Siegfried Prokop</i>	52
Dokumente zur Vorgeschichte des Förderkreises und zur Sicherung des Zentralen Parteiarchivs der SED <i>Inge Pardon</i>	55
Berichte	65
Bericht über die Konferenz „Die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien“ der Robert-Grimm-Gesellschaft (Zürich) <i>Holger Czitrich-Stahl</i>	65
„Kohäsionskräfte in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914“ – Fachkonferenz organisiert vom AdsD am 18./19. Februar 2021 <i>Thaisa Cäsar</i>	68
Gegenrevolution 1920. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch in Mitteldeutsch- land. Zur Wanderausstellung im Stadtmuseum Göhre in Jena <i>Holger Czitrich-Stahl</i>	72
Neues aus der Forschung	74
Rosi Wolfstein und Paul Frölich. Ein Werkstattbericht aus der biografischen Netzwerkforschung zweier transnationaler Linker <i>Riccardo Altieri</i>	74

Die sozialen Netzwerke der jüdischen Arbeiterbewegung Englands und ihre transnationalen Verbindungen nach Osteuropa und in die USA <i>Robert Schmieder</i>	78
Aus dem Vereinsleben	82
Dagmar Goldbeck zum 80. <i>Jürgen Stroech, Heinz Sommer</i>	82
Buchbesprechungen & Literaturhinweise	83
Eckart Conze: Schatten des Kaiserreichs. Die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe <i>Claus Kirsten</i>	83
Von Trier in die Welt. Karl Marx, seine Ideen und ihre Wirkung bis heute. Begleitbuch zur Dauerausstellung im Museum Karl-Marx-Haus <i>Holger Czitrich-Stahl</i>	86
Hans Hautmann: Schriften zur Arbeiterbewegung 1917-1920 <i>Bernd Hüttner</i>	89
Bernd Schimmler: Zwischen Humboldthain und den Rehbergen. Die Geschichte der Sozialdemokratie im „roten Wedding“ von Berlin <i>Holger Czitrich-Stahl</i>	90
Krätke/Reinhardt/Scholle/Stache (Hg.): SPD-Linke zwischen Revolution, linken Bewegungen und radikalem Reformismus <i>Robert von Olberg</i>	91
Ronny Noak: Die Heimvolkshochschule Tinz. Ein Experimentierfeld sozialistischer Bildung Julian P. J. Degen/Christian Schaft/Paul Wellsow: „... bleibe stolz und trage Deinen Kopf hoch“. Eine Kurzbiografie über Karl Zink <i>Holger Czitrich-Stahl</i>	94

Jürgen Hofmann: Ein Friedhof für alle Bekenntnisse. Der Zentralfriedhof Friedrichsfelde in Berlin <i>Walter Schmidt</i>	96
Arbeiterkammer Bremen (Hrsg.): 100 Jahre für eine gerechte Arbeitswelt <i>Bernd Hüttner</i>	99
Timo Daum / Sabine Nuss (Hrsg.): Die unsichtbare Hand des Plans. Koordination und Kalkül im digitalen Kapitalismus <i>Thilo Scholle</i>	100
Informationen über Online-Publikationen zum Thema Rosa Luxemburg	104
Inhaltsverzeichnis „BzG“ 3/2021	105
Autorinnen und Autoren / Wissenschaftlicher Beirat	107

Aus den Archiven

Schwarz auf weiß – das Archiv schreibende ArbeiterInnen

Was man schwarz auf weiß besitzt, kann man beruhigt nach Hause tragen. Diese Lobpreisung des Sammelns von Geschriebenem setzten drei Frauen aus Berlin zu Beginn der Neunziger in die Tat um. Sie verkündeten in lokalen Medien der fünf neuen Länder, auf Zetteln und vor allem durch Mund-zu-Mund-Weitersagen, dass sie kommen werden und einsammeln, was von den Zirkeln der schreibenden Arbeiter übriggeblieben ist. Sie werden alles in das neugegründete „Archiv schreibende ArbeiterInnen“ schleppen, wortwörtlich, mit Rucksäcken und Reisetaschen. Dieses Archiv war ein Herzensprojekt und ein ABM-Projekt. Es wurde vom Staat finanziert. Dieser hat gerade mit dem Ende der VEB, Genossenschaften und Kultureinrichtungen auch das Ende der Bewegung der schreibenden Arbeiter betrieben.

Die drei Frauen waren meist gern gesehen. Wer etwas geschrieben hatte, egal ob zum Lob der DDR oder zu ihrer Kritik, wollte, dass es erhalten bleibt. Und dass es im besten Fall wieder gelesen wird. Die Frauen retteten sehr viel beschriebenes und bedrucktes Papier vor dem Abfallcontainer.

Dieses, unser, „Archiv schreibende ArbeiterInnen“ fand zuerst Unterschlupf in einem Frauenprojekt, zog mehrmals in Berlin um, immer auf Suche nach bezahlbarem Raum, und ist jetzt in Schöneweide angekommen.

Vor allem die Mund-zu-Mund-Propaganda war erfolgreich. Viele aus Zirkeln schreibender Arbeiter schickten Manuskripte, Unveröffentlichtes und Veröffentlichtes, Urkunden und Auszeichnungen, Zirkeltagebücher und Brigadetagebücher, Fotos.

Noch heute gucken damalige Schreibende bei uns vorbei, um Material zu bringen oder sich einfach zu unterhalten. „Die Kinder interessieren sich nicht mehr für das Geschreibsel der Alten“, sagte uns eine ehemalige schreibende Facharbeiterin vom VEB Berlin-Chemie, als sie einen Einkaufsbeutel voll mit Manuskripten auf den Tisch stellte.

Von denen, deren Gedichte und Geschichten, deren Pläne und Berichte den Fundus unseres Archivs bilden, waren die jüngsten in der dritten Klasse, die ältesten hatten das Berufsleben lange hinter sich. Sie kamen aus allen Berufsgruppen. Die einzige Voraussetzung, am Schreiben im Zirkel teilzunehmen, war die Freude am Schreiben. Die häufige Frage: „Waren das überhaupt Arbeiter?“, ist leicht und schwer zu beantworten: Ja und nein. Aus unserem Überblick waren mehr „Intellektuelle“ in den Zirkeln. Doch wie zählt man die, die tatsächlich und statistisch gesehen Arbeiter waren und sich später qualifizierten? In der DDR sollte sich jedermann an jedem Ort qualifizieren. Und – wer Literarisches lernt,

ist meist auch anderer Weiterbildung gegenüber aufgeschlossen. Anhand unseres Archivmaterials können wir diese Frage nicht beantworten. Und die Frauen, wo doch die DDR ihre eigene Art von Gleichberechtigung hatte? Ja, sie wurden in der Statistik gezählt, aber durch keine grammatische Sonderform hervorgehoben. Unserer Datenbank nach waren ein Drittel der Schreibenden weiblich, in allen Alters- und Berufsgruppen.

Was bewegte die Mitglieder der Zirkel? Liest man die Prosa und Lyrik, die diese DDR-Bürger vor siebzig bis dreißig Jahren geschrieben haben, erfährt man von den alltäglichen Dingen des Lebens, von speziellen Freuden und Kümernissen, von der Politik und vom Verhältnis zu Partei und Regierung, das manchmal vorsichtig. Besonders die Älteren setzten sich auseinander mit dem Krieg und dem Aufbau der neuen Welt, die eine bessere werden sollte, im eigenen Land und überall. Neben Schilderungen finden sich tiefgehende Gedanken und ehrliche Bekenntnisse. Alte wie Junge gestalteten Dinge des Alltags, der Arbeit, der Familie, der Gesellschaft. Manchen heutigen Leser erstaunt der Optimismus, der aus vielen Texten spricht. Allerdings, wer in der DDR gelernt hat, zwischen den Zeilen zu lesen, hat bei manchen Passagen ein doppeltes Vergnügen. Dieses Vergnügen wird mit unserer Lesergeneration leider aussterben.

Oft werden wir gefragt, ob die Zirkelmitglieder alles schreiben konnten, was sie wollten. In den allermeisten Zirkeln ja. Das hing von den Teilnehmern selbst ab und auch vom Zirkelleiter. Ehemalige berichten immer wieder von offenen Diskussionen literarischer, politischer und persönlicher Probleme. Aber, nicht alles, was gesprochen wurde, schrieb man auch auf. Weil der „mündliche“ Teil nicht überliefert wurde, kann das Archiv diesen wesentlichen Aspekt des Zirkellebens nicht widerspiegeln. Wir haben Berichte, dass Funktionäre von außerhalb des Zirkels Agitationsgedichte forderten statt Liebeslyrik, und mit Entzug der finanziellen Unterstützung drohten. Die Zirkelmitglieder entzogen sich dem, sie fanden ein neues Unterkommen in einem anderen Kulturhaus mit toleranten Funktionären. Auch erzählen Einzelne von verhinderten Veröffentlichungen, teils weil sie politisch angepasster sein sollten, teils weil die Funktionäre ein mehr einseitiges Kunstverständnis hatten.

Viele Zirkel bestanden noch Wochen oder Monate nach der Wende, wenige gibt es noch heute. Die einen hörten einfach auf zu existieren, andere nahmen das letzte Zirkelgeld und feierten Abschied. Verschiedene Literatur- und Schreibgruppen der östlichen Bundesländer könnte man als Nachfolger der Zirkel ansehen.

Was findet der Leser im Archiv schreibende ArbeiterInnen? Zwei Regalwände mit über 200 Kartons voll mit Prosa, Lyrik und Sachtexten, gedruckt, mit Hand oder Maschine geschrieben, veröffentlicht und unveröffentlicht, Zeitungsausschnitte, dazu Programme, Pläne und Berichte, Anthologien, Bücher, deren Autoren Zirkelleiter oder Zirkelmitglieder waren. Unser Dokumentenbestand ist

bis heute auf ca. 20.000 Texte aller Art angewachsen. Alles ist nach Autoren oder Zirkeln geordnet. Wir haben Nachweise von über 2.000 Autoren aus Zirkeln und ohne Zirkelbindung. Besonders erfreut sind wir über unsere 5 lfd. M. Anthologien, die von Betrieben, Zirkeln, Kulturinstitutionen oder staatlichen Organen herausgegeben wurden. Sie enthalten Texte von schreibenden Werktätigen oder Schülern und viele auch Bilder aus Mal- und Grafikzirkeln. Seit zwei Jahren bitten wir „Ehemalige“, uns ein Zeitzeugeninterview zu geben.

Unsere Datenbank enthält die bibliografischen und inhaltlichen Charakteristika der einzelnen Werke. Sie ist noch im Aufbau, aber schon gut für Recherchen nutzbar. Unsere Sammlung enthält mehr als 1.000 Fotos aus dem Zirkelleben, Urkunden und Medaillen. Unser Bestand ist im Kalliope Verbundkatalog der Bibliotheken, Archive, Museen und verwandter Einrichtungen nachgewiesen.

Wer kann diese Schätze nutzen? Jeder. Die Nutzung ist kostenlos. Haben wir bei der Beratung oder der Zuarbeit für den Nutzer einen größeren Aufwand, bitten wir um eine Spende. Bisher waren die meisten Gäste Wissenschaftler und Studenten, Journalisten und Privatpersonen, die sich für das literarische Erbe von den Eltern oder Großeltern interessierten.

In der letzten Zeit ist das wirkliche Interesse am Leben in der DDR gestiegen und damit auch an der Bewegung schreibender Arbeiter. Diese Aufmerksamkeit kommt auch unserem Archiv zugute. Verschiedene Personen haben uns Sympathie bekundet und Material übergeben.

Unsere Mitarbeiterinnen kommen aus dem Osten wie aus dem Westen. Es tut der Arbeit gut, die Dokumente mit beiden Erfahrungen zu sehen.

Das Archiv schreibende ArbeiterInnen arbeitet kontinuierlich bis heute. In Zeiten finanzieller Unterstützung lief es auf Hochtouren, in anderen hielten die Ehrenamtlichen es am Leben. Wir arbeiten zurzeit mit Ehrenamtlichen und Bundesfreiwilligen. Unterstützt werden wir von den Mitgliedern des Vereins SchreibART e.V. und durch Spenden von Menschen, die unsere Arbeit für wichtig, nützlich und interessant halten.

Dolores Pieschke

Archiv schreibende ArbeiterInnen

Reinbeckstraße 10
12459 Berlin-Chemie
030-94380843, 0170-9655305
Schreibart-archiv@mgmx.de
www.schreibart-ev.de

Die Alfred Klahr Gesellschaft

Die Alfred Klahr Gesellschaft wurde 1993 gegründet, um das Archiv und die Bibliothek der KPÖ zu verwalten und wissenschaftlich zu erschließen. Bis 1991 hatten sich die Bestände der KPÖ im Haus des Zentralkomitees am Wiener Höchstädtplatz befunden, das nach dem Scheitern des realen Sozialismus und der daraus resultierenden Redimensionierung des Parteiapparats geräumt wurde. Mit der Etablierung der Alfred Klahr Gesellschaft und der Adaptierung eines Hauses in der Drechslergasse im 14. Wiener Gemeindebezirk wurde nun eine Struktur geschaffen, um das Archiv der KPÖ der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Benannt ist der Verein nach Alfred Klahr (1904–1944), Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs, der in seinen Schriften 1937/38 die Herausbildung einer eigenständigen österreichischen Nation marxistisch begründete.¹ Er leistete damit einen entscheidenden Beitrag, den Widerstand gegen den deutschen Faschismus als nationalen Freiheitskampf zu fundieren. Auf Grundlage dieser Analyse und der daraus abgeleiteten politischen Schlussfolgerungen entwickelte sich die KPÖ in den Jahren 1938 bis 1945 zur Hauptkraft des antifaschistischen Widerstands in Österreich. Alfred Klahr gelang 1944 die Flucht aus dem Konzentrationslager Auschwitz, wurde aber kurz darauf in Warschau von einer SS-Streife erschossen. Die an Klahrs Thesen anknüpfende österreichisch-patriotische Orientierung blieb für die KPÖ auch nach 1945 bestimmend. Als im April 1945 die demokratische Republik Österreich wiederhergestellt wurde, war die KPÖ an der ersten Nachkriegsregierung als gleichberechtigte Partnerin von ÖVP und SPÖ beteiligt.

Die konstituierende Generalversammlung der Alfred Klahr Gesellschaft am 13. November 1993 in Wien wählte den Historiker Hans Hautmann, lange Jahre Vorstand des Instituts für Neuere und Zeitgeschichte der Universität Linz, zum Präsidenten. Weitere Mitglieder des ersten Vorstands waren u. a. der ehemalige Parteivorsitzende der KPÖ, Franz Muhri, sowie die kommunistischen WiderstandskämpferInnen Irma Schwager, Maria Cäsar, Vinzenz Böröcz, Franz Kain, Eduard Rabofsky u. a. Zum wissenschaftlichen Leiter wurde Wilhelm Weinert bestellt, der schon in den Jahren zuvor Archiv und Bibliothek der KPÖ betreut hatte. Seit 2005 ist der Rechtsanwalt Walther Leeb Präsident der Gesellschaft. Der heutige Vorstand umfasst 16 Mitglieder, die mehrheitlich als HistorikerInnen arbeiten.

Das Urteil gegen die KPÖ im deutschen Treuhandprozess, mit dem die Partei im Herbst 2003 vom deutschen Staat faktisch enteignet wurde, bedeutete auch für

1 Klahr, Alfred: Zur österreichischen Nation. Mit einem Beitrag von Günther Grabner, hg. von der KPÖ. Wien: Globus Verlag 1994.

die Alfred Klahr Gesellschaft einen tiefen Einschnitt. Nachdem seitens der KPÖ die Subventionen eingestellt wurden, musste auch das Dienstverhältnis mit dem wissenschaftlichen Leiter gelöst werden. Die Alfred Klahr Gesellschaft sah sich darauf aus finanziellen und personellen Gründen gezwungen, die Verwaltung des Archivs formal zurückzulegen. Der Verein wurde von „Alfred Klahr Gesellschaft. Archiv- und Bibliotheksverein“ in „Alfred Klahr Gesellschaft. Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung“ umbenannt. Manfred Mugrauer, der 2005 gewählte wissenschaftliche Sekretär der Alfred Klahr Gesellschaft, ist seither gleichzeitig auf ehrenamtlicher Grundlage für die Betreuung des Archivs der KPÖ zuständig.

Eine für die weitere Tätigkeit der Alfred Klahr Gesellschaft erfreuliche Perspektive resultierte aus den Wahlerfolgen der KPÖ Steiermark. In der Landeshauptstadt Graz stieg die KPÖ zur zweitstärksten politischen Kraft auf. Im Frühjahr 2006 gelang der Einzug in den Landtag, was die gesetzliche Beteiligung an der Parteienförderung und die Gründung eines eigenen „Bildungsvereins der KPÖ Steiermark“ ermöglichte, mit dem die Alfred Klahr Gesellschaft kooperiert.

Ein Resultat dieser Zusammenarbeit waren mehrere wissenschaftliche Symposien, etwa zum Thema „Öffentliches Eigentum – eine Frage von Gestern?“ anlässlich des 60. Jahrestags der Verabschiedung des Verstaatlichungsgesetzes (2006), zur Frage „Österreich auf dem Weg in Militärbündnisse?“ (2007), zu den Jubiläen „90 Jahre Republik – 90 Jahre KPÖ“ (2008) sowie über „1929 – 2009. Weltwirtschaftskrise damals und heute“ (2009). Die Tagungsbände dieser vier Konferenzen wurden in der Reihe „Quellen & Studien“ veröffentlicht. Weitere Symposien beschäftigten sich mit verschiedenen Politikfeldern der KPÖ – etwa ihrer Verankerung und regionalen und lokalen Parlamenten, ihrer Gewerkschaftspolitik und ihrer Wohnungspolitik – sowie Jahrestagen von geschichtspolitischer Bedeutung (100 Jahre Erster Weltkrieg 2014, 70 Jahre Befreiung Österreich 2015 und 100 Jahre Oktoberrevolution 2017). Im Herbst 2020 fand ein Symposium zum Thema „100 Jahre Bundes-Verfassungsgesetz“ statt. Neben größeren wissenschaftlichen Symposien organisiert die Alfred Klahr Gesellschaft mehrmals im Jahr Veranstaltungen im kleineren Rahmen, etwa wissenschaftliche Vorträge, Podiumsdiskussionen, Buchpräsentationen, Filmvorführungen, Lesungen usw. Alle bisherigen Veranstaltungen der AKG sind auf der Webseite dokumentiert.

Seit 1994 gibt die Alfred Klahr Gesellschaft vier Mal im Jahr ein Mitteilungsblatt heraus, das sich von einem anfänglichen Vereinsblatt zu einem durchaus breit rezipierten wissenschaftlichen Periodikum im Umfang von jeweils 40 Seiten entwickelt hat. Inhaltliche Schwerpunkte sind die Geschichte der KPÖ, der österreichischen und internationalen ArbeiterInnenbewegung sowie der Politik-, Kultur- und Sozialgeschichte Österreichs. Da die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung in Österreich in kaum einer anderen Zeitschrift größere Beachtung findet, füllen

die AKG-Mitteilungen eine wichtige Lücke in der geschichtswissenschaftlichen Landschaft. Derzeit werden die „Mitteilungen“ von mehr als 1.000 Personen und Institutionen im In- und Ausland bezogen. Alle seit 1994 erschienenen Beiträge sind auf der Website der Alfred Klahr Gesellschaft im Volltext abrufbar.

Neben der Herausgabe der „Mitteilungen“ und der Organisierung öffentlicher Veranstaltungen hat die Alfred Klahr Gesellschaft seit dem Jahr 2000 etwa 20 Bücher im Eigenverlag veröffentlicht, die – sofern noch lieferbar – direkt bei ihr zu beziehen sind: Neben den genannten Tagungsbänden befinden sich darunter etwa ein Sammelband über den marxistischen Philosophen Walter Hollitscher, eine Einführung in Leben und Werk von Karl und Friedrich Engels sowie ein „Vademekum zur Ideengeschichte des Sozialismus und Kommunismus von der Antike bis Marx“, jeweils verfasst von Hans Hautmann, Studien von Peter Goller über „Marx und Engels in der bürgerlichen Ideologie und in der sozialistischen Theorie“, über Otto Bauer und Max Adler sowie zur „Geschichtsschreibung der österreichischen Arbeiterbewegung vor 1934“, eine Publikation von Charlotte Rombach über die Schutzbundkinder in der Sowjetunion und ein Sammelband über verschiedene Aspekte der österreichischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, der u. a. einen Beitrag über die wechselvolle Geschichte und die Bestände des Parteiarchivs der KPÖ enthält. In der Reihe „Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung“ veröffentlichte Manfred Mugrauer 2013 die Lebenserinnerungen von Karl Steinhardt, des Gründers der KPÖ, dessen Auftreten 1919 am 1. Weltkongress für die Gründung der Kommunistischen Internationale verantwortlich war.

Die Alfred Klahr Gesellschaft steht in Verbindung mit zahlreichen Institutionen und Vereinen im In- und Ausland und ist an einer Intensivierung des wissenschaftlichen Austausches und der Zusammenarbeit interessiert.

Manfred Mugrauer

Alfred Klahr Gesellschaft. Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

Drechslergasse 42, A-1140 Wien

www.klahrgesellschaft.at

Kontakt: klahr.gesellschaft@aon.at

Die Robert-Grimm-Gesellschaft

Robert Grimm war ein bedeutender international anerkannter Schweizer Sozialdemokrat. Er wurde am 16. April 1881 als Sohn eines Fabrikmechanikers und einer Weberin in Wald im Kanton Zürich (ZH) geboren. Im Ersten Weltkrieg lud er namhafte Politiker und Politikerinnen zu den internationalen Friedenskonferenzen in Zimmerwald (1915) und Kiental (1916) ein und organisierte 1918 den Schweizerischen Landesstreik. Grimm war Zürcher und später Berner Nationalrat, Berner Stadtrat (Stadtregierung) und Berner Regierungsrat (Kantonsregierung) und wurde 1946 zum Präsidenten des Nationalrates gewählt.

Die Robert-Grimm-Gesellschaft wurde am 16. April 2010 in Wald ZH als Verein gegründet. Die Gesellschaft will den bedeutenden Menschen und Politiker bekannter machen, indem sie an sein vielfältiges theoretisches und praktisches Wirken erinnert und gleichzeitig Themen, die Robert Grimm wichtig waren, weiter verfolgt und diskutiert. Die Robert-Grimm-Gesellschaft veranstaltet regelmäßig Tagungen, initiiert Forschungen und publiziert Beiträge.

Robert Grimm machte in Zürich eine Lehre als Buchdrucker. Nach dem Lehrabschluss verließ er die Schweiz und begab sich als Geselle auf Wanderschaft. Unter anderem besuchte er Graz, wo er in der neuen Arbeiterdruckerei arbeitete und den freundschaftlichen Austausch mit österreichischen Genossen und Genossinnen pflegte. Nach eigenem Bekunden wurde Grimm in Graz zum Sozialisten. Als er das nötige Geld für die Weiterreise beisammen hatte, zog er von Graz weiter via Ljubljana nach Triest und weiter nach Görz (Gorizia), wo er während eines Monats in der Tipografia Spiridione Skert arbeitete (*Il Gazzettino popolare*). Danach wanderte er via Pustertal, Südtirol, Ofenpass und Julier zurück an seinen Geburtsort Wald ZH. Die „Reiseerinnerungen“, das Tagebuch, das Robert Grimm auf seiner Wanderung 1902 führte, befindet sich heute im Schweizerischen Bundesarchiv (BAR). Im Jahr 2020 hat die Robert-Grimm-Gesellschaft dieses aufschlussreiche Zeitdokument transkribiert, kommentiert und auf ihrer Website zugänglich gemacht (robertgrimm.ch).

Bereits 2019 hat die Gesellschaft zur ersten politischen Wanderung auf den Spuren des jungen Wandergesellen Robert Grimm eingeladen. Bis 2022 werden die Teilnehmenden den Weg von Graz nach Wald ZH in vier Etappen zurücklegen. Auch diese aktuellen Wanderungen werden fortwährend auf der Website dokumentiert.

Zum Jubiläum „100 Jahre Zimmerwalder Konferenz“ organisierte die Robert-Grimm-Gesellschaft 2015 in Bern eine internationale Tagung, an welcher namhafte Historiker und Politiker teilnahmen. Im Folgejahr beging sie das Jubiläum

„100 Jahre Kientaler Konferenz“ am originalen Schauplatz im Hotel Bären im Weiler Kiental in dem Berner Alpental.

Ferner beteiligte sich die Robert-Grimm-Gesellschaft am großen Gedenkanlass „100 Jahre Landesstreik 1918“ in Olten.

Diese und weitere Aktivitäten der Robert-Grimm-Gesellschaft sind auf der Website robertgrimm.ch dokumentiert. Ebenfalls aufgeschaltet sind Tagungsunterlagen, historische Beiträge und Analysen, Positionspapiere und Medienberichte.

Das Regionalmuseum Schwarzwasser in Schwarzenburg realisierte zusammen mit der Gemeinde Wald (Kanton Bern), zu der heute als Ortsteil auch Zimmerwald gehört, 2015 die Ausstellung „1915 – Zimmerwalder Konferenz“. Teile dieser Ausstellung wurden 2016 im Hotel Bären in Kiental gezeigt. Für eine italienische Fassung wurden die Texte überarbeitet, solche von rein schweizerischem Interesse weggelassen und durch neue, auf die internationale Bewegung und den italienischen Sozialismus ausgerichtete ersetzt. Die Ausstellung „Le conferenze di Zimmerwald e Kiental e l'opposizione alla Grande Guerra“ wurde 2017-19 durch das Centro Filippo Buonarroti in Mailand in zahlreichen norditalienischen Städten gezeigt (zimmerwald.com).

Robert Grimm verfasste zahlreiche bedeutende Schriften. Andreas Berz hat diese in einem wissenschaftlichen Schriftenverzeichnis zusammengestellt für das Buch „Robert Grimm: Marxist, Kämpfer, Politiker“, das Bernard Degen, Adrian Zimmermann und Hans Schächli, drei Gründungsmitglieder der Robert-Grimm-Gesellschaft, 2012 (3. Auflage 2018) herausgaben.

Die Robert-Grimm-Gesellschaft verfügt über zahlreiche Schriften und Sekundärliteratur von und über Robert Grimm und die Schweizerische Arbeiterbewegung. Zudem konnten einige Exponate aus dem Besitz Grimms von den Nachfahren übernommen werden. Diese sind zurzeit als Depositum im Schweizerischen Sozialarchiv und dort im Katalog aufgeführt.

Andreas Berz, Bernard Degen, Monika Wicki

Kontakt:

Robert-Grimm-Gesellschaft

C/o Monika Wicki, Präsidentin

Oerlikonerstrasse 91

8057 Zürich

Mail: info@robertgrimm.ch

Sozialreformerin und Archivarin: Siddy Wronsky (1883-1947)

Siddy Wronsky hat in vielen Funktionen, zunächst in Deutschland und später in Palästina, Erhebliches zur Etablierung professioneller sozialer Arbeit beigetragen: als Theoretikerin und Methodenentwicklerin, als Netzwerkerin und Publizistin und, Basis all dessen, als Archivarin. Sie war eine der Ahnfrauen des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI). In der Zeit der Entwicklung geregelter Ausbildungen und Curricula und der Erstellung von Fachbüchern für soziale Berufe musste Quellenmaterial durch systematische Erhebungen, Zusammenstellung und Dokumentation erst einmal generiert werden, um es dann nutzen zu können. Diesen Prozess gestaltete Siddy Wronsky maßgeblich mit. In ihrer Person vereinten sich soziales Engagement, moderne sozialpolitische Ansätze und dokumentarisches Talent in genau der produktiven Weise, die in dieser historischen Situation erforderlich war.¹

Siddy Wronsky wurde als Sidonie Neufeld am 20. Juli 1883 in eine gutbürgerliche jüdische Familie in Berlin hineingeboren. Sie wurde Lehrerin und machte eine Zusatzausbildung als Heil- und Sonderpädagogin. 1909 heiratete sie Eugen Wronsky, die Ehe scheint schwierig gewesen zu sein. Näheres darüber ist nicht überliefert, ebenso wenig wissen wir über die Beweggründe, die sie veranlassten, 1908 neben ihrer Tätigkeit als Lehrerin im Archiv für Wohlfahrtspflege mitzuarbeiten.

Das Archiv hatte zu diesem Zeitpunkt bereits eine längere Geschichte hinter sich. 1892 hatten sich Persönlichkeiten aus der Sozialreform, der Frauenbewegung und dem aufgeklärten Judentum zusammengetan, um die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur (DGEK) ins Leben zu rufen. Sie sollte Methoden entwickeln, den durch die Industrialisierung bedingten gesellschaftlichen Wandel, der zu Verarmung, schlechten Arbeitsbedingungen, miserablen Wohnsituationen und entsprechenden Gesundheitsverhältnissen geführt hatte, zu bewältigen. Mit der herkömmlichen Armenpflege und christlichen Liebestätigkeit waren die Probleme nicht mehr zu lösen, es brauchte neue Konzepte und für diese neue Grundlagen.

Bereits ein Jahr später richtete die DGEK eine Auskunftsstelle ein, die einen systematischen Überblick über bestehende Hilfsangebote in Berlin erarbeitete und als Informations- und Beratungsstelle fungierte. Ab 1896 erschien das sogenannte „Graubuch“, in dem alle Berliner Wohlfahrtseinrichtungen aufgelistet wurden. Aus diesen Anfängen in der DGEK heraus entwickelte sich 1906 die Zentrale für private Fürsorge e. V., die bald 36 bezahlte und 140 ehrenamtliche

1 Zu Siddy Wronsky vgl. auch das Kalenderblatt Dezember in: Wegbereiterinnen XX – Kalender 2022, hrsg. von Gisela Notz, Berlin 2021.

MitarbeiterInnen beschäftigte². Neben Information und Beratung traten immer häufiger fachliche und sozialpolitische Stellungnahmen. Die gesammelten Informationen und Erhebungen bildeten nun einen eigenen Bereich, das Archiv der Wohlfahrts-Einrichtungen (später Archiv für Wohlfahrtspflege). Hier stieg Siddy Wronsky 1908 ein, zunächst als Mitarbeiterin, später als Nachfolgerin des Leiters Albert Levy (1862-1922). 1923 löste sich das Archiv aus der Zentrale, wurde eine eigenständige Organisation und Siddy Wronsky seine erste hauptamtliche Geschäftsführerin.

In einem Rückblick hat sie 1928 das Archiv charakterisiert: „Die Reichshauptstadt verfügt in dem Archiv für Wohlfahrtspflege über eine Einrichtung, wie sie in ihrer Eigenart in Deutschland nicht noch einmal vorhanden ist. Das Archiv stellt ein Institut auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege dar, das durch seine Materialsammlungen aus Theorie und Praxis der Wohlfahrtspflege eine einheitliche Mittelstelle für die Wohlfahrtspflege zu schaffen sucht. [...] Die Aufgabe des Archivs ist eine vielfache. Es will Kenntnisse in der Wohlfahrtspflege verbreiten bei denjenigen, die Hilfe suchen und bei denjenigen, die helfen wollen [...]. Es will ferner Erfahrungen sammeln und auf Grund dieser Erfahrungen Anregungen geben, Lücken aufweisen und Reformen vorzubereiten helfen; es will endlich zum Forschen anregen [...]. Das Ziel des Archivs ist, an der Entwicklung der Wohlfahrtspflege mitzuarbeiten. Es will nicht nur aufzeigen, was an Wohlfahrtseinrichtungen und Methoden besteht, sondern auch Erkenntnisse vermitteln über das, was in unserer Arbeit fehlt und wohin die Entwicklungen sich ergänzend bewegen müssen. Es will eine zentrale Stelle sein für Wünsche und Anregungen besonders aus Kreisen derer, denen an einer gesunden Entwicklung der Wohlfahrtspflege liegt, um mit dem Material, das aus allen Kreisen und Richtungen in der Wohlfahrtsarbeit zufließt, an der Erneuerung zu arbeiten.“³

In den Jahrzehnten ihres Wirkens hat Siddy Wronsky im Archiv für Wohlfahrtspflege – neben der Erweiterung der Fachbibliothek – mit umfangreichen Fallsammlungen aus der Praxis Quellengrundlagen geschaffen, aus denen dann wiederum oft Publikationen entstanden. So wertete sie für den 1915 erschienenen Band *Hinterbliebenenfürsorge* (gemeinsam mit Dorothea Bernhard) 1.000 Fälle aus; auch dem Band *Methoden der Fürsorge* (1930, gemeinsam mit Hans Muthesius) liegen zahlreiche Fallbeispiele zugrunde. In der *Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrtspflege* (DZW)⁴, deren Mitherausgeberin sie von 1925 bis 1933 war, prä-

2 100 Jahre Deutsches Zentralinstitut für Soziale Fragen, hrsg. von DZI, Berlin 1993, S. 45.

3 Wronsky, Siddy: Das Archiv für Wohlfahrtspflege, in: Berliner Wohlfahrtsblatt, 4. Jg. (1928), Nr. 4, S. 49-52, Hervorh. i. O. Auf die hier geschilderten Anfänge geht das DZI zurück, das bis heute diese und noch weit mehr Aufgaben erfüllt. Mehr dazu unter: www.dzi.de.

4 Siddy Wronsky hat mehrere Bücher und mindestens 60 Zeitschriftenbeiträge publiziert. Ein umfangreiches Publikationsverzeichnis hat Franz-Michael Konrad zusammengestellt: Bibliographie Siddy Wronsky in: Soziale Arbeit 36 (1987) 12, S. 467-470.

sentierte sie eine ganze Serie dieser Fallbeispiele. Daneben entstanden Grundlagentexte als Lehrbücher für Wohlfahrtsschulen wie der *Leitfaden der Wohlfahrtspflege*, gemeinsam mit Alice Salomon 1921, der Band *Soziale Therapie*, ebenfalls mit Salomon 1926 oder das Quellenbuch zur *Geschichte der Wohlfahrtspflege* 1925.

Siddy Wronsky war umfassend vernetzt und aktiv: in Sozialarbeit und Sozialpolitik, in der Bürgerlichen Frauenbewegung und im Judentum. Sie gehörte zahlreichen Gremien an, engagierte sich in einer sozialdemokratisch-zionistischen Partei, war Vorsitzende des Berliner Jüdischen Frauenbundes und 1920 Mitgründerin der deutschen Sektion der Women's International Zionist Organisation (WIZO). Sie reiste nach Palästina bzw. Erez Israel⁵ und pflegte Kontakte zu den dortigen KollegInnen. Als bekannte Persönlichkeit der Sozialreform und als Jüdin geriet sie 1933 in den Fokus des nationalsozialistischen Regimes; ihr Name als Herausgeberin der DZW verschwand kommentarlos vom Titelblatt der Zeitschrift, im April 1933 wurde sie vom Archiv für Wohlfahrtspflege entlassen. Ihre Auswanderung nach Palästina / Erez Israel im Herbst 1933 scheint für sie gleichermaßen Emigration wie Heimkehr ins Gelobte Land gewesen zu sein. Henrietta Szold (1860-1945), Mitglied des Nationalrates und Leiterin der Jugend-Alija, hatte ihr schon 1932 geschrieben: „Wir erwarten Sie hier sehnsüchtig als Helferin in unserer organisatorischen Not.“⁶ Gut gerüstet durch ihre Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte in Deutschland, war Siddy Wronsky nun auch in ihrer neuen Heimat maßgeblich am Aufbau des Systems sozialer Arbeit beteiligt.⁷ Die Gründung des Staates Israel erlebte sie nicht mehr, sie starb am 8. Dezember 1947 in Jerusalem.

Cornelia Wenzel

Cornelia Wenzel ist wissenschaftliche Dokumentarin, war 1983 Mitgründerin des Archivs der deutschen Frauenbewegung in Kassel und leitete dort bis 2019 gemeinsam mit Silke Mehrwald den Bereich Archiv/Bibliothek/Dokumentation; sie lebt und arbeitet in Berlin.

-
- 5 Sie selbst benutzte diese Bezeichnung. „Nach Erez Israel“ ist die Überschrift ihres Artikels in den Blättern des Jüdischen Frauenbundes, in dem sie im September 1933 (Heft 12, S. 10 f.) ihre Ausreise aus Deutschland und ihre Ankunft in Haifa schildert.
 - 6 Zit. nach Heitz-Rami, Gertrud: Siddy Wronsky (1883-1947). Zionistin und Vorkämpferin für das Wohlfahrtswesen, in: Carlebach, Julius (Hrsg.): Zur Geschichte der jüdischen Frau in Deutschland, Berlin 1993, S. 195.
 - 7 Vgl. dazu: Konrad, Franz-Michael: Paradigmen sozialpädagogischer Reform in Deutschland und Palästina – Zur Erinnerung an Siddy Wronsky, in: Soziale Arbeit 12/1987, S. 459-470.

Bibliotheken und Erinnerungsstätten

„... wider dem vergehen“ – Die Peter-Sodann-Bibliothek

Seit über 30 Jahre sammelt der bücherbegeisterte Schauspieler, Regisseur und Theaterintendant Peter Sodann ab 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR erschienene Literatur und Druckerzeugnisse. Tausende Bücher aus den Beständen ehemaliger DDR-Bibliotheken und -Verlage rettete er vor der Vernichtung. „Diese Bücher gehören zur deutschen Geschichte“¹, ist Sodann überzeugt und lagerte sie zunächst in Halle und später in Merseburg ein. Damit aus den ungeordneten Kisten jedoch eine Bibliothek entstehen konnte, in der Menschen eine „Chance bekommen, das Leben und sich selbst zu erkennen“², so Sodanns Credo, war aber ein dauerhafter Standort mit ausreichend Platz nötig. Hilfe fand er Ende 2009 beim Gemeinderat in Staucha, der Sodann ein ehemaliges Rittergut zur Verfügung stellte. Viel Geld floss in den Ausbau der Gebäude; unterstützt auch durch EU-Mittel und viele Spenden wurden die Räume eingerichtet mit dem ehrgeizigen Plan, den kleinen Ort nahe Meißen zu einem „Bücherdorf Staucha“³ zu entwickeln.

Im Mai 2012 wurde die Peter-Sodann-Bibliothek feierlich eröffnet. Die aktiven Unterstützer leisteten Jahre intensiver Arbeit, mehr als zwei Millionen Bücher wurden gesichtet, sortiert und katalogisiert. Zum jetzigen Zeitpunkt⁴ sind 390.000 Titel in einem Bestandsverzeichnis erfasst worden, der Katalog kann im Internet abgefragt werden. Die Bibliothek ist eine Präsenzbibliothek, d. h. die Literatur kann für wissenschaftliche und Forschungszwecke nur vor Ort eingesehen werden.

Im November 2017 wurde die gemeinnützige Peter-Sodann-Bibliothek-Genossenschaft „... wider dem vergehen“ gegründet. Sie stellt sich das Ziel, die Bibliothek zu erhalten und fortzuführen. Die Genossenschaft „will ohne Nostalgie, ohne Verklärung den Generationen nach uns die Möglichkeit geben, sich über die Nachkriegsordnung in Deutschland an Hand der Literatur des Ostens selbst ein Bild zu machen“.⁵

Dubletten oder Bücher, die nicht zum Sammelgebiet gehören, also vor 1945 oder nach 1990 erschienen sind, werden in einem Antiquariat verkauft.⁶ Der Erlös fließt in die Kosten für den Erhalt der Bibliothek ein. (Vielleicht eine Anregung

1 Martin Rieck: Peter Sodanns Bücherecke in Magdeburg, in: Volksstimme, 15.10.2020.

2 Hendrik Lasch; Bücherkisten als Gastgeschenk, in: Neues Deutschland, 14.05.2012.

3 Ebenda.

4 <https://www.psb-staucha.de/index> (abgefragt 13.02.2021).

5 Ebenda.

6 www.antiquariat-peter-sodann.de.

für den einen oder anderen unserer Leser, seine nicht mehr benötigten Bücher als Spende zur Verfügung zu stellen.)

Da der Platz in Staucha und Außenlagern für den stetig wachsenden Bestand nicht mehr ausreichte, konnte Sodann mit Unterstützung eines Unternehmers einen Teil seiner Büchersammlung in Magdeburg kostenfrei unterbringen. Zu den rund 300.000 Büchern gesellte sich mit der „Bücherkiste Peter Sodann“ (Breiter Weg 29) auch ein Literatur-Café und Antiquariat, das im Oktober 2020 eröffnete.⁷

Besucher der Bibliothek in Staucha sind während der Öffnungszeiten oder nach Anmeldung sehr willkommen und können im Buchladen oder in der Bücherscheune stöbern und Doppel Exemplare erwerben. Wer möchte, kann auf dem Gelände auch übernachten. Peter Sodann betreibt auf dem ehemaligen Rittergut eine kleine „Herberge zum Guten Buch“ (4 DZ mit Bad).⁸

Dagmar Goldbeck

7 Martin Rieck: ebenda, sowie dpa, 21.10.2020.

8 Anmeldung von Di-Fr: 8-14.00 Uhr unter der Tel.-Nr.: 035268-949574 oder per E-Mail: psb-staucha@t-online.de. Für das Hotel: herbergezumgutenbuch@gmail.com.

Ein Geschichts- und Lernort auf dem Areal der ehemaligen Garde-Dragonerkaserne in Kreuzberg

Das Gelände, das im Süden vom Rathaus Kreuzberg und im Osten vom ehemaligen Kasernen-Hauptgebäude am Kreuzberger Mehringdamm begrenzt wird, ist vieles – unter anderem auch ein authentischer Ort exzessiver politischer Gewalt im Zuge der gegenrevolutionären Niederschlagung des Januaraufstandes 1919. Hier soll daher ein Geschichts- und Lernort entstehen, an dem dieses Geschehen in vielen Formen bearbeitet und an dem substanzuell zu Themen wie ‚partizipative Demokratie‘ und ‚Resilienz gegen Propaganda‘ gearbeitet wird.

Die Etablierung des Geschichts- und Lernortes wird heute vom Verein Up-Stadt e.V. in Gründung vorangetrieben, in dem sich Menschen aus drei verschiedenen Initiativen zusammengeschlossen haben, die sich beim Kampf gegen die Privatisierung des in Bundesbesitz befindlichen Geländes im Jahr 2015 kennenlernten: *Initiative Geschichtsort Januaraufstand*, *Initiative Upstall Kreuzberg* und die *Nachbarschaftsinitiative Dragopolis*. Dieser Kampf begann jedoch schon in den Vorjahren und wurde von vielen weiteren Initiativen getragen, u. a. von *Stadt von unten*, *Wem gehört Kreuzberg* und dem *Kiezbündnis am Kreuzberg*. Diese und weitere Initiativen schlossen sich alsbald mit Vertreter_innen der Gewerbetreibenden auf dem Gelände selbst zum Vernetzungstreffen (VTR) zusammen.

Gemeinsam wurden Interventionen im städtischen Raum geplant und durchgeführt. Berücksichtigung von Bedarfen der Nachbarschaft wurde zum Programm. Initiativen lernen sich wechselseitig besser kennen – und entdeckten unter anderem, dass es in ihren Reihen sowohl für die stadthistorische Um- und Überformung des Geländes als auch für die blutige Ereignisgeschichte im Januar 1919 profunde Expertise gibt. Für den Tag des offenen Denkmals 2015 taten sich *Dragopolis* und die *Initiative Geschichtsort Januaraufstand* erstmals zusammen, um diese Ereignisgeschichte bekannter zu machen. Im Hof des in einem denkmalgeschützten ehemaligen Stallgebäudes gelegenen Clubs „Gretchen“ gab es die erste „Lesung mit Musik“. Zu Gehör kamen Texte von Alfred Döblin, Heinz Knobloch, Emil Julius Gumbel, Richard Müller und Karl Retzlaff, die sich auf das gewaltsame Ende des Januaraufstandes, bzw. konkret auf die Ermordung von sieben Männern am 11. Januar 1919 bezogen. Als Parlamentäre hatten sie versucht, die unblutige Übergabe des besetzten „Vorwärts“ in der nahen Lindenstraße zu verhandeln. In den Folgejahren wurde aus diesem Format eine kleine Veranstaltungsreihe. Themen waren die Biografien der Ermordeten (insbesondere jene von Wolfgang Fernbach und Werner Möller, da die Quellenlage für beide dies erlaubt), die Rolle politischer Morde in der Gründungsphase der Weimarer Republik, sowie der Widerstreit zwischen rätedemokratischen und parlamenta-

rischen Demokratieansätzen in der Revolution 1918/19. Referenten waren u. a. David Fernbach – Enkel des ermordeten Wolfgang Fernbach –, Ralf Hoffrogge, Gerhard Engel, Mark Jones, Ottokar Luban, Bernd Langer. Es war uns dabei stets wichtig, die jeweiligen Schwerpunkte mit kulturellen Darbietungen (Musik, Theater, Film) zu verbinden – Isabel Neuenfeldt, Robert Rating, die Musikgruppe *Die Grenzgänger*, das *Theater Axensprung* u. a. bereicherten unsere Veranstaltungen. Weiterhin zeigten wir den Film „Gewaltfrieden“, der 2010 unter der Regie von Bernd Fischerauer und Klaus Gietinger entstanden war.

Zudem war es wichtig, den Geschichts- und Lernort im formellen Prozess zur Entwicklung des „Sanierungsgebiet Rathausblock Kreuzberg“ zu verankern. Dieser Entwicklungsprozess konnte im Jahr 2017 beginnen, nachdem ein Gebietstausch vereinbart wurde, in dessen Zuge das ehemalige Kasernengelände vom Bund an das Land Berlin überging. Ein wichtiger Meilenstein für diese Verankerung war das Symposium zu Geschichte des Dragonerareals, das im April 2018 stattfand und mehrere Dimensionen der Geländegeschichte zusammenführte: städtebauliche Genese des Quartiers, militärische Nutzung, Januaraufstand und politische Morde, „Konversion“ des Geländes zum Finanzamts- und Gewerbestandort, Nutzung als Ort der (Auto-)Mobilität in den 1920ern, Ort der Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit in den 30ern und 40ern, etc. Alle diese Dimensionen bzw. Abschnitte der Arealgeschichte sollen auch in die Arbeit des künftigen Geschichts- und Lernortes eingehen. Auch ein weiteres Merkmal des Symposiums aus dem Jahr 2018 soll aktiv weiterentwickelt werden: ein intensives Miteinander von Historiker*innen und Geschichts-Engagierten. Wobei künftig auch noch Didaktiker*innen und Pädagog*innen hinzukommen könnten.

Seit 2019 ist die grundsätzliche Absicht, einen Geschichts- und Lernort zu gründen, in der Kooperationsvereinbarung zum Modellprojekt Rathausblock beschrieben, die zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen, dem Land Berlin dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, der Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte (WBM) und der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) geschlossen wurde. In der noch zu erstellenden Projektvereinbarung wird diese Absicht noch zu konkretisieren sein. Die politischen Morde auf dem Hof der ehemaligen Dragonerkaserne werden als Schlüsselmoment, als Moment von hoher Bedeutung für den vielfach gebrochenen Entwicklungsweg einer demokratischen Republik in Deutschland begriffen. Sie werden deshalb ein Kernelement der inhaltlichen Arbeit in der angestrebten neuen Einrichtung darstellen. Die sieben ermordeten Parlamentäre wurden bis vor wenigen Jahren nur in zwei Büchern vollständig namentlich erwähnt: zum einen in den 20er-Jahren von Emil Julius Gumbel und zum anderen von dem Schriftsteller und Feuilletonisten Heinz Knobloch im Jahr 1985 (*Meine liebste Mathild*). Daneben in der 1990 erstellten historischen Fotoausstellung *„Steh auf, Arthur, heute ist Revolution!“*, die auf Anregung der Künstle-

rin Birgit Schiemann (1963-2020) als umfangreiche Wanderausstellung (Berlin, Schweinfurt, Würzburg, Freiburg etc.) erstellt worden war. Angesichts der bisher unzureichenden Aufarbeitung der Revolution 1918/19 in der deutschen Erinnerungskultur und -politik verdient der Geschichts- und Lernort in der ehemaligen Dragonerkaserne einen Platz im gesamtstaatlichen Erinnerungskonzept der Bundesregierung und der geplanten Bundesstiftung „Orte der deutschen Demokratiegeschichte“.

Hinzu kommt, dass die propagandistischen Instrumente der Feinde einer freien Gesellschaft – Diffamierung, Lüge, Falschnachrichten (fake news), enthemmte Hetze – bis heute genutzt werden. Die Schnelligkeit und Globalität der heutigen Medien können sie zudem in früher unbekannte Dimensionen vorstoßen lassen. Politische Bildungsarbeit insbesondere mit jungen Menschen zu jenen Mechanismen und Narrativen, mit denen Bürgerkriege vorbereitet wurden und werden, soll daher ein weiteres Merkmal des Geschichts- und Lernortes auf dem ehemaligen Kasernenareal sein. Der Geschichts- und Lernort wird daher einen Mix verschiedener Formate realisieren: er wird Ausstellungs- und Veranstaltungsort sein, aber auch ein Werkstattort der politischen Bildung. Seine Realisierung wird Partnerschaften mit anderen Einrichtungen erfordern.

Die geschichtlichen Ereignisse und die nachfolgenden mehr oder minder stabilen Staatengründungen bieten umfangreiche Ansatzpunkte zur Vermittlung von politischen und kulturellen Entwicklungen, die am historischen (Geschichts- und Lern-)Ort stets besonders anschaulich und eindrücklich sind (so wurde z. B. gegenüber dem Kreuzberger Rathaus, welches das Gelände nach Süden begrenzt, die erste NSDAP-Ortsgruppe in Berlin gegründet).

Im zurückliegenden Jahr hat die Pandemie viele Schritte verunmöglicht, die auf dem Weg zu einem Geschichts- und Lernort angedacht waren. Es besteht aber die Hoffnung, die „analoge“ Geschichtsarbeit auf dem Areal der ehemaligen Dragonerkaserne in Kreuzberg ab 2021 wieder stärker betreiben zu können. Eine Webseite für den Geschichtsort wird folgen – derzeit ist jedoch zunächst nur die Webseite des möglichen Trägers im Aufbau: <https://upstadt.de/>.

Peter Manz und Günter Watermeier

Klang der Stolpersteine in Jena

Zurzeit gibt es in Jena 41 Stolpersteine. Sie erinnern an jüdische bzw. an ein homosexuelles Opfer der nationalsozialistischen Diktatur. Initiiert hatten die Verlegung in den 2000er-Jahren der schon in DDR-Zeiten gegründete Jenaer AK Judentum und der AK Sprechende Vergangenheit im Aktionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus. Im Jahr 2016 gab es in Jena Demonstrationen von rechtsgerichteten Organisationen am 20.4. (Geburtstag Adolf Hitlers), 17.8. (Todesstag von Rudolf Hess) und am 9.11. (Reichspogromnacht 1938). Viele Jenaer haben sich den Aufmärschen entgegengestellt, von eher linken Gruppen über die Grünen bis zu bürgerlich-konservativen Kreisen. Aus diesen zwar bürgerlichen, aber dennoch klar antifaschistischen Kreisen haben sich am 9.11.2016 drei Musiker-Freunde zusammengesetzt und sich vorgenommen, unabhängig von eventuellen weiteren Aufmärschen, den 9.11. sich, für die Bürger der Stadt in Anspruch zu nehmen. Die Idee war, an jedem Ort, an dem Stolpersteine verlegt sind, in Erinnerung an die Verbrechen in der Nazizeit zu musizieren, Gedichte, kleine Theaterstücke oder ähnliches vorzutragen. Die Stadt, wenigstens die Innenstadt, soll an diesem Abend, wenigstens an diesem Abend, den Bürgern gehören, dem liberalen, humanistischen Bürgertum Jenas. Nach den Mini-Aufführungen an den Stolperstein-Orten sollten alle zur zentralen Gedenkveranstaltung auf dem Westbahnhofvorplatz kommen, die seit vielen Jahren vom AK Judentum und der Stadt Jena organisiert wird. Um sich zu sehen, zu spüren, dass wir viele sind, gemeinsam ein Lied zu singen, das wir vorher schon jeweils zum Abschluss an den dezentralen Orten gesungen hatten. Dieses Lied ist all die Jahre „Dos Kelbl“ gewesen. Und wird es wohl auch bleiben. Es galt also für den 9.11.2017 21 Künstlergruppen oder Einzelkünstler zu finden, die bereit wären, ohne Gage, in einer Novembernacht, in einem politischen Kontext auf die Straße zu gehen. Es wurden 25 im Jahr 2017, 29 in 2018 und 41 im Jahr 2019. Mehr Künstler als Orte! Also weitere Orte suchen, die mit Opfern der NS-Diktatur verbunden sind. Oder eben auch zentrale Orte, wie den Marktplatz oder den Platz vor der Stadtkirche „besetzen“. Über vierzig Orte also, sicher weit über 1.000 Teilnehmer. Auch 2020 fand der Klang der Stolpersteine statt. Alle Teilnehmer und Besucher mit Maske UND Abstand. Auch die Jugendgruppe des hiesigen Kinderzirkus, das Freie Theater, einige Schülergruppen haben mitgemacht. Und außerdem die verschiedensten Musiker: Blasmusik, Folk, Pop, Jazz, Klassischer Chor, Flötenensemble. Alle tragen ein weißes Tuch als Erkennungszeichen, als Bekenntnis: Ich gehöre dazu. Die Veranstalter verfolgen drei Ziele mit der Aktion: sich zu verneigen vor den Opfern der NS-Diktatur, die Stadt an diesem Abend unzugänglich für Nazi-Demos zu machen und ein aktuelles politisches Statement für Menschlichkeit, Toleranz und

Weltoffenheit zu geben.

Näheres auch auf unserer Webseite klang-der-stolpersteine.de und unserer Facebook-Seite.

Till Noack

Musealisierte DDR-Alltagskultur in der Lutherstadt Wittenberg

Im „Haus der Alltagsgeschichte in Wittenberg“ wird museales Wissen zum „Alltag in Mitteldeutschland im 20. Jahrhundert“ sowohl am Beispiel authentisch rekonstruierter Lebenswelten als auch in den entsprechenden Sonderausstellungen vermittelt.

Hier „gibt es faszinierende Einblicke in 80 Jahre Wohn- und Lebenskultur und“, so schrieb ein Besucher aus Fürth ins Gästebuch, „eine Ausstellung, vielfältig, anschaulich und lehrreich, auch dank dem Audioguide; hier wird Wissen anschaulich und auf wissenschaftlicher Basis vermittelt“. Für einen Gast aus Hamburg ist es „Das beste DDR-Museum, das es gibt! Unbedingt empfehlenswert!“

Betritt man das Museum, fällt bereits im Foyer eine farbige 1970er-Jahre-DDR-Design-Ausstellung ins Auge, die „Plaste“-Produkte attraktiv präsentiert. Gleich daneben lässt der Blick in eine Konsumfiliale erkennen, was es in großen Mengen zu kaufen gab wie den ungarischen Paprikasalat im Glas und was eben nur unter dem Ladentisch, nämlich z. B. „Letscho“ und Rotkäppchen-Sekt, zu haben war.

So authentisch gestaltet wie die Verkaufsstelle, die „Wegen Krankheit geschlossen“ ist, sind es auch die Wohnräume der 1920er- bis 1980er-Jahre. Auf drei Etagen vermitteln sie, wie sich die großen politischen, technischen und sozialen Umwälzungen des letzten Jahrhunderts auf das Leben „normaler Leute“ auswirkte. Viele der hier gezeigten Gegenstände haben ihre ganz eigene Geschichte und bringen den Besucherinnen und Besuchern Spannendes über den Besitzer und seine Lebensumstände näher.

Den begrenzten Räumlichkeiten Rechnung tragend befinden sich auf jeder Etage Wandterminals mit den dazu passenden Foto- und Textdokumenten. Durch sie ist es möglich, sowohl Information über Ausstellungsobjekte abzurufen als auch den Zeitbezug zu den verschiedenen Zeitepochen herzustellen und den Alltag noch realer zu reproduzieren.

Mittels Touchscreen-Funktion können Besucherinnen und Besucher hierbei nachvollziehen, wie Menschen damals in solchen Räumen wohnten und so die musealen Wohn- und Gesellschaftsräume gewissermaßen mit Leben erfüllen.

Auch Audioguides in deutscher und englischer Sprache vermitteln das entspre-

chende Zeitgefühl durch Geschichten und Informationen, die die Wechselwirkung von Alltagsgeschichte und politischer Geschichte lebendig werden lassen. Hierbei erschließen sich bestimmte Zusammenhänge besonders für diejenigen, die das Alltagsleben in der DDR nicht aus eigener Erfahrung kennen.

Da sind zum Beispiel die Puppen Bärbel und Hans, die von der Freundschaft zweier „Umsiedler“-Familien erzählen, die in der Nachkriegszeit entstand und die deutsche Teilung überdauerte. Eine ihrer zwei Puppen schenkte eine kleine Reichenbergerin (Liberec) einem anderen Mädchen, das aus der gleichen Stadt stammte. Mit seiner Familie war es ebenfalls in Wittenberg gelandet, hatte aber bei der Ausweisung seiner Familie aus dem Sudetenland nichts „Unnützes“ mitnehmen dürfen. Während die eine Familie in die westliche Besatzungszone ging, blieb die andere in der sowjetischen. Die Mädchen hatten aber immer Kontakt zueinander, wodurch die Puppen heute wieder im Museum vereint sind.

„Umsiedler“, wie die Flüchtlinge und Zwangsausgesiedelten aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) hießen, wurden oft zwangsweise in Häuser und Wohnungen eingewiesen. Dort hausten sie in der Nachkriegszeit nicht selten zu fünf in einem Untermieterzimmer, während die Einheimischen eine gut ausgestattete Wohnung hatten, wie im Museum zu sehen ist.

Neben den Wohnmilieus der 1920er- bis 1940er-Jahre gehören die „guten Stuben“ im Stil der 50er mit Nierentisch und Tütenlampen, mit Leitermöbeln in den 60ern, mit orangefarbenen Accessoires und dreiteiliger Couchgarnitur in den 70ern sowie mit Bücherwand, Schreibtisch und einem der ganz seltenen privaten PC in den 80ern ebenso zur Ausstellung wie die entsprechenden Küchen, Badezimmer sowie das Jugendzimmer aus den 1970er-/80er-Jahren.

Seine Einrichtung ist für die meisten Besucherinnen und Besucher von besonderem Interesse, da es sie an ihre eigene Jugend erinnert. Nicht nur hinter dem von der Oma nach dem „Westbesuch“ geschmuggelten Poster von Depesche Mode, sondern auch hinter der Gitarre verbirgt sich mehr, als man auf den ersten Blick erkennen kann. Ein Junge verschenkte das Instrument zum Abschied an einen Freund, als er und seine Familie nach langem Warten endlich in die Bundesrepublik ausreisen durften.

Kindergarten, Gaststätte, Tanzbar und eine Spielzeugausstellung sowie die Exposition „Konsumgüter Made in GDR“ gehören ebenfalls zur musealen Rekonstruktion des DDR-Alltags.

Für Kinder gibt es eine spezielle Führung per Audioguide, in der sie z. B. erfahren, wie Kinder vor vielen Jahrzehnten in Nachkriegs- und Friedenszeiten gewohnt und gespielt haben, und auch wie die historischen Gegenstände, die in den verschiedenen Räumen des Museums ausgestellt sind, verwendet wurden.

Ein besonders attraktives Kapitel der DDR-Alltagsgeschichte war die Entwicklung der DDR-Formgestaltung. Die Sonderausstellung „Vintage East –

DDR-Design“ zeigt Objekte des Alltags aus den 1950er- bis 80er-Jahren, deren Formgebung bis heute überzeugt und die inzwischen zu den Klassikern der Design-Geschichte gehören. Gestaltet wurden sie nach Entwürfen bekannter mitteleuropäischer Designerinnen und Designer, von denen viele ihre Ausbildung an der Hochschule für industrielle Formgestaltung in Halle/Saale an der Burg Giebichenstein erhielten.

Daneben wird Kleidung aus der DDR gezeigt, Konfektions- und selbstgenähter, farbenfroher Modelle der 1970er-/80er-Jahre aus den Großrundstrickgewirken/GRISUTEN.

Zu den Dauerausstellungen gehört die bisher nicht nur im Osten einmalige Ausstellung „Wegzeichen – Zeitzeichen. Deutsche und Russen im Alltag 1945 bis 1993“. Sie gibt Auskunft über ein museal wenig thematisiertes Kapitel ostdeutscher Geschichte. Erlebnisse von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, Fotos, Dokumente und Milieus aus Kasernen lassen den Alltag vor und hinter den Toren sowjetischer Garnisonen lebendig werden. Erstmals wird auch die Sicht der „Kinder der Soldaten“ auf die für die meisten von ihnen wichtigen Jahre einbezogen.

Anders als in vergleichbaren Ausstellungen, die zumeist eine Geschichte der sowjetischen bzw. russischen Streitkräfte und ihrer Technik präsentieren, geht es hier um die Beziehungen zur Bevölkerung des Landes, in dem sie stationiert waren, um die alltäglichen Kontakte der Einheimischen mit den Soldaten, Offizieren und deren Familien.

Ausgangspunkt sind Briefe von Rotarmisten, die diese 1945 an ihre Familien aus Deutschland geschrieben haben. Darin erfahren die Ausstellungsbesucherinnen und -besucher am Beispiel persönlicher Schicksale auch, wie Deutsche ihren barbarischen Vernichtungskrieg nicht nur gegen das Militär, sondern ebenso gegen die Zivilbevölkerung in der Sowjetunion führten. Diese Perspektive wurde bewusst einbezogen, um das Verhalten von Rotarmisten unmittelbar bei der Besetzung Mitteldeutschlands nach 1945 nachvollziehbar zu machen.

Interessant ist auch der Wandel, der sich im Verhältnis vieler Ostdeutscher gegenüber Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte von 1945 bis zu ihrem Abzug 1994 vollzog und der in den Berichten sichtbar wird. Aus den gehassten Besatzern, den „Russen“, waren zum Teil „die Freunde“ geworden, mit denen es nicht nur organisierte, sondern auch private Freundschaften gab. Rückblickend dürften diese dazu beitragen, dass Ostdeutsche eine andere Haltung gegenüber den Russen haben als Westdeutsche, denen diese persönlichen Erfahrungen fehlen.

In der Lutherstadt liegt es nahe, sich mit den Themen Luther in der DDR und „Atheismus in der DDR“ zu beschäftigen. Die seit 2009 im Barockhaus des Museumsensembles zu sehende Exposition des Berliner Instituts für vergleichende

Staat-Kirche-Forschung regt dazu an, über den ungewöhnlich starken Säkularisierungsschub im Osten Deutschlands, seine Ursachen und Folgen nachzudenken. Materialistisches, auch atheistisches Denken ist ein legitimer Strang der Geistesgeschichte der Menschheit. Kritische Auseinandersetzung aber erfordert der Umstand, dass die SED mit Hilfe staatlicher Institutionen und mit Mitteln staatlichen Drucks versucht hat, den Marxismus-Leninismus als herrschende Weltanschauung in der Bevölkerung durchzusetzen, Menschen von ihrem religiösen Glauben abzubringen, wegen ihres Glaubens zu benachteiligen und zu diskriminieren.

Träger des Museums, das durch Eintrittsgelder und Projektmittel finanziert wird, zwei festangestellte Mitarbeiterinnen und eine ehrenamtliche Leiterin hat, ist der Verein Projektgemeinschaft Frauen, Landwirtschaft, Umwelt & Gesellschaft (PFLUG e.V.), der 1991 in Berlin von Historikern der ehemaligen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR gegründet worden war. Am 15. Mai 1994 begann er seine Tätigkeit in der Stadt und im Landkreis Wittenberg. Im Rahmen von ABM und anderen Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes haben die Vorstandsmitglieder von PFLUG e.V., Christel und Klaus Panzig, zahlreiche alltags- und zeitgeschichtliche Forschungsprojekte initiiert und mit ehemaligen Beschäftigten von Wittenberger Betrieben durchgeführt. Diese waren zwar Laien auf geschichtswissenschaftlichem Gebiet, verfügten aber zumeist über Hoch- und Fachschulausbildung auf ingenieurtechnischem Gebiet sowie über langjährige Arbeitserfahrung. Unter wissenschaftlicher Anleitung wurden so insbesondere in den ersten zehn Jahren entscheidende Grundlagen für die Entwicklung der Sammlungen und die Gestaltung des Museums Haus der Geschichte gelegt.

Seit der ersten Ausstellung 1995 hat PFLUG e.V. über 40 Ausstellungen zur Sozial-, Wirtschafts-, Vertriebenen-, Sport-, Garnisons- u. a. Geschichte der Stadt und Region erarbeitet. Dabei entstand nicht nur eine einmalige Sammlung mit fast 1.000 Zeitzeugenberichten, Fotos und Dokumenten, sondern zuerst ungeplant, ab 1998 zielgerichtet, der Bestand der Sammlung von Objekten der Sachkultur. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Verein im Erdgeschoss des heutigen Hauses der Geschichte Wittenberg in der Schlossstraße 6 die ersten DDR-Wohnmilieus für eine Ausstellung gestaltet. Dass sich daraus ein Museum entwickelte, war nicht vorgesehen.

Dr. Christel Panzig
Direktorin

Haus der Alltagsgeschichte Wittenberg

Schlossstraße 6
www.pflug-ev.de

W. Buchenberg (Hg.): KARL MARX-LEXIKON

Sein umfassendes Wissen über die Werke von Marx und Engels teilt Wal Buchenberg hier mit der Leserschaft. Zu 300 Lexikonartikeln sind zentrale Stellen aus Gesamtwerk und Briefen geordnet zusammengestellt und sparsam kommentiert. Unter L finden sich unter anderem so unterschiedliche Begriffe wie Landwirtschaft, Logik, Lohn und Luxus. Wer in dem Werk blättert, liest sich fest. Überall lauern Erkenntnisgewinne. So dürften z. B. nur wenige die Briefe kennen und gewusst haben, dass Marx schon 1870 überzeugt war, „dass eine äußerst schreckliche Revolution – natürlich in den niederen Formen, wie sie dem gegenwärtigen Moskauer Entwicklungsstand entsprechen – in Russland unvermeidlich ist und nahe bevorsteht“, und dass Engels 1885 Russland für eine „Geladene Mine“ hielt und für einen „der Ausnahmefälle, in denen es einer Handvoll Leute möglich ist, eine Revolution zu machen, d.h. durch einen kleinen Anstoß ein ganzes System zu stürzen ...“ (Seite 226). Ein Buch zum Lernen, nicht nur über Ausnahmefälle.



790 Seiten / ISBN 978-3-9823317-0-6 / 40,00 € (Ursursungspreis: 79,90 €)

Renate Dillmann: CHINA - EIN LEHRSTÜCK

China – ein Lehrstück über alten und neuen Imperialismus, einen sozialistischen Gegenentwurf und seine Fehler, die Geburt einer kapitalistischen Gesellschaft und den Aufstieg einer neuen Großmacht. China ist ein bemerkenswerter Sonderfall. Ausgerechnet eine durch eine Kommunistische Partei regierte Bauernnation des Ostens macht praktisch wahr, was der Westen seinen in die Freiheit entlassenen Kolonien als Chance einer Teilnahme an der Staatenkonkurrenz des kapitalistischen Weltmarkts verkaufen wollte: China schafft eine wahrhaft nachholende „Entwicklung“, schließt zu den etablierten Nationen auf, wird kapitalistische Weltmacht. Das Buch geht der Frage nach, wie die 30 Jahre Aufbau des Sozialismus und inzwischen 40 Jahre Kapitalismus eigentlich zusammenpassen, die in China unter derselben KP-Führung auf die Tagesordnung gesetzt und durchgezogen wurden. Wo ist der rote oder weniger rote Faden?



392 Seiten / ISBN 978-3-9822036-7-6 / 22,00 €

Neuerscheinungen in der Buchmacherei www.diebuchmacherei.de

Interview

Im Gespräch mit Dr. Gisela Notz

Liebe Gisela, seit geraumer Zeit unterstützt Du die Arbeit unseres Förderkreises und seiner „Mitteilungen“ tatkräftig, hast die von uns getragenen oder mitgetragenen Veranstaltungen durch Vorträge und Aufsätze bereichert und den Kontakt zu weiteren Autorinnen hergestellt. Was hat Dich dazu bewogen, so dem Förderkreis hilfreich zur Seite zu stehen?

In diesen Zeiten, in denen Rechtsruck, Nationalismus, Antisemitismus, Rassistismus, Antifeminismus und Kriegstreiberei nicht mehr zu übersehen sind, sind Bündnisse linker Wissenschaftlerinnen unbedingt notwendig. Ich bin daher auch im Beirat des Bundes demokratischer Wissenschaftler*innen (BdWi) vertreten. Historiker*innen und historisch arbeitende Wissenschaftler*innen haben aufgrund ihres angesammelten Wissens einen ganz besonderen Auftrag. Uns geht es ja nicht nur um Situationsbeschreibungen der Vergangenheit, sondern wir wollen die Wurzeln der Zumutungen und Demütigungen, denen vergangene Generationen ausgesetzt waren, ausgraben. Dabei sollten wir nicht bei der Kritik verharren, sondern darauf dringen, dass sie nie wieder erlebt werden müssen und Institutionen auch mit Gegenentwürfen konfrontiert werden. Die Themen der Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der emanzipatorischen Frauenbewegungen sind ja noch lange nicht erschöpft. Durch die Zusammenarbeit mit dem Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung hoffe ich, Gleichgesinnte zu finden, die ihre Forschungen – ebenso wie ich – als politischen Auftrag sehen und sich nicht nur an das Fachpublikum, sondern an eine breite Öffentlichkeit wenden.

Seit dem Mai 2019 gehörst Du dem Wissenschaftlichen Beirat unseres Fachorgans an. Was motivierte Dich dazu? Was sollte der Beirat aus Deiner Sicht leisten?

Gerne habe ich meine Zustimmung gegeben, neben meinen anderen Verpflichtungen, im Wissenschaftlichen Beirat mitzuarbeiten. Ich finde es gut, dass dort Wissenschaftler*innen aus verschiedenen Institutionen, verschiedener Altersgruppen und Geschlechter und auch verschiedener „Statusgruppen“ versammelt sind. Ich wünsche mir, dass wir uns bald einmal zusammensetzen können, um gemeinsam beraten zu können, was wir wollen, und was wir einbringen können und was wir brauchen. Arbeit ist für mich generell ein kollektiver Prozess und es gefällt mir sehr, dass wir ohne Hierarchien und Autoritäten arbeiten. Bei so vielen kompetenten und erfahrenen Wissenschaftler*innen ergeben sich Synergieeffekte, die allen Beteiligten und natürlich auch anderen Kolleg*innen und den Leser*innen zugutekommen.

Die Frauengeschichte ist aus einer seriösen Geschichtswissenschaft nicht mehr wegzudenken. Denkst Du, unsere Arbeit berücksichtigt die Arbeit von Historikerinnen und die spezifischen Zugänge zur Frauengeschichte schon hinreichend? Wenn nicht, welche Schritte sollten eingeleitet werden?

Die „allgemeine“ Geschichtswissenschaft ist lange Zeit ohne die „Frauengeschichte“ ausgekommen. Obwohl es Forschungen über die Lebens- und Arbeitssituation von Frauen schon früh gab – beispielhaft: Lily Braun zur geschichtlichen Entwicklung und wirtschaftlichen Seite der Frauenfrage (1901), Elisabeth Gauck-Kühne zur Lage der Arbeiterinnen (1905), Alice Salomon zur ungleichen Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit (1906), Marianne Weber zur Rechtsentwicklung von Ehefrauen und Müttern (1907) –, haben sie zu Lebzeiten und bis heute keine wirkliche Akzeptanz erfahren. „Frauenforschung“ etablierte sich erst in den 1970er-Jahren verstärkt im Zusammenhang mit den Neuen Frauenbewegungen, zunächst in Westdeutschland, außerhalb oder am Rande der Universitäten in Projekten der autonomen Frauenbewegungen. Feministische Theoriebildung, Wissenschaft und feministische Praxen und Initiativen waren zu Beginn der neuen Frauenbewegungen eng miteinander verbunden. Schade, dass es heute nicht mehr so ist, und schade, dass Frauengeschichte, eben aus den „seriösen Geschichtswissenschaften“ doch noch wegzudenken ist. Und was heißt eigentlich „seriös“? Ich finde das unseriös, die historische Begründung der Ungleichheit im Geschlechterverhältnis außer Acht zu lassen, die Frauenfrage als „Nebenwiderspruch“ zu behandeln und die Frauen in den jeweiligen historischen Ereignissen zu vergessen. Erinnern wir uns an zahlreiche Veranstaltungen und Veröffentlichungen zur unvollendeten Revolution von 1918. Frauen spielten angeblich keine Rolle, weder bei den Einlassungen von linken „seriösen“ Geschichtswissenschaftlern, noch bei den Historikerinnen, die sich mit historischer Frauenforschung befassen. Auch sie forschen weitgehend über die bürgerliche Frauenbewegung. Ihr seid da schon eine der Ausnahmen. Ob das hinreicht, weiß ich noch nicht. Wir haben ja mit der Vorstellung von zu Unrecht vergessenen Bibliothekarinnen/Archivarinnen begonnen. Die nächste ist in der Warteschleife. Wir könnten auch mal über zu Unrecht vergessene Arbeiterinnen berichten. Material gibt’s, nicht nur von mir.

Du bist wegbereitend für das Projekt „Wegbereiterinnen“ als ständig aktualisierter und als Kalender fortgesetzter Vorstellung von berühmten, bekannten und zu Unrecht vergessenen Frauen in der Geschichte tätig. Was bedeutet Dir dieses Projekt und wie beurteilst Du die Resonanz?

Das ist mein Lieblingsprojekt. Den Kalender mit jeweils 12 Frauen aus den ersten emanzipatorischen Frauenbewegungen gibt es nun schon seit 20 Jahren. Er

findet weite Verbreitung. Das Buch mit den ersten 192 Biografien ist 2021 in der dritten Auflage erschienen. Ein zweites Buch mit den neuen Biografien wird kommen. Postkarten dazu gibt 's seit einigen Jahren und weitere Projekte zu den „Wegbereiterinnen“ sind angedacht. Etliche Biografien finden für Publikationen anderer Historiker*innen Verwendung, wir werden zu vielen Vorträgen und Kongressen eingeladen und helfen auch jungen Kolleg*innen bei ihren Recherchen. Um Autor*innen brauch ich mich kaum zu kümmern. Es gibt eine lange Warte-liste. Auch Männer schreiben gerne – über Frauen. Aber die „Wegbereiterinnen“ sind ja nicht mein einziges Thema.

Du blickst auf mehrere Jahrzehnte aktiver wissenschaftlicher Arbeit zurück. Welche Aspekte haben sich für Frauen im Wissenschaftsbetrieb positiv entwickelt, welche sind noch entwicklungsbedürftig und wo gab es tatsächliche Rückschritte? Welche Themen müssen unbedingt stärker in den Fokus gerückt werden?

Es gibt immer mehr Wissenschaftlerinnen, die sich zu Wort melden, es gibt feministische Zeitschriften und Geschichtswerkstätten, Forschungsprojekte, 1987 wurde die erste Professur für Frauen- und Geschlechterforschung eingerichtet, weitere folgten. Nun auch in Disziplinen außerhalb der Soziologie; heute heißt die Frauenforschung Genderstudies. Auf die einzelnen feministischen Theorien will ich hier nicht eingehen (siehe hierzu mein Buch „Feminismus“, Köln 2021, 3. Aufl.). Mich besorgt vor allem die Frage, warum Wissenschaft und politische Praxis der Feminismen (oft) auseinanderdriften, welche Mechanismen dahinter stecken und welchen Beitrag kritische Wissenschaft zur Repolitisierung leisten kann. Notwendig wird, dass feministische Bewegungen (wieder) mit feministischer Theorie und Praxis verbunden werden. Die Geschichte der Arbeiterinnenbewegung ist noch lange nicht „ausgeforscht“. Da gibt es noch viele Forschungslücken, die nicht nur Historiker*innen bearbeiten können. Der August Bebel zugeschriebene Satz, „Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten“, ist heute aktueller denn je.

Mehr als dreißig Jahre nach der staatlichen Einheit: Wo lagen die größten Gemeinsamkeiten zwischen den Frauen im Wissenschaftsbetrieb der Deutschen Demokratischen Republik und der alten Bundesrepublik Deutschland, wo die größten Unterschiede? Hat die staatliche Einheit das Zusammenwachsen von Feminismus und Geschichtswissenschaft gefördert oder gebremst?

Unter dem Motto „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“ verabschiedeten DDR-Frauen im Dezember 1989 ein „Manifest für eine autonome Frauenbewegung“, das sie als „sozialistische Alternative zur Wiedervereinigungspolitik“ verstanden.

Der am gleichen Tag gegründete Unabhängige Frauenverband (UFV) verband damit die Hoffnung, bei der Ausarbeitung gesamtdeutscher Gesellschaftsstrategien, die auf ein solidarisches Miteinander aller sozialen Gruppen gerichtet sein sollten, um „einen modernen Sozialismus auf deutschem Boden“ zu erreichen, beteiligt zu werden. Die Frauen forderten viel. Unter anderem, dass das Verhältnis der Geschlechter neu geordnet werden sollte und dass der Leistungsbegriff nicht von männlicher Arbeit abgeleitet wird und die Abwertung weiblicher Arbeit (care-Arbeit) nicht fortgeschrieben wird. Sie plädierten auch „für die Schaffung einer breiten Frauenöffentlichkeit in Form von eigenen Publikationen, einer eigenen Tageszeitung, eigenen Sendern und Fernsehstudios, aber auch Frauenkulturzentren, Frauencafés, unabhängigen Frauenforschungsinstituten usw.“. Wissenschaftlerinnen wollten mit ihrer Forschung den politischen und institutionellen Wandel unterstützen. Einiges davon hatten wir in der BRD schon. Für vieles, z. B. unabhängige Frauenforschungsinstitute hätten wir gemeinsam kämpfen können, wenn nicht die Frauenbewegung in der BRD damals gerade eine „Atempause“ eingelegt hätte und in einem nicht wirklich kämpferischen Zustand gewesen wäre. Ansätze von Frauenforschung beziehungsweise feministischer Wissenschaft gab es ja in beiden Teilen Deutschlands. So lief die „Frauenfrage“ mit der Vereinigung am 3. Oktober 1990 schnell Gefahr, im Strudel der großen Veränderungen und damit verbundenen Verunsicherungen zum Randproblem degradiert zu werden und wurde tatsächlich zum Randproblem degradiert. Eine gemeinsame Ost-West-Frauenbewegung hatte sich in der Hektik des Vereinigungsprozesses nicht formieren können, obwohl zu Beginn der 1990er-Jahre, besonders im Kampf um den Abtreibungsparagrafen 218 und im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung des Frauenstreiktages 8. März 1994, eine intensive Zusammenarbeit mit Frauen und Frauengruppen der „alten Bundesländer“ bestand. Jedenfalls klammerten die Vereinigungsdebatten die „Frauenfrage“ weitgehend aus. Die Wissenschaftslandschaft der DDR wurde im Zuge der Wiedervereinigung völlig neu strukturiert. Universitäten und Hochschulen wurden personell neu besetzt; die Akademie der Wissenschaften aufgelöst. Viele Wissenschaftler*innen wurden erwerbslos oder landeten in prekären Arbeitsverhältnissen.

Wenn auch ich mir den Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten anders hätte vorstellen können, so habe ich durch die „Wendezeiten“ neue Freund*innen gefunden, junge und alte, Wissenschaftler*innen und Handwerker*innen, die mit mir an einem Strang ziehen. Wir gründeten kurz nach der „Wende“ das „Frauenforum Ökonomie und Arbeit“, das – und das war dem Zufall geschuldet – halb aus Ost- und halb aus Westfrauen bestand, und wo wir uns bei zahlreichen Treffen und kleinen Veranstaltungen austauschen konnten, um einander besser zu verstehen. Auch in der von mir mitherausgegebenen Zeitschrift „beiträge zur feministischen theorie und praxis“ haben wir bald mit Wissenschaftlerinnen aus

der DDR gemeinsam diskutiert und ihre Texte veröffentlicht. Ich wundere mich immer wieder, dass es über 30 Jahre nach der Wende noch immer einen „Schwesternstreit“ zu geben scheint. Schließlich brauchen wir breite Bündnisse zur Organisation von Protest und Widerstand gegen Privatisierung, Ausgrenzung, Gewalt und Unterdrückung, auch von Menschen aus anderen Ländern und für Emanzipation, mehr Demokratie, Selbstverwaltung und Selbstbestimmung – gegen die „neuen Rechten“ in Parteien, in Institutionen und in der „Zivilgesellschaft“, für Frieden und für den Erhalt der Mit- und Umwelt.

Was würdest Du, auch als feministische Historikerin, der jungen Generation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit auf den Weg geben?

Ich forsche nicht nur über die historische Entwicklung von Feminismus und Frauenbewegungen, sondern z. B. auch über Alternativen zur kapitalistischen Wirtschaft, die ja ebenso alt sind wie die Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Ich bin auch nicht nur Historikerin, sondern auch Sozialwissenschaftlerin, und ich forsche auch über aktuelle Themen wie soziale Ungleichheit, Frauen- und Kinderarmut, sexuelle Selbstbestimmung und kritisiere die familistische Gesellschaft etc. Meine Bücher und Texte beginnen meist mit einem historischen Teil, setzen mit dem Einblick in die aktuelle Situation fort und entwerfen wo möglich Perspektiven für die Zukunft. Ich gebe nicht gerne gute Ratschläge für Andere oder für die „junge Generation“, weil ich vom Generationenproblem nicht viel halte. Junge Menschen haben heute andere Probleme, als diejenigen, die noch zur Kriegs- oder Nachkriegsgeneration gehören. Vielleicht haben sie Erfahrungen gemacht und daraus Erkenntnisse gesammelt, die ich so gar nicht sammeln konnte. Sowohl bei meinen Lehrveranstaltungen, als auch sonst im Leben, habe ich immer wieder auch von ihnen gelernt. Viele Anschauungen von Jungen sind mir näher, als die mancher Älterer, die sich von ihren politischen „Jugenderlebnissen“ distanzieren und die scheinbar vergessen haben, was sie einmal wollten, warum sie die Welt verändern wollten und dass es auch heute noch Grund dafür gibt. Ich freue mich über die vielen Jüngeren, die politische Aktionen und Kampagnen organisieren oder mitmachen, z. B. zum wieder entdeckten Internationalen Frauentag, bei den Aktionen der VVN-BdA und anderen antifaschistischen Gruppen, bei den Bündnissen gegen Rechts und gegen selbsternannte „Lebensschützer“ und militante Abtreibungsgegner*innen, zu denen Tausende von vorwiegend jungen Frauen den Protest wieder auf die Straße tragen.

Ich selbst habe von meinem Großvater, der mich schon als kleines Kind auf die 1. Mai-Kundgebungen in unsere Kleinstadt mitnahm, und mit dem ich in einer Arbeitersiedlung zusammenlebte, gelernt, dass man den Rücken nie vor einer vermeintlichen Autorität beugen soll. Und dass es zwar schwer ist, aber nicht

unmöglich, gegen den Strom zu schwimmen. Auch, dass eine aufrechte Person ihr Mäntelchen nicht nach dem gerade wehenden Wind hängen kann. Das hat er mir nicht eingetrichtert, sondern vorgelebt. Und das scheinen heute alte Sprüche zu sein, aber mich haben sie geprägt. Ich hätte sie auch vergessen können, denn nicht selten hatte ich es schwer damit.

Liebe Gisela, wir danken Dir für das Gespräch!

Das Interview führten Dr. Holger Czitrich-Stahl und Dr. Rainer Holze

*Bundesverband der deutschen Bibliotheks-Freundeskreise e.V.
am Neuender Busch 25, 26386 Wilhelmshaven*

HOCHWASSERHILFE FÜR BIBLIOTHEKEN

Heute möchte ich Sie und Euch daran erinnern, dass durch das Hochwasser auch mehrere Bibliotheken in Mitleidenschaft gezogen worden sind; ich nenne an dieser Stelle nur ein paar, von denen ich hier an der Nordseeküste Kenntnis bekommen habe; u.a. sind betroffen

- die Stadtbibliothek Euskirchen
- die Gemeindebücherei Nettersheim
- die Öffentliche Bücherei St. Martin Rheinbach
- die Stadtbibliothek Schleiden
- die Stadtbücherei Stolberg

Ich würde es sehr, sehr begrüßen, wenn auch wir als Freundinnen und Freunde von Bibliotheken nicht nur zusehen und abwarten, dass von anderen geholfen wird, sondern dass wir selbst aktiv werden.

Meine Bitte als Vorsitzender des BdB:

Jeder Freundeskreis bzw. Förderverein möge für sich überlegen, ob er sich in der Lage sieht, den einen oder anderen Euro zur Linderung der Not zu spenden – sei es als Verein, sei es über Menschen, die dem Verein nahestehen.

Wenn Sie dazu bereit sind, überweisen Sie Ihre Spende bitte auf das Konto des BdB bei der Volksbank Hamm, Zwnl. d. Dortmunder Volksbank eG,

IBAN DE37 4416 0014 6585 4621 02 mit dem Kennwort HOCHWASSERHILFE.

Unsere Schatzmeisterin wird dafür Sorge tragen, dass alle Spenden zusammengeführt und nach Abstimmung mit den Staatlichen Büchereistellen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz den Bedürftigsten zur Verfügung gestellt werden. Vielleicht ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein – aber es ist unser Zeichen für Solidarität mit denjenigen, die viel, vielleicht alles eingebüßt haben (und das ist viel mehr als „nur“ Bücher und andere Medien).

PS: Sofern Spendenbestätigungen gewünscht sind, lassen Sie/lass uns das bitte wissen an bibliotheksfreunde@gmx.de

Dr. Volker Pirsich, Ltd. Bibl. Dir. i.R. – Vorsitzender des Bundesverbands der deutschen Bibliotheks-Freundeskreise e.V.

Besondere Zeitdokumente

Wilhelm (Helmi) Liebknecht an Ossip Pjatnizki, 15. Januar 1934

Anlässlich des 150. Geburtstages von Karl Liebknecht am 13. August 2021 wird ein Brief von Wilhelm (Helmi) Liebknecht (1901-1975), dem ältesten Sohn von Karl Liebknecht, an Ossip Aronowitsch Pjatnizki (1882-1938) aus dessen Nachlass vorgestellt. Ab 1930 war Wilhelm (Helmi) Liebknecht Mitarbeiter am Marx-Engels-Institut Moskau. 1931 hatte Stalin mit einem Brief an die Redaktion der Zeitschrift „Proletarskaja Revoluzija“ die deutschen Linken in der Vorkriegssozialdemokratie und besonders Rosa Luxemburg in Grundfragen der Partei-, Revolutions- und Imperialismus-Theorie halbmenschwewistischer Schemata und theoretischer Fehler bezichtigt.¹ Quellenstudien wurden diskreditiert. 1932 forderte Ernst Thälmann als Gebot der Stunde die „in unseren Reihen noch vorhandenen Überreste aus der sozialdemokratischen oder luxemburgistischen Vergangenheit unserer Partei“ zu überwinden.² Mit dem Brief an Ossip Pjatnizki stellte sich Helmi Liebknecht im Jahre 1934 gegen das stalinistische Verdammungsurteil. Ossip Pjatnizki war seit 1903 Mitglied der Bolschewiki und für den Vertrieb illegaler Literatur aus dem Ausland nach Russland verantwortlich. 1904 spürte die preußische Polizei einen illegalen Transport revolutionärer Schriften nach Russland auf und führte Haussuchungen durch. Das Lager für diese Literatur befand sich im Gebäude des sozialdemokratischen „Vorwärts“ in Berlin und musste geräumt werden. Karl Liebknecht half Pjatnizki bei der Verlagerung des Literaturdepots und verteidigte 1904 als Rechtsanwalt im Königsberger Geheimbundprozess neun deutsche Sozialdemokraten, die den illegalen Transport revolutionärer Literatur nach Russland unterstützt hatten.³ Pjatnizki arbeitete ab 1921 im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und leitete die internationalen Akti-

-
- 1 Vgl. J. W. Stalin, Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus. Brief an die Redaktion der „Proletarskaja Revoluzija“, in: Rosa Luxemburg, Ausgewählte Reden und Schriften. I. Bd., Berlin 1951, S. 136-153; Annelies Laschitza, Zum Umgang mit Rosa Luxemburg in Vergangenheit und Gegenwart, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Berlin), 33. Jg., Nr. 4/1991, S. 438-451, und Erwin Lewin, Einige Aspekte der Wirkung von Stalins Luxemburg-Urteil 1931 in der Komintern, in: Ebenda, S. 483-493.
 - 2 Ernst Thälmann, Der revolutionäre Ausweg und die KPD. Rede auf der Plenartagung des ZK der KPD am 10. Februar 1932 in Berlin, o. O. u. J., S. 71.
 - 3 Vgl. O. Pjatnizki, Aufzeichnungen eines Bolschewiks, Wien-Berlin 1927, S. 82/83; Annelies Laschitza unter Mitwirkung von Elke Keller, Karl Liebknecht. Eine Biographie in Dokumenten, Berlin 1982, S. 48-57 und dieselbe, Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie, Berlin 2007, S. 81-102, und Matthias John, Karl Liebknechts bedeutendster Prozess – der Königsberger Prozess (Teil 1). Seine Prozesse von Januar bis Juli 1904, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Berlin), Nr. 1/2021, S. 73-89; Teil 2 – Fortsetzung, in: Ebenda, Nr. 2/2021, S. 55-132, und Teil III – Fortsetzung, in: Ebenda, Nr. 3, S. 51-82.

vitäten der Komintern.⁴ Er verlor diese Funktion nach dem Siebten KI-Kongress 1935 und wurde 1937 unter der falschen Anschuldigung als Führer eines faschistischen Spionagerings von Trotzlisten verhaftet. Von Stalin und Molotow wurde er wie alle anderen Angeklagten auf eine Erschießungsliste gesetzt und 1938 im Zuge des stalinistischen „Großen Terrors“ hingerichtet. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956 wurde er rehabilitiert.

Der Autor und Annelies Laschitza entzifferten 2009 bzw. 2017 den handschriftlichen Brief, wobei sich einige Stellen als unleserlich herausstellten. Für die inhaltliche Aussagekraft des Briefes ergeben sich jedoch zu den Abbildungen Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs in zeitgenössischen russischen Publikationen und zum Stand und den Aufgaben bei der Erforschung von Leben und Werk Karl Liebknechts in der UdSSR Anfang der 30er-Jahre und zur Gefährdung des Nachlasses und der Bibliothek Rosa Luxemburgs keine Abstriche. Ich danke Frau Maja Liebknecht in Moskau sehr herzlich, die mir das Recht zur Erstveröffentlichung für den Brief erteilt hat.

Eckhard Müller

Das Dokument:

Wilhelm (Helmi) Liebknecht an Ossip Pjatnizki, 15. Januar 1934.

Werter Gen. Pjatnizki! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf folgende Fragen lenken:

Erstens: Unter der angeblichen Maske K. L. 's wandeln in Büchern und auf Bildern u. dergl. Gestalten herum, die im besten Falle mit ihm nur den Schnurrbart und den nur bedingt gemeinsam haben. Leider gilt das für den größten Teil der in der Sowjetunion erschienenen Bilder und Nachbildungen. (Ähnliches ist der Fall mit R. L.). Je weiter, umso schlimmer wird das, was auch keineswegs verwunderlich ist, da jede neugeschaffene Verzerrung ihrerseits der Ausgangspunkt der nächsten, naturgemäß noch stärker verzerrten schöpferischen Umbildung wird. Diese qualitativ und quantitativ ständig erweiterte Reproduktion von gefälschten Phantasiegestalten und -köpfen, die wie jede auf Inzucht laufende Reproduktion zu ausgesprochenen Auffassungen führt, hat schon heute das wirkliche Bild K. L.'s völlig aus der Öffentlichkeit verdrängt, und die äußeren Vorstellungen von ihm verwischt. Es ist schon so weit gekommen, dass die wirklich naturgetreuen Reproduktionen für schlechte Missverständnisse erklärt werden, und dass man

⁴ Vgl. Alexander Vatlin, Die Komintern. Gründung, Programmatik, Akteure. Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Band X. Hrsg. von Klaus Kinner, Berlin 2009, S. 161-266.

mir auf meine Bemerkung, die Unterschrift „K. L.“ unter diesem oder jenem Bild müsse ein offensichtlicher Druckfehler sein, erklärte, das sei ein Irrtum von mir. Gerade das für eines der besten Bilder. Und, ein wirkliches nur durch Zufall erhaltenes Bild von K. L. weise nicht die geringste Ähnlichkeit mit ihm auf. Ich könnte für die Behauptung, die meisten der in der UdSSR erschienenen Bilder seien jammervolle Entstellungen (wenn auch ungewollt und unbewusst), und die wenigen guten Bilder sind kaum mehr vorhanden und verstreut, die heutigen Zweifel anführen, gleich aber, hier drauf verzichten zu können. [Über Ehrung des Andenkens] – [mit Bleistift in einem Kasten- E.M.]

Zweitens: Nicht viel besser steht es häufig mit Collagen, Faksimiles u. dergl., in denen die Tatsachen häufig auf den Kopf gestellt werden. Bemerkenswert ist, dass vor wohl 2 Jahren in der zentralen Presse (Isw[estia- E.M.], wenn ich nicht irre) Artikel mit jeweiligen ausgeräumten „Irrtümern“ erschienen. Heute passiert das der Iswestia freilich nicht mehr, da sie es vorziehen, von dem Irrtum keine Notiz zu nehmen. (Offenbar fürchtet gebranntes Kind das Feuer.)

Drittens: Es ist so gut wie unmöglich, irgendeins der Werke K. L.'s in Bibliotheken zu finden, von Buchhandlungen ganz zu schweigen.⁵ Mehr im Original (deutsche Ausgaben sind mit einer, soviel ich weiß, die einzige Ausnahme – eine Verlagsausgabe von Briefen K. L.'s an seine Kinder –, zum Erlernen der deutschen Sprache und voller deutscher Fehler – in der UdSSR nie herausgegeben worden) noch in Übersetzungen.⁶ Die wenigen Sachen, die übersetzt wurden, stammen gewöhnlich aus den 18-, 19er Jahren und zerfallen, wenn man sie in die Hand nimmt. Aber das meiste ist überhaupt nie übersetzt worden. Es ist höchste Zeit, dass Gen. Sinowjew,⁷ einer der wichtigsten Führer: „Veröffentlichung gegen

5 An deutschsprachigen Werkausgaben bzw. Quellensammlungen zum Schriftgut von Karl Liebknecht sind u. a. erschienen: Karl Liebknecht, Briefe aus dem Felde; aus der Untersuchungshaft und aus dem Zuchthaus. Hrsg. von Franz Pfemfert, Berlin 1919; Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Bde. I-IX, Berlin 1958-1971; Karl Liebknecht, Ausgewählte Reden und Schriften I. Hrsg. und eingeleitet von Helmut Böhme, Frankfurt/Main 1969; Gedanke und Tat. Schriften, Reden, Briefe zur Theorie und Praxis der Politik. Hrsg. von Ossip K. Flechtheim. Frankfurt/Main u. a. 1976; Studien über die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung. Neu hrsg. von Ossip K. Flechtheim, Hamburg 1974; Thomas Schulze, Karl Liebknecht. Die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung. Fragment, Bern 1995.

6 Erstmals erschien 1992 in Berlin eine Sammlung von Kinderbriefen Karl Liebknechts, vgl. Karl Liebknecht, Lebt wohl, Ihr lieben Kerlchen! Briefe an seine Kinder. Hrsg. von Annelies Laschitza und Elke Keller, Berlin 1992.

7 Grigori Jewsejewitsch Sinowjew war 1934 Rektor der Universität von Swerdlowsk (Ural). 1926 hatte er seine Funktion als Vorsitzender der Komintern verloren und war 1927 als angeblicher Drahtzieher einer Verschwörung gegen Stalin aus dem Politbüro der KPdSU ausgeschlossen und nach Sibirien verbannt worden. Im „Ersten Moskauer Schauprozess“ 1936 wurde er zum Tode

den Krieg“ erst vor ganz kurzem zum ersten Mal und durch Zufall in den Händen hatte! (nach Erscheinen seines Buches). –

Viertens: Kommentierte Ausgaben (oder nur gar eine Ausgabe der gesammelten Werke) gibt es überhaupt nicht. Auch keine bibliographische Zusammenstellung, oder auch Vorarbeiten für geschichtliche Darstellungen wissenschaftlichen Charakters mehr oder weniger vorhandenen Arbeiten, Aufrufe, Materialien, Fotografien sind grenzenlos zerstreut, manches in Zeitungsbeilagen, die schwer aufzufinden sind.

Fünftens: und trifft m. E. das Wichtigste: Auch ist es nicht zu spät, Dokumente, fotografisch und gedruckte – und Materialien aller Art über K. L., R. L., die Vorbilder im Kampf gegen den Krieg überhaupt zu sammeln und systematisch aufzusuchen. Auch ist es vor allen Dingen nützlich, Erinnerungen von Teilnehmern an jene Kämpfe zu erhalten, in denen historisch vorstellbar und heute unbekanntes Tatsachenmaterial zum Vorschein kommen wird. Auch heute schon ist manches unwiederbringlich verloren gegangen, darunter auch unersetzliche Dinge, wie die Bibliothek und Nachlass R. L.'s (die Bibliothek R. L.'s existiert noch, aber sie ist in großer Gefahr)⁸. Eine große Zahl bester Genossen, und mit ihnen auch der riesen Schatz der vorhandenen Erinnerungen ist durch die Faschisten physisch vernichtet worden. Es ist höchste Zeit alles zu tun, was noch möglich ist, um die Materialien einer ebenso wichtigen (auch heute noch) wie ... [unleserlich- E.M.] in ihren Einzelheiten Unbekanntes, Neues erforschbare u. Wesentliches ... [unleserlich- E.M.] auch ohne erforderliche wissenschaftliche Arbeit u. Quellensammlungen kaum anfechtbare ... [unleserlich- E.M.] zu retten. Eine befriedigende Lösung aller dieser und eine Reihe anderer Fragen ist offenbar nur möglich, wenn irgendwo eine Stelle geschaffen wird, der die ganze damit verbundene Arbeit übertragen wird. Ob diese Stelle als Institut- ... [unleserlich- E.M.] (eben Institut für Antimilitarismus, Institut für die Geschichte der Jugendinternationale, Institut für Geschichte der deutschen revolutionären Bewegung (KPD), oder als Commis-

verurteilt und hingerichtet.

- 8 Vgl. Annelies Laschitza, Zum Umgang mit Rosa Luxemburg in Vergangenheit und Gegenwart, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Berlin), 33. Jg., Nr. 4/1991, S. 438-451. Nach Meldungen im „Berliner Tageblatt“ und im „Völkischen Beobachter“ im Mai 1933 hatten die Nazis im Keller der Bank der Beamten und Angestellten beim ADGB 16 Kisten mit Büchern Rosa Luxemburgs, die die Initialen von Mathilde Jacob trugen und die die Vertraute und Verwahrerin des Nachlasses von Rosa Luxemburg war, entdeckt. Die Bücher sollen vernichtet worden sein. Vgl. auch Ottokar Luban, Mathilde Jacob – mehr als Rosa Luxemburgs Sekretärin! Mit dem Text von 2 Briefen M. Jacobs an Clara Zetkin, Januar/März 1919, in: Derselbe, Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913-1919. Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte 6, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., hrsg. von Klaus Kinner und Manfred Neuhäus, Leipzig 2008, S. 196-228.

sion oder „Zimmer“ beim IMEL, Internationale und dergleichen geschehen wird, ist vorerst von untergeordneter Bedeutung. Die Hauptsache ist, dass diese Arbeit überhaupt begonnen, dass sie mit Nachdruck und Verständnis durchgeführt und dass dieser Stelle die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt und Vollmachten übertragen werden. Ich denke, dass es Sache der Komintern ist, die Initiative in der Schaffung dieser Stelle zu ergreifen.

Mit komm. Gruß H. L.

15. I. 34.

Gesondert dann die Frage des Nachlasses M. J.'s⁹ [in einem Kasten- E.M.]

Würde unter anderem Namen selbst Artikel schreiben [in einem Kasten mit Bleistift- E.M.]

SAPMO-BArch, NY 4269/24

9 Vermutlich handelt es sich um Mathilde Jacob, die 1943 im KZ Theresienstadt Opfer des Holocaust wurde. Vgl. Ottokar Luban bei Fußnote 8.

Neue Quellen zum Widerstreit zwischen Anhängern und Gegnern der Restauration in Albanien in der Gesamtalbanischen Föderation „Vatra“ in Nordamerika 1926

Um die Mitte der 1920er-Jahre überschritten in Albanien die nationale Unabhängigkeitsbewegung sowie soziale und demokratische Erschütterungen, die im Gefolge des I. Weltkrieges und der Oktoberrevolution in Russland nicht nur Europa erfasst hatten, ihren Höhepunkt. Eine zentrale Frage war die Beseitigung der überlebten Besitzverhältnisse auf dem Land durch eine Agrarreform und die Versorgung der landarmen respektive landlosen bäuerlichen Bevölkerung mit eigenem Boden. Noch 1924 hatte die Junirevolution verspätet die Initialzündung für jene Entwicklungsprozesse gelegt, die im weiteren Verlauf die Ideologie, politische Systeme wie wirtschaftlich-soziale Beziehungen und Lebensweise verändern sollten. Unter Führung des orthodoxen Bischofs Fan S. Noli (1882-1965) gelang es, den Aufbruch der Massen in den Städten und auf dem Lande mit einem ehrgeizigen Reformprogramm innerhalb einer kurzen Zeit zum Erfolg zu führen. Auf die Tagesordnung rückten die Überwindung der halbfeudalen Überreste und die Gestaltung progressiver Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen im Land.

Die Stützen der überkommenen Macht- und Produktionsverhältnisse sowie am bestehenden Zustand interessierte Kräfte in benachbarten Ländern konnten sich damit nicht abfinden. Der Gegenangriff ließ nicht lange auf sich warten. Angeführt von Ahmet Zogu (1895-1961), dem „starken Mann“ in der gestürzten Regierung, der in Jugoslawien Aufnahme und Unterstützung fand, wurde die Noli-Regierung im Dezember 1924 vertrieben und ein antidemokratisches Regime errichtet. 1928 ging dieses in eine Königsdiktatur unter Zogu über. Albanien kam damit eine Art Vorhut bei der Etablierung einer autoritären Herrschaft in der Zwischenkriegszeit zu. Die Restauration – bemäntelt durch eine angebliche Rückkehr zur „Legalität“ – machte die Möglichkeit, eine funktionierende demokratische Gesellschaft in Angriff zu nehmen, für lange Zeit zunichte.

Im Inneren wurde die Opposition durch eine Terrorwelle und die rigorose Verfolgung politischer Gegner praktisch ausgeschaltet.¹ Dagegen setzten in den verschiedenen Zentren albanischer Emigranten heftige Debatten und Auseinandersetzungen ein, die mit einer politischen Differenzierung unter linken revolutionären Anhängern sowie progressiven liberalen Vertretern, namentlich aus der wirtschaftlich geprägten Emigration, und beharrenden Kräften im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Landes einherging. Das betraf zum Einen viele aktive Teilnehmer an der Junirevolution, die das Land verlassen mussten, um ihr Leben

1 Siehe Michael Schmidt-Neke, Entstehung und Ausbau der Königsdiktatur in Albanien (1912-1939), R. Oldenbourg Verlag, München 1987, S. 181.

zu retten, und die in Westeuropa wie in Sowjetrußland unter den Nachwirkungen der revolutionären Nachkriegskrise zunehmend die Frage umtrieb, wozu der kapitalistische Weg für Albanien überhaupt noch erforderlich sei.² Involviert waren ebenso die besten Köpfe der albanischen Wirtschaftsemigration, die auf der Suche nach einem besseren Leben und einer Chance frei und unabhängig zu sein sowie – geleitet von patriotischen Motiven – sich dafür einsetzten, ein modernes albanisches Staatswesen innerhalb der bestehenden Ordnung zu unterstützen. Die Auseinandersetzung über die Haltung zu Ahmet Zogu, dem Repräsentanten der Restauration, nahm dementsprechend teilweise unversöhnliche Formen an. Die hier vorgestellten Dokumente verdeutlichen das.

Die Auswahl der Materialien ist dem Umstand geschuldet, dass die vorwiegend wirtschaftlich motivierte Auswanderung (alban. *kurbet*) nach Nordamerika wie in andere Länder seit dem Ende des 19. Jh. aufgrund der einsetzenden marktwirtschaftlichen Entwicklung und die restriktive Steuerpolitik des Osmanischen Staates zur großen Verarmung der bäuerlichen und städtischen Schichten führte. Viele Menschen migrierten wegen der Not ins Ausland. In den ersten Jahrzehnten des 20. Jh. gingen große Auswanderungswellen nach Übersee. So siedelten sich im Zeitraum von 1900 bis 1920 in Nord- und Südamerika 80.000 albanische Auswanderer an, davon in den großen Zentren Boston, New York und St. Louis in den Vereinigten Staaten 50.000.³ Ihre Zahl erreichte am Vorabend des II. Weltkrieges allein in den USA etwa 80.000 Emigranten. Hinzu kam, dass Fan S. Noli bereits 1912 hier in Boston mit dem Schriftsteller und Essayisten Faik Konica (1875-1942) die Gesamtalbanische Föderation „Vatra“ begründete. Die kulturell-politische Gesellschaft verkörperte als größter und einflussreicher Verband der albanischen Diaspora in den Vereinigten Staaten und Kanada die nationalen und demokratischen Bestrebungen der Emigranten. Sie pflegte die albanische Sprache, albanisches Brauchtum und das nationale Gedächtnis und förderte das kulturelle und politische Engagement für das Mutterland. „Vatra“ begleitete aktiv prägende Einschnitte der Entwicklung in Albanien, insbesondere nach dem I. Weltkrieg, und unterstützte diese, beispielsweise die Reformbestrebungen während der Junirevolution.⁴ Über ihre Zeitung „Dielli“ (Die Sonne) vermittelte sie das in der internationalen Öffentlichkeit.

-
- 2 Siehe Erwin Lewin, Lazar Fundo zur Herausbildung der KP Albaniens 1935, in: Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V., Mitteilungen, (Berlin), Nr. 59, März 2021, S. 43-52.
 - 3 Siehe Lek Gjoka, Historia e shqiptarëve ne SHBA nga viti 1920-1932, in: Gazeta Vatra, 2021/01/07 (<https://gazetavatra.com/historia-e-shqiptarëve-në-SHBA-nga-viti-1900-1932>); s. a. Adrian Klosi, Die Albaner im Ausland, in: Albanien – Reichtum und Vielfalt der Kultur, Museum für Völkerkunde, München 2001, S. 37 ff.
 - 4 Siehe Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, (Berlin), Nr. 42, September 2012, S. 11 ff.

Faik Konica, der im Juli 1921 als Nachfolger Nolis den Vorsitz der Föderation übernahm, hatte noch am Vorabend der Junirevolution die oppositionellen demokratischen Kräfte in Albanien unterstützt. Nach der Machtübernahme durch Zogu hing er allerdings der Vorstellung an, dass die liberalen Demokraten das „Spiel“ verloren hätten und es keinen Sinn mache, den Kampf gegen den neuen Präsidenten fortzuführen, weil das nicht im Interesse des Landes sei.⁵ Ahmet Zogu nutzte diese Kompromisshaltung und bestimmte Konica im Sommer 1926 als Gesandten Albanien in Washington. Die damit verbundene Absicht schien zu sein, den Einfluss auf ein potenzielles Kräfte-reservoir nicht zu verlieren. Dass der „Vatra“-Vorsitzende zustimmte, war insofern unerwartet, weil er in der Vergangenheit Anträge, eine politische Funktion zu übernehmen, als „Freigeist“ stets abgelehnt hatte.

In den Filialen der Föderation, vor allem in Boston, gingen konsequente liberale und demokratisch gesinnte Mitglieder und Führungskräfte wie Kristo Kirka, Dhimiter Treska, Koço Tashko mit dem Zugeständnis Konicas hart ins Gericht. Denn er hatte nicht nur sein 1911 verkündetes persönliches Credo „politisch, intellektuell und moralisch Separatist zu sein“⁶, gebrochen: Unter seiner Führung hielt sich die „Vatra“ mit Stellungnahmen zu oder gar Kritik an politischen Entscheidungen in Albanien zurück, und Gegner der reaktionären Innenpolitik im Mutterland, die das öffentlich bekundeten, wurden aus der Föderation zunehmend verdrängt oder ausgeschlossen. Für die Beurteilung der Situation ist zu berücksichtigen, dass sich „Vatra“ und ihre Zeitung „Dielli“ politisch und ideologisch stark nach rechts orientierten, was die Gefahr einer Spaltung zwischen den Anhängern Fan S. Nolis und Faik Konicas heraufbeschwor.⁷

Die Auseinandersetzung erreichte den Höhepunkt im Juli 1926, als „idealistische“ Aktivisten daran gingen, eine neue Organisation „Bijtë e Shqipërisë“ (Die Söhne Albanien) ins Leben zu rufen und auch eine neue Zeitung „Idealisti“ (Der Idealist) begründeten.⁸ Unzufriedene und vom „Vatra“-Vorstand enttäuschte Mitglieder, die über viele Jahre der Föderation gefolgt waren, schufen ein Initiativ-Komitee, das die erforderlichen Schritte zur Bildung einer liberal und demokratisch orientierten neuen Vereinigung zügig in Angriff nahm. In den hier wiedergegebenen Materialien werden die Beweggründe und Folgen analysiert und

5 Siehe Faik Konica, *Vepra, Shtëpia Botuese „Naim Frashëri“*, Tirana 1993, S. 365. Ausführlicher zur Widersprüchlichkeit seiner Persönlichkeit siehe Thomas Kacza, *Patriotismus und Politik, Vierzehn literarische Stimmen für Albanien*, Verlag Dr. Kovač, Hamburg 2017, S. 135 ff.

6 Konica, *Vepra*, ebenda, S. 361. Letzteres bezog sich konkret auf die Lostrennung der über Jahrhunderte unterdrückten albanischen Gebiete vom Osmanischen Reich, stand indessen auch für seinen Anspruch, „unabhängig“ zu sein.

7 Siehe Peter Prifti, *Shtypi shqiptar në Amerikë, Dielli*, December 13, 2014 (<https://gazetadielli.com>).

8 Siehe Erwin Lewin, *Koço Tashko 1899-1984. Ein politisches Leben in Albanien (Biografische Annäherung)*, Nora, Berlin 2015, S. 42 ff.

aufschlussreiche Einblicke in die gesamte Auseinandersetzung vermittelt. Fernab vom eigentlichen Geschehen im Mutterland geben sie eine Momentaufnahme vom Geist der Zeit und der Anziehungskraft, die von den Ereignissen in Europa auch auf Zeitgenossen in der „neuen“ Welt ausging. Das inhaltliche Anliegen zielte darauf ab, eine „Neue Vatra“ auf den bewährten Idealen der Gesamtföderation zu errichten und den im Juni 1924 in Albanien eingeleiteten gesellschaftlichen Aufbruch weiter voranzubringen.

Die Bildung einer neuen Gesellschaft schien nur eine Frage der Zeit. Letztlich sollte es bei einem hoffnungsvollen Versuch bleiben, eine eigenständige und wirksame Oppositionskraft zu schaffen. Die Chancen dafür reichten angesichts der organisatorischen Schwäche sowie einer politischen und ideologischen Zersplitterung und fehlender materieller Voraussetzungen nicht aus, um der Ausgrenzung durch die pro-restaurativen Kräfte widerstehen zu können. Durchaus vorhandene Möglichkeiten, den Einfluss auf breitere Teile der albanischen Landsleute zu erhöhen, konnten zudem wegen einer undifferenzierten Haltung gegenüber Angehörigen der besitzenden Schichten und des Adels nicht genutzt werden. In einem Leitartikel der Redaktion des „Idealisti“ hieß es beispielsweise, die Begs (bejlerët) seien „Feinde“ und „Verräter“ des Volkes und hätten weder zur nationalen noch zur gesellschaftlichen Entwicklung Albaniens etwas beigetragen.⁹ Die polemisch überhöhte Aussage blieb in der Öffentlichkeit zwar nicht unwidersprochen: Ein Leser widersprach in der gleichen Ausgabe der Zeitung der moralischen Abwertung, da damit der Einheit Schaden zugefügt werde, und er forderte in der Zusage, den schweren Fehler rasch zu korrigieren.

Versucht man ein Fazit, stellt sich die Frage, inwiefern der Versuch, die einflussreiche Föderation demokratisch auszurichten, eine Art Vorläufer bei der Suche nach einer linksgerichteten Politik in der albanischen Emigration sein könnte. Noch zumal maßgebliche Akteure wie Koço Tashko mit ihrer kompromisslosen Haltung gegenüber dem Regime der Restauration möglicherweise ein solches Anliegen im Auge hatten. Wenngleich die drängenden Kräfte ihr eigentliches Ziel nicht erreichten, blieben die Vorgänge in der „Vatra“ durchaus nicht ohne Wirkung. Insofern ging die auf den ersten Blick als lokal begrenzt erscheinende heftige Debatte und Polemik über diesen Rahmen hinaus. Zu inneren Auseinandersetzungen kam es in der Föderation auch in den Dreißigerjahren über die politische Ausrichtung, beispielsweise die Haltung zur Monarchie im Mutterland sowie die Inhalte des bildungs- und kulturpolitischen Wirkens der „Vatra“. Zeitweise bestanden von 1936 bis zum Ausbruch des II. Weltkrieges zwei Organisationen parallel, eine in Boston und eine in Detroit, mit der Bezeichnung „Vatra“. Während des Krieges setzte sich die Föderation dann aktiv für eine antifaschistische Volksfront in der Diaspora und die Bildung einer albanischen Exilregierung unter

9 Siehe Armiq' e popullit, in: Idealisti, November 18, 1926.

Ahmet Zogu, der im April 1939 nach der Okkupation Albaniens durch Italien geflohen war, ein.¹⁰

Erwin Lewin

Dokument 1:

Aufruf des Initiativ-Komitees vom 15. Juli 1926¹¹

Boston, Mass.
Gehrter Herr:
15. Juli 1926

Sie waren Mitglied oder Anhänger der Föderation VATRA, so werden Sie wahrgenommen haben, welchen Weg diese Gesellschaft eingeschlagen hat.

Das Statut und die Regeln der Föderation wurden im Jahre 1925-1926 unter Führung Faik Konicas mit Füßen getreten. Die konfessionelle Feindseligkeit, die wir seit so vielen Jahren erfolgreich eindämmen konnten, ist wieder aufgelebt und erhält neue Nahrung. Alle nationalen Persönlichkeiten, die in den Annalen der albanischen Wiedergeburt eingetragen sind, sowie eine Mehrheit der Mitglieder der „Vatra“ wurden verunglimpft und entwürdigt. Die albanische Literatur, zu deren Sammlung und Verbreitung „Vatra“ verpflichtet war, wird abgeblockt. Die hohen demokratischen Prinzipien, die „Vatra“ ... (unleserlich) auszeichneten, hat man begraben. Und die Zeitung „Dielli“, das Organ der Föderation, wandelte sich zu einem Blatt von Beschimpfungen, Verleumdungen, Lügen und Intrigen.

Zu welchem Ergebnis führte diese ehrlose Führung? Das Ergebnis war, dass sich ein großer Teil der Mitglieder und Anhänger von „Vatra“ entfernte und etwa 800 von ihnen die Herausgabe einer Zeitung unterstützten, um die Rechte und den Ruf derer zu verteidigen, die von Faik Konica hinausgeworfen und erniedrigt wurden. Wenige andere harrten aus und blieben Mitglieder darauf hoffend, dass vielleicht kluge und freiheitsliebende Delegierte die Führungstätigkeit des vergangenen Jahres auf der XV. Ratstagung¹² überprüfen und sich für Einheit und Verbrüderung einsetzen werden.

Die XV. Ratstagung trat zusammen und beschloss, dass „alles im Lot ist“. Lei-

10 Siehe Fjalori Enciklopedik Shqiptar, Tirana 2008, Bd. 1, S. 653.

11 „Der Idealist“ veröffentlichte die drei Dokumente unter der Überschrift „Eine neue Vatra für die alten Vatraneer“. Siehe Idealisti, Boston, Mass., August 7, 1926. Die Dokumente wurden von mir aus dem Albanischen übersetzt und bearbeitet. Sie erscheinen erstmals in deutscher Sprache.

12 Die Ratstagung (kuvend) trat statutengemäß jährlich zusammen, um über grundsätzliche Fragen des Wirkens der Föderation zu beschließen.

der waren auf der Tagung nur vier scharfsinnige und liberale Delegierte vertreten, bei den anderen handelte es sich um eingeschüchterte Menschen und solche, die „Gewehr bei Fuß“ standen, man kann sagen, auch fanatisierte Leute. Die XV. Ratstagung hat – anstatt für Einheit und Verbrüderung zu werben – gleich zu Beginn zwei Delegierte, langjährige Patrioten und ehrbare „Vatraner“, auf rücksichtslose Art nicht respektiert. Sie segnete unter Beifallsbekundungen alle Schandtaten ab, die gegen „Vatra“, die „Vatraner“ sowie die Repräsentanten der Nationalen Wiedergeburt begangen wurden. Drei Delegierte und drei Mitglieder der alten Führung haben darauf als Zeichen des Protests die Tagung verlassen.

Am 8. des laufenden Monats (Juli) versammelte sich angesichts dieser Geschehnisse eine Gruppe von 20 Personen, Mitglieder der „Vatra“ in Boston, und beschloss eine Generalversammlung einzuberufen, der Vertreter aus jeder Siedlung angehören, die über die hier beschriebenen Empfindungen und Pflichtgefühle verfügen. Die Generalversammlung soll den Weg festlegen, der danach beschritten wird. Es wurde ein Initiativ-Komitee gewählt, dem folgende Persönlichkeiten¹³ angehören: Kristo Kirka¹⁴, C. A. Tashko¹⁵, Angelo Sotir, Dhima Andon, Lili Mihal¹⁶, Stavro Josif, Andrea Panariti, Miche Bardho und Thanas Bodi.

Wir, die Unterzeichner, fordern Sie im Namen des Initiativ-Komitees auf, von ihrer Kolonie ein, zwei oder weitere Vertreter zu entsenden, die an der Generalversammlung teilnehmen. Diese wird am 25. Juli 1926 um 1 Uhr nachmittags in der Eingangshalle der Kirche „Shënt Gjergj“, 20 Emerald Street, Boston zusammentreten. Die weiter entfernten Siedlungen, die keinen Vertreter schicken können, werden gebeten, ihre Vorstellungen darüber, welchen Weg wir einschlagen müssen, in einem Brief kundzutun.

Bitte verständigen Sie sich mit allen Freunden und legen Sie ohne Zeitverzug fest, wer ihre Vertreter sein werden. Im Interesse der Sache müssen alle Streitigkeiten und persönlichen Unverträglichkeiten beendet werden, anderenfalls werden wir niemals die Kraft finden, um uns als idealistische Albaner würdig zu

13 Nicht für alle genannten Personen konnten biografische Angaben ermittelt werden.

14 Kristo Kirka (1883-1955), lebte seit 1905 in Boston und engagierte sich an der Seite von Fan S. Noli für eine autokephale albanische orthodoxe Kirche. Nach der Bildung der „Vatra“ leitete Kirka die Filiale in Boston bis Mitte der 20er-Jahre; er übernahm den Vorsitz des Kuratoriums-Ausschusses der Föderation „Die Söhne Albaniens“. 1933 Rückkehr nach Albanien; 1942 Mitbegründer von „Balli Kombëtar“, lehnte ein Zusammengehen mit der Nationalen Befreiungsfront ab. 1946 von der neuen volksdemokratischen Justiz zu 20 Jahren Haft verurteilt, verstarb er im Gefängnis Burrel.

15 Kostadin Athanas (Koço) Tashko (1899-1984), linksgerichteter Intellektueller. Absolvent der Harvard-Universität Boston; in den Jahren 1921/22 persönlicher Sekretär von Fan S. Noli; 1930/31 ging er in die UdSSR und schloss sich dort der ersten kommunistischen albanischen Gruppe an. Mitbegründer der KP Albaniens 1941; seit den 1960er-Jahren von der albanischen Partei- und Staatsführung politisch repressiert, musste er ein Vierteljahrhundert nahezu bis zu seinem Lebensende in der Verbannung und in Gefängnissen verbringen.

16 Ihr Name findet sich auf einer Spendenliste für die Orthodoxe Kirche in Boston.

erweisen, eine „Vatra“ mit den Idealen und Prinzipien einzufordern, die unsere Föderation von Anbeginn prägten. Wir sehen Ihrer Antwort erwartungsvoll entgegen.

Für das Initiativ-Komitee
Kristo Kirka, Vorsitzender
C. A. Tashko, Sekretär

Das Initiativ-Komitee verschickte den Aufruf an 105 Personen, über deren Adressen es verfügte. Das Komitee hätte gewünscht, allen idealistischen Albanern jeweils eine Kopie zu übergeben, jedoch fehlten neben den Anschriften auch die erforderlichen finanziellen Mittel. 24 Kolonien¹⁷ antworteten darauf, die am nächsten gelegenen durch Delegierte und die weiter entfernten mit Briefen oder vertretungsweise.¹⁸

Dokument 2:

Erklärung der Organisations-Kommission vom 25. Juli 1926¹⁹

Was gab den Anstoß, eine neue Gesellschaft zu schaffen?

Die albanischen Landsleute in Amerika haben 1912 die Föderation „Vatra“ orientiert an dem Ideal der nationalen Unabhängigkeit gegründet. „Vatra“ erreichte ihr Ziel, als wir unsere Unabhängigkeit erkämpften, und seither steht die Aufgabe, entweder die Tätigkeit zu beenden oder für ein anderes Ideal weiter zu wirken. Es wurde der zweite Weg beschritten – doch wie steht es gegenwärtig um das Ideal? Die Zeitung „Dielli“, die Führung der „Vatra“ und ihre Sprecher verkündeten, das neue Ideal bestehe darin, dass „Vatra“ aktuell als neue Gesellschaft von moralischer Kraft unabhängig und frei von jeglicher Intrige und Rivalität der verschiedenen Parteien in Albanien wirke, und dass sie aufgrund dieser Unabhängigkeit die Albaner kulturvoll sowie nach fortschrittlichen politischen Prinzipien erziehen könne, damit Albanien die Entwicklungsstufe der Staaten Europas, zu dem das Land gehört, erreicht.

„Vatra“ blieb diesem Ideal treu und verfolgte es kontinuierlich bis zum Dezember-Aufstand 1924.²⁰ Tatsächlich hatte Faik Konica bereits vor dem Dezember 1924 damit begonnen, langjährige „Vatraner“ und treue Anhänger der albanischen Politik nach seiner Vorstellung – „ich entscheide das“ – zu beschimpfen,

17 Gemeint sind Wohnsiedlungen albanischer Emigranten in Nordamerika (USA und Kanada).

18 Redaktionelle Vorbemerkung der Herausgeber des „Idealisti“.

19 Die Organisations-Kommission wurde am gleichen Tag von der Generalversammlung gewählt.

20 Gemeint ist die Niederwerfung der Junirevolution und die Vertreibung der demokratischen Regierung unter Fan S. Noli durch Ahmet Zogu.

aber generell geriet das Ideal noch nicht tiefgreifend ins Wanken.

Der Aufstand vom Dezember veranlasste Faik Konica gegenüber einem früheren Freund zu folgender Äußerung: „Fan Noli hat als Ministerpräsident die ‚Vatra‘ finanziell nicht unterstützt, nicht einmal beim Einkauf von Büchern. Wir können ‚Vatra‘ ohne finanzielle Hilfe nicht als unabhängige und militante Gesellschaft aufrecht erhalten. Ich bin dessen gewiss, dass Ahmet Zogu weiß, wie man sich gegenüber Befürwortern verhält.“ So war sein Kalkül und danach handelte er. Der Vorsitzende der „Vatra“ begann auf diese Weise, ohne die Mitglieder zu befragen, ohne die Ratstagung oder den Vorstand zu fragen, mit einer Politik in eigenem Interesse, und heute ist er Minister in Washington. Die langjährigen „Vatraner“ und die Idealisten waren erschüttert und leisteten unerbittlichen Widerstand dagegen; einige zogen sich zurück, andere kämpften von innen. Faik Konica dachte sich in seinem tiefsten Inneren sobald er merkte, dass ihm die Sache zu entgleiten drohte: „Ich brauche diesen Posten²¹ um jeden Preis, auch wenn dies mit der Zerstörung der ‚Vatra‘ oder mit der Ausschaltung von Mitgliedern beglichen werden muss.“ Und er zögerte nicht, die Mittel einzusetzen, die nur einem kranken Hirn einfallen können. Welche Mittel waren das?

Konfessionelle Propaganda (um zumindest die Muslime für sich zu gewinnen); Missachtung des Statuts; Bestrafungen; Geringschätzung der Wünsche, Verlautbarungen und Berichte der freiheitsliebenden Filialen; Beschimpfungen und Verleumdungen der idealistischen „Vatraner“; Beleidigung und in den Schmutz ziehen der führenden Köpfe der Nationalen Wiedergeburt; Verfälschungen mit übler Nachrede und Intrigen; Aufnahme neuer Mitglieder, fanatisierter Menschen, die sich niemals um das Wohl von „Vatra“ scherten, aber jetzt angesichts der konfessionellen Propaganda das große Wort führen; Hunderte Widerwärtigkeiten und weitere solche „feinen“ Methoden sind anzuführen.

Die unabhängige „Vatra“ gibt es nicht mehr, denn sie wurde käuflich. Aus einer für alle albanischen Brüder offenstehenden Organisation entstand die Heimstätte einer finsternen Clique. Die „Vatra“ der Ideale des Fortschritts und der Freiheit ist zugrunde gegangen, entstanden ist ein Herd mit Prinzipien des tyrannischen Hobbes²² und des mörderischen Macchiavelli²³.

Die Mehrheit der „Vatra“-Angehörigen zog sich aufgrund dieser Vorgehensweise zurück, und Faiku zeigte sich erfreut; ein weiterer Teil der idealistischen Mitglieder verblieb in der Gesellschaft und hoffte auf die Ratstagung. Faik Konica trieb nun die Sorge um, wie er auch diese loswerden könnte; er dachte nach und fand nach gründlichem Überlegen einen Weg: *Ein neues Statut*.

21 Es handelt sich um die Position des Gesandten Albaniens in den Vereinigten Staaten.

22 Offensichtlich bezieht sich das auf die Aussage von Thomas Hobbes (1588-1679), wonach die Diktatur Garant des inneren Friedens ist.

23 Der Hinweis meint wohl die Empfehlung von Niccolò Macchiavelli (1469-1527) an die Regierenden, rücksichtslose Macht- und Interessenpolitik ohne ethisches Fundament zu betreiben.

Die Ratstagung kam zusammen. Die Hoffnungen, die wir in die Delegierten gesetzt hatten, verflohen. Sie wollten keine Verbrüderung, denn ihre Mehrheit war fanatisiert ... (unleserlich) und eingeschüchtert. Die Delegierten zogen es vor, anstatt nach einer Annäherung zu suchen, zwei Kollegen, alten „Vatranern“, einen Fußtritt zu versetzen und der Filiale in Boston grundlos das Stimmrecht vorzuenthalten, allein um zu demonstrieren, dass sie kein Zusammengehen wollen. Die Bestrafungen gingen weiter, alle Taten Faik Konicas wurden ohne Diskussion gutgeheißen, man ehrte den Verursacher der Spaltung mit dem Ehrenvorsitz. In den Vorstand kamen zwei, drei Leute, die keine Mitglieder der Gesellschaft waren. Als Vorsitzenden wählte man einen phlegmatischen und willenslosen Menschen, der das tut und sagen wird, was Faik Konica wünscht, und das neue Statut wird den Filialen vorgelegt. Drei freiheitsliebende und idealistische Delegierte verließen die Ratstagung angesichts der Missachtung, mit der man ihnen begegnete.

Einige Kollegen, denen der Name und die Vergangenheit der „Vatra“ am Herzen lagen, blieben bis zum Ende. Sie wollten, falls ein Zusammengehen doch gewünscht würde, auch die anderen Freunde überzeugen, zur „Vatra“ zurückzukehren. Allerdings erhielten wir anstelle der Vereinigung einen Fußtritt. Wir gingen, weil wir ihnen nicht gleichen wollten ... (unleserlich) und wir können in der Föderation nicht weiter kämpfen, denn das Statut des Faik wurde beschlossen. Dieses Statut wurde vorbereitet, um uns auszuschließen. Der Vorstand handelt nun auf der Grundlage der neuen Artikel autokratisch, und sein Befehlsgeber ist Faik Konica, wenngleich er sich in Washington befindet.

Die Generalversammlung hat sich mit der Gesamtlage beschäftigt und gelangte zu dem Schluss, dass wir als Mitglieder die Arbeit in der „Vatra“ nicht weiterführen können, weil wir dort nicht erwünscht sind. Sie hat beschlossen, dass der einzige Weg, der uns bleibt, darin besteht, uns in einer neuen Gesellschaft mit den bisherigen Idealen der „Vatra“ zu organisieren. Wenn die anderen Freunde die Einheit wünschen, sind wir bereit uns zu verständigen. Aber der Wunsch nach Vereinigung muss ehrlich sein, alle Ungerechtigkeiten, die begangen worden sind, müssen mit der Wurzel ausgerissen werden.

Wir rufen deshalb den idealistischen Albanern in Amerika und insbesondere den langjährigen „Vatranern“ aus vollem Herzen zu, sich um die neue Organisation zu scharen, damit wir eine Heimstätte wie die alte „Vatra“ erhalten. Mit unserem Zusammenschluss werden wir stark sein und dadurch all das erreichen, wonach wir unverzagt streben. Sollen sie uns als Rebellen bezeichnen und als Bolschewisten beschimpfen, das sind Verleumdungen, die uns nicht erschüttern.

Dokument 3:

Programm der „Neue Vatra“ vom 2. August 1926 Vorläufiger Stand

Am 25. Juli 1926 trat gemäß dem Aufruf des Initiativ-Komitees die Generalversammlung zusammen. Sie beschloss, die Bildung einer „Neue Vatra“ in Angriff zu nehmen und wählte eine Organisations-Kommission, die sich um die Organisation der Gesellschaft kümmert²⁴ und den Entwurf des Programms sowie des Statuts vorbereitet. Diese werden der Ratstagung, die demnächst zusammenkommt, unterbreitet. Die Organisations-Kommission hat auf der zweiten Sitzung am 2. August das folgende Programm angenommen.

Die Gesellschaft hat zum Ziel

1. Ihre Mitglieder in der amerikanischen Sprache, Geschichte, politischen Theorien und Kultur anzuleiten, zu unterstützen und die Errungenschaften Amerikas mit ihrer Hilfe in Albanien zu verbreiten.
2. Albanische Literatur zusammenzutragen und diese bekannt zu machen und die Bräuche sowie die positiven Seiten der Lebensart des albanischen Volkes zu pflegen.
3. Konfessionelle oder regional begrenzte Propaganda jeglicher Art, die nationalen Fortschritt behindert und das albanische Element sowie die Ganzheit Albaniens bedroht, zu bekämpfen.
4. Die liberalen und demokratischen Prinzipien zu verteidigen und sich einzusetzen, um die progressiven albanischen Parteien zusammenzuschließen.
5. Ihre Mitglieder im Krankheitsfall entsprechend den Festlegungen im Statut zu unterstützen.

24 Der Organisations-Kommission gehörten Kristo D. Kirka, Peter V. Kolonja und Angelo Sotiran, danach – spätestens im November – konstituierte sich der Kuratoriums-Ausschuss der Föderation „Bijtë e Shqipërisë“ unter Vorsitz von Kristo Kirka, und die Aktivisten begannen praktisch neue selbständige Filialen zu bilden. Ein genaues Gründungsdatum konnte nicht ermittelt werden, auch keine Angaben für die Dauer ihres Wirkens. Aus Berichten des „Idealisti“ geht hervor, dass die Bildung weiterer Filialen und ihre Festigung sukzessive fortgeführt wurde. Siehe Federata „Bijtë e Shqipërisë“ dergon konferenciere, in: Idealisti, Boston Mass., 6. Dhjetor 1926. Die Organisation blieb in ihren politischen und organisatorischen Möglichkeiten beschränkt und konnte letztlich ihre Vorstellungen und Versprechen nicht einlösen. Im Jahr 2002 entstand in Philadelphia eine kultur- und bildungspolitische Vereinigung „Bijtë e Shqipës“, die von der Namensgebung her eine Verbindung zu der 1926 in Boston geschaffenen Gesellschaft und die seinerzeitigen Ereignisse vermuten ließe. Deren Publikationen nehmen aber keinen Bezug darauf: Siehe 15 Vjet „Bijtë e Shqipës“ (2002-2017). Shoqata Atdhetare Kulturorë „Bijtë e Shqipës“ Filadelfia, SHBA, Redaktuan: L Lazar Vero dhe Vllashi Fili, Tirana 2017.

6. Den Immigranten die ordnungsgemäße Einreise in die Vereinigten Staaten zu erleichtern.
7. Anstrengungen zu unternehmen, um die bedürftigen albanischen Studenten in Amerika zu fördern.

Die Organisierung

Die Gesellschaft gründet sich als Föderation mit Filialen, die sich selbst verwalten, und mit einer zentralen Kommission an der Spitze. Die Organisations-Kommission wird in einer der nächsten Ausgaben der Zeitung „Idealisti“ den Statuten-Entwurf der Gesellschaft veröffentlichen. Jene Siedlungen, die bereits jetzt Maßnahmen treffen wollen, können sich auf die ihnen bekannte Art organisieren, ohne den Statuten-Entwurf abzuwarten. Die idealistischen Albaner in jeder Siedlung, die mit den von der Generalversammlung erarbeiteten Vorstellungen übereinstimmen, können somit informell ein Initiativ-Komitee bilden, das die Landsleute einlädt (entweder mündlich und durch Bekanntmachung oder über die Zeitung „Idealisti“), sich an einem bestimmten Ort und zu einer festgelegten Zeit zu versammeln, um mit der Vorbereitung für eine Filiale zu beginnen, Mitglieder einzuschreiben und Funktionäre entsprechend den Regeln zu wählen.

Die Organisations-Kommission ist bereit einen Redner zu schicken, wenn die Kolonie dies schriftlich anfordert, um die Organisationsarbeit zu erleichtern.

Jeder Albaner, der sich als Mitglied einträgt, wird bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Ratstagung die Beiträge für die Mitglieder festlegt (diese schließen auch die Zeitung ein) 5 Dollar im Voraus bezahlen, um die Herausgabe der Zeitung zu ermöglichen und die Kosten für die Organisierung zu bestreiten.

Für die Namensfindung der Gesellschaft wird es eine öffentliche Ausschreibung geben und der Gewinner des von der Ratstagung gebilligten Namens erhält einen Preis. In einer der nächsten Nummern der Zeitung werden die Modalitäten der Ausschreibung mitgeteilt. Die Filialen erhalten die Unterlagen für die Archivierung, nachdem die Ratstagung dem Namen für die Gesellschaft zugestimmt hat. Einstweilen verwenden die Filialen provisorisch Hefte.

„Der Idealist“

Die Organisations-Kommission hat für das Organ der Gesellschaft den Namen „Idealisti“ festgelegt, der vorläufig einmal in der Woche erscheinen wird.²⁵ Der

25 Die erste Ausgabe der Zeitung erschien am 7.8.1926 in Boston als Organ der „Albanischen Idealisten“ wöchentlich. Herausgeber war die Organisations-Kommission sowie die Redaktion (C. A. Tashko, Dh. Treska, P. V. Kolonja). Die Ausgabe vom 18.11.1926 nennt sich „Organ der Föderation Söhne Albaniens in Amerika“, als Editor fungierte der Kuratoriums-Ausschuss der Föderation unter Vorsitz von Kirka, Chefredakteur war Tashko. „Der Idealist“ war im Un-

DDR-Kultur 1959

Vorgestellt wird ein Auszug aus dem Jahresbericht 1959 der Abteilung Kultur beim ZK der SED. In der Kommentierung wird vor allem auf den Konrad-Wolf-Film „Sterne“ eingegangen, der eine Zäsur in der internationalen Filmgeschichte markierte. Es ist dies Wolfs einziger Film, der sich mit dem Thema Konzentrationslager und Judenverfolgung auseinandersetzt. Ebenso wie der bulgarische Drehbuchautor Angel Wagenstein kannte Wolf die historische Dimension des Kampfes gegen den Faschismus sehr genau. Im Drehbuch verarbeitete Wagenstein eigene Erlebnisse. Die Figur des Blashe ist an ihn angelehnt:

Griechische Juden befinden sich auf einem Eisenbahntransport durch Bulgarien. Nach drei Tagen wird in einer Kleinstadt die Bahnfahrt unterbrochen. Die Jüdin Ruth begegnet dem Wehrmachtsunteroffizier Walter, den sie um ärztliche Hilfe für eine schwangere jüdische Mitgefangene bittet. Obwohl ihm diese Bitte nicht behagt, besorgt Walter einen Arzt, der der Frau während der Geburt zur Seite steht. Ruth und Walter verlieben sich ineinander. Walter schafft es aber nicht zu verhindern, dass Ruth mit dem Transport auf die Reise nach Auschwitz geht. Dadurch verändert sich das Verhältnis von Walter zur Wehrmacht und zum NS-Staat. Er schließt sich den Partisanen an und übergibt diesen Waffen der Wehrmacht.

Der im Spätsommer in Bulgarien gedrehte Film erlebte am 27. März 1959 zeitgleich im Haus der Jugend in der Klosterstraße und im Kino Babylon in Berlin seine Premiere. In Bulgarien wurde der Film zunächst nicht freigegeben, weil er zwischen der jüdischen Bourgeoisie und dem jüdischen Proletariat nicht unterschieden habe. Auch in der Sowjetunion und in Israel gab es Aufführungsverbote. Zu den Filmfestspielen 1959 in Cannes erhielt die DEFA keine Einladung, weil ein Interministerieller Ausschuss in Bonn sich anmaßte, DEFA-Filme zu zensieren. Schon 1958 musste der DEFA-Bestseller „Berlin – Ecke Schönhauser“ mit Eva Maria Hagen in der Hauptrolle dran glauben.¹ „Sterne“ wurde schließlich als bulgarischer Film in Cannes eingereicht und erhielt prompt den „Sonderpreis der Jury“. Nun mussten die Bulgaren wohl oder übel diesen Film auch in ihren Kinos zeigen. Besonders schwer tat sich die Bundesrepublik mit „Sterne“. Erst am 3. Juni 1960 kam der Film in einer geschnittenen Fassung in westdeutsche Kinos. Es fehlt die Schlusssequenz, in der sich Walter mit Petko über die Waffenversorgung der Partisanen verständigt. 1975 kam der ungekürzte Film auch in Kinos der USA. Insgesamt 72 Länder zeigten den Film. „Sterne“

1 Vgl. Andreas Körting: Zensur von DEFA-Filmen in der Bundesrepublik, in: APuZ, 1-2, 2009, S. 33-39.

gilt als erster deutscher Film, der sich mit der Verantwortlichkeit der Deutschen im Holocaust auseinandersetzt.

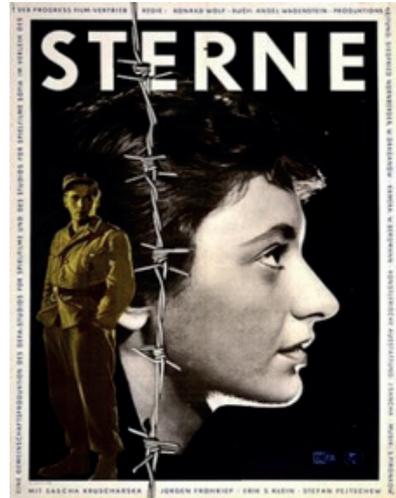
Siegfried Prokop

Erstaufführungsplakat DDR von „Sterne“ (1959)

Entwurf: Klaus Wittkugel
 Regie Konrad Wolf, 92 Min.
 Schwarz-Weiß, Spielfilm
 Drehbuch: Angel Wagenstein
 Bulgarien, Deutsche Demokratische
 Republik
 DEFA-Studio für Spielfilme /
 Studio für Spielfilme Sofia

Auszeichnungen:
 Internationales Filmfestival (1959)
 Anerkennungsurkunde
 Filmfestival der VII. Weltfestspiele
 der Jugend und Studenten Wien,
 Goldmedaille

XII. Internationales Filmfestival
 Cannes (1959) Sonderpreis der Jury
 Wurde 2005 in die Liste der 100 besten deutschen Spielfilme aufgenommen
 Jiddische Lieder: „S'brennt“ Mordechaj Gebirtig und „Eli, Eli“ Gerry Wolff



Dokument:

Aus dem Jahresbericht 1959 der Abteilung Kulturelle Beziehungen vom 11.02.1960

„Die Zahl der Länder, zu denen wir kulturelle Beziehungen und Kontakte pflegen, hat sich von 25 im Jahre 1958 auf 35 im Jahre 1959 erhöht. Besonders wurden die Beziehungen zu England, Finnland und den skandinavischen Ländern, mit Österreich, mit der Schweiz sowie der VAR, mit Indien, Indonesien und dem Irak erweitert ... Gleichzeitig waren zum 10. Jahrestag und zu den Berliner Festtagen sechs größere und mittlere Ensembles und weitere 27 ausländische Künstler und

Kulturschaffende unsere Gäste. Erwähnenswert sind hierbei besonders die Veranstaltungen des Staatlichen Ukrainischen Volkschores und der Szetschuan-Oper.

Zu den Höhepunkten unserer internationalen Beziehungen und der kulturellen Beziehungen gehören weiterhin:

Die Veranstaltungen zur Genfer Außenministerkonferenz; hier waren wir mit einer Brecht-Matinee, Konzerten des Gewandhaus-Quartetts, einer Festveranstaltung mit dem Film ‚Sterne‘, einer Grafik- und einer Buchausstellung vertreten.

Die Teilnahme der DDR mit 192 Exponaten an der Internationalen Kunstausstellung der sozialistischen Länder in Moskau und die Entsendung von 16 Delegationen mit 144 Personen zum Besuch dieser Ausstellung.

In der fruchtbaren kulturellen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion sind besonders die feierliche Eröffnung der von der Sowjetunion geretteten Kunstschatze ‚Grünes Gewölbe‘ am 8. Mai 1959 in Dresden, die Ausstellung ‚Sowjetische Kunst der Gegenwart‘, die Gastspiele zahlreicher Künstler und mehrerer Ensembles in der DDR sowie das erfolgreiche Gastspiel der Komischen Oper in Moskau hervorzuheben.

Die Beteiligung des Kreuzchores an den Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Wien.

Die Veranstaltung und die Ergebnisse der Internationalen Buchkunstausstellung in Leipzig.

Durch Aufnahme des nationalen Zentrums der DDR in das ITI (Internationales Theater-Institut) auf dem VIII. Kongress in Helsinki und die AIBN (Internationale Vereinigung der Musikbibliotheken) auf dem V. Kongress in Cambridge im Jahre 1959 wurde das Nationale Zentrum Kinderbuch der DDR beim Internationalen Kuratorium für das Jugendbuch, Zürich, gegründet.“

Quelle: SAPMO-BArch IV 2/906/94

Dokumente zur Vorgeschichte des Förderkreises und zur Sicherung des Zentralen Parteiarchivs der SED¹

Im Folgenden werden zwei Dokumente (jeweils in Abschrift) vorgestellt, die von der Archivleiterin Dr. Inge Pardon verfasst worden waren und von ihr kommentiert werden.

Dokument 1:

Niederschrift über das Gespräch mit dem Geschäftsführenden Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. J. Burckhardt, am 23. März 1991 in Berlin

Berlin, 23. März 1991

Am ersten Teil des Gespräches nahmen Klaus Höpcke und Inge Pardon teil, später wurde Henryk Skrzypczak, Vorsitzender des „Förderkreises Archiv und Bibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ hinzugebeten.

J. Burckhardt verwies auf die derzeit komplizierte Situation im Bundestag bei der Beurteilung der Sachverhalte zum Parteiarchiv der PDS und der anderen Archive. Die „Gemengelage“ bei den Akten im Parteiarchiv habe nicht wenig Irritationen und auch falsche Vorstellungen bei den Bundestagsabgeordneten hervorgerufen. In jedem Falle sei die SPD „problembewußter“ geworden und es hätten viele Gespräche (z.B. mit H. Däubler-Gmelin, W. Penner, der Historischen Kommission der SPD u.a.) stattgefunden, in denen das Projekt der Vereinsgründung (keine Institution, keine Kumpanei oder Einheitsfront mit der PDS, sondern Personenverein, d.h. zwei Bänke, paritätisch, mit Vertrauenshintergrund – SPD bzw. Friedrich-Ebert-Stiftung und PDS; parteiunabhängiger, autonomer, wissenschaftlicher Trägerverein, in dem Fachleute das Sagen haben, der nach wissenschaftlichen Grundsätzen arbeitet und in dem keine Parteipolitik betrieben wird) erläutert wurde.

Die Zustimmung zum Verein sei jetzt bedeutend größer und bei entscheidenden Leuten wie Holger Börner (und dem gesamten Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung), Willy Brandt u.a. fest vorhanden.

Äußerungen mancher Politiker seien einfach der Unkenntnis geschuldet, dem

1 Im Heft 59 der „Mitteilungen“ kündigten wir im Zusammenhang mit dem Interview mit Dr. Inge Pardon an, Dokumente aus der Entstehungsphase des Förderkreises bzw. aus dem Engagement zur Sicherung des Zentralen Parteiarchivs zu veröffentlichen. Wir danken Inge Pardon, dass wir diese Dokumente aus ihrem Privatbesitz veröffentlichen können.

Gedanken der Wiederherstellung alter Besitzverhältnisse u. ä.

Die Einladungen des Archivs an die SPD-Fraktion und an jedes Mitglied des Innen- sowie des Rechtsausschusses begrüßte Dr. Burckhardt sehr; er sei überzeugt, sie werden Wirkung zeigen.

J. Burckhardt informierte darüber, dass er die Entwürfe der Satzung, des Einbringungsvertrages und der Vereinbarung Juristen zur Begutachtung übergeben habe.

Weiteren Vorschlägen unsererseits zur Absicherung der Parität auch bezüglich aktueller Anwesenheiten in der Vereinspraxis stimmte Herr Burckhardt sofort zu.

Zur Frage der bei Vereinsauflösung notwendigen Rückführung des Eigentums an den Einbringer oder an einen anderen gemeinnützigen Verein, der den Satzungszweck erfüllt, muß weiter diskutiert werden.

Herrn Burckhardt wurde ein unsererseits vor allem bezüglich seiner inneren Geschlossenheit überarbeiteter Satzungsentwurf übergeben.

Der Idee von Dr. Burckhardt, den wiss. Träger-Verein gleich noch viel größer anzugehen und andere gefährdete ähnliche Einrichtungen mit aufzunehmen (FDGB-Archiv, FDJ-Archiv) folgten K. Höpcke und ich nicht. Die Argumentation, jetzt die ganze Kraft auf **unseren** Verein zu konzentrieren und dann, wenn er gegründet ist, arbeitet, gemeinnützig wirkt, sich zu öffnen für weitere Interessenten, wurde akzeptiert.

Ausgehend von der Forderung, SED-Akten bzw. Parteischriftgut, das staatliche Vorgänge behandelt, ins Staatsarchiv zu überführen, meinte J. Burckhardt, dass es sich dabei ja nur um einen ganz geringen Teil der Bestände des ZPA handle (Politbüro- und ZK-Akten), aber – das eigentliche Problem, Archiv und Bibliothek (!) zu erhalten damit überhaupt nicht gelöst sei.

K. Höpcke und ich teilten diese Argumentation im ersten Punkt nicht, denn so klein ist dieser Teil nicht und es wäre die Reaktion zu erwarten „wenn es nur um einige wenige Akten geht, einen Bruchteil des Gesamtbestandes, warum macht man dann so ein Gewese?“ Wir verwiesen auf die möglichen gefährlichen Folgen – Zurückholen von Depositaren, schwieriges Festlegen von Grenzen bei den Beständen, akute Zerfallsbedrohung; bei Auslagerung der Originale nach Koblenz und Verbleib von Kopien im ZPA würde die Benutzung streng nach Bundesarchivgesetz erfolgen und damit wäre die Aufarbeitung jüngster Geschichte außerordentlich erschwert, z. T. unmöglich.

Das wurde akzeptiert!

Im **gemeinsamen** Gespräch kristallisierten sich folgende Schwerpunkte heraus, die bei allen künftigen Interviews, Diskussionen, Aktivitäten, auch des Förderkreises, sowie bevorstehenden Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten in den Mittelpunkt gerückt werden sollten:

- Für Archiv und Bibliothek muß in Kürze eine dauerhafte Gesamtlösung in Berlin gefunden werden. Das wäre der wissenschaftliche Trägerverein!
„Wir sind aus dem Stand handlungsfähig“, alles ist vorbereitet, den Verein zu gründen. Auch der Hinweis, dass es sich bei den anstehenden Entscheidungen um ein typisches Feld der Arbeit von politischen Stiftungen (sie sind alle e.V.) handelt, sei angebracht.
- In das Bundesarchiv käme immer nur ein Teil der Akten („Gemeinge-Lage“); damit wäre das Problem Perspektive für Archiv und Bibliothek jedoch nicht gelöst, der „Rest“ würde zerfallen.
Nur der Erhalt der Geschlossenheit der Bestände ergibt Sinn für die Forschung. Das Aushebeln von Aktenbeständen wird die Gefahr der Zerstückelung nach sich ziehen. Eine Schließung des Archivs muss unbedingt vermieden werden. Ein Schilderwechsel an der Haustür bzw. die Umlagerung von SED-Beständen in staatliche Archiv-Einrichtungen Berlins oder Potsdams (deren Perspektive wäre auf die Dauer dann doch Koblenz) würde die Benutzbarkeit dieser Bestände sehr in Frage stellen, der Forschung großen Schaden zufügen und die seit dem Umzug des Archivs geschaffenen guten Arbeits- und großzügigen Benutzungsbedingungen für die Forscher jäh unterbrechen. (Die SPD würde niemals zulassen, dass etwa Akten der Sozialdemokratie des vorigen Jahrhunderts oder der zwanziger Jahre, die im ZPA lagern, ins Bundesarchiv überführt werden – ein Verfassungsrechtsstreit wäre sofort die Folge. Sowa sei immer zugunsten der Parteien ausgegangen, aber lange Verhandlungen helfen jetzt nicht)².
- Die Rechtsfrage sei wegen der „Gemengelage“ der Parteiakten nicht eindeutig, während die Eigentumsfrage eindeutig sei.
- Gleiches Recht muß für alle gelten. Die CDU und die FDP haben die Archive der ehemaligen Blockparteien übernommen. Damit sind „Staatsakten“ (z.B. die der ehemaligen Vorsitzenden des Staatsrates G. Götting, CDU, und M. Gerlach, LDPD, u.a.) ebenfalls in Parteiarchiven.
Im übrigen befinden sich die „Handakten“ der ehemaligen Bundeskanzler W. Brandt und H. Schmidt im Archiv der sozialen Demokratie.
- Herauszuheben sei die Problematik ‚Depositare‘ und die Absicht der Einleger, ihr Eigentum zurückzufordern, wenn das Archiv eine Veränderung der Zuordnung erfährt. (Der Stellenwert dieser persönlichen Nachlässe ist in einem Spezialarchiv zur Geschichte der Arbeiterbewegung ein ganz anderer als in einem Staatsarchiv!) Unsere Vereinskonstruktion wird die Hinterleger ‚bei der Stange‘ halten.
- Bezüglich der Benutzung sollten die Vorteile großzügiger Zugänglichkeit wie sie der wissenschaftliche Trägerverein praktizieren kann und wie sie z. Zt. im Interesse von Wissenschaft und Bildung praktiziert werden, herausgestellt werden.

2 Mit der Bemerkung sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass die politischen Stiftungen alle eingetragene Vereine sind.

(Die Benutzung in staatlichen Archiven ist streng orientiert an der 30jährigen Sperrfrist.)

Nicht zu unterschätzen sei, daß die Vereinslösung auch die Gewähr dafür bietet, daß die mit Archiv und Bibliothek vertrauten Spezialisten bei den Beständen bleiben und eine traditionsreiche Zusammenarbeit zwischen beiden Archiven und beiden Bibliotheken des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung und der Friedrich-Ebert-Stiftung fortgesetzt wird.

- Jeder parteipolitische Mißbrauch scheidet bei der geplanten Öffentlichkeit und Transparenz des Vereins aus. (Satzung muß dem Bundesinnenministerium zur Prüfung vorgelegt werden, damit über die „Gemeinnützigkeit“ befunden werden kann.)
- Beabsichtigt sei, die Mitgliedschaft im Vorstand des Vereins dem Bundesarchivpräsidenten Prof. Kahlenberg oder einem anderen Repräsentanten des staatlichen Archivwesens anzutragen. Damit sei dann auch jederzeit die staatliche Einflussnahme, Information etc. gesichert. (Noch vertraulich zu behandeln!)

Dr. Burckhardt informierte außerdem darüber, daß er mit Herrn Klose³ in Verbindung sei, um die beantragte Finanzierung von Archiv und Bibliothek für dieses Jahr sichern zu helfen. Er wird einen erneuten Vorstoß bei von Hammerstein und bei der Unabhängigen Kommission machen, damit über April hinaus Lohn, Miete, Unterhalt etc. für Archiv, Bibliothek und technische Werkstätten gezahlt werden. (Die Anzahl der Mitarbeiter im Archiv der Sozialen Demokratie beträgt übrigens 34!)

Herr Burckhardt bestätigte erneut, dass unsere geplante Mitarbeiter-Zahl von etwa 70 im Verein realistisch sei. Dr. Burckhardt meinte gleichzeitig, daß zu spüren sei, dass die Treuhand überhaupt kein Interesse an einer Klärung der Dinge habe, alles verzögere, sich Zeit ließe, bis die Regierung entschieden habe, was mit dem Archiv werde; daß er Björn Engholm einen Vermerk über den Sachverhalt insgesamt schicken werde;

daß er Regierungs⁴ (insbesondere aus dem Innenministerium) angetragen habe, eine Aussprache mit **allen politischen Stiftungen** über die Problemlage insgesamt (PDS-Archiv, Archive der Blockparteien, Sassenbach-Stiftung, FDJ-Archiv) zu führen;

dass er bezüglich der beantragten Finanzierung durch die öffentliche Hand von

3 Die Position, dass die SPD nie zulassen würde, dass Akten der Sozialdemokratie ins Bundesarchiv kämen, wurde im Zusammenhang mit der Gründung der Stiftung ‚Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR‘ verändert. Die vormaligen Blockparteien der DDR hinterlegten ihre Archive sofort mit dem Anschluss bei ihren ‚Schwesterparteien‘. Dass sie wenigstens Bestandsübersichten an die SAPMO-BArch geben mussten, gehört zum Erfolg unseres Engagements.

4 Es muss ‚Regierungsbeamten‘ heißen.

Staatssekretär Kroppenstedt (Innenministerium) lange nichts mehr gehört habe – „alle warten irgendwie ab.“

Herr Burckhardt empfahl uns, unverzüglich mit Frau Hertha Däubler-Gmelin, Herrn Bernrath (Obmann im Innenausschuß) und Herrn Söll Kontakte herzustellen. Wir sollten sie über den Sachstand, Probleme, Gefahren und Chancen informieren.

Gleichermaßen wäre es günstig, wenn wir mit P. J. Winters (Berlin-Korrespondent der FAZ) schleunigst wieder Verbindung aufnehmen würden, um einen weiteren Artikel in der FAZ über die Notwendigkeit der baldigen Gründung des parteiunabhängigen wissenschaftlichen Trägervereins zu initiieren.

Mit Hilfe des Förderkreises (Zusage von Herrn Skrzypczak) werden diese Empfehlungen sehr schnell realisiert.

Das nächste Gespräch, zu dem auch Herr Burckhardt den Rücklauf von seinen Juristen zu den Satzungs-, Vertrags- und Vereinbarungsentwürfen erwartet, wird am 12. April in Bonn stattfinden.

Klaus Höpcke und Inge Pardon sind dazu eingeladen.

Unsere Aktivitäten seit den letzten Verhandlungen (Gespräch K. Höpcke mit H. Helmrich, CDU, MdB, Vorsitzender des Rechtsausschusses, Information über den gegründeten Förderkreis und seine Arbeit u.v.a.) spielen im Gespräch eine Rolle, werden aber in dieser Niederschrift nicht ausgeführt.

Inge Pardon [hs]

Verteiler:

G. Gysi
K. Höpcke
G. Benser
I. Pardon

Erläuterungen zum Dokument

Die Niederschrift umfasst sechs maschinenschriftliche Seiten. Sie wurde von mir unmittelbar nach dem Gespräch verfasst und unterschrieben. Das Gespräch fand auf Vorschlag von Dr. Burckhardt im Hotel Esplanade in Westberlin statt. Zentraler Gegenstand war das gemeinsame Vorhaben, mit der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung einen paritätischen, parteiunabhängigen, gemeinnützigen, wissenschaftlichen Trägerverein zu gründen, in den die PDS ihr ZPA und die Bibliothek einbringen wollte. Zu dieser Zeit war bereits auf den Leitungsebenen von beiden Archiven und Bibliotheken in Berlin und in Bonn viel konkrete Vorarbeit für eine gemeinsame Perspektive geleistet worden.

Es lagen Entwürfe der Satzung, des Einbringungsvertrages und der Vereinbarung vor. Das Kooperationsmodell war aussichtsreich; selbst Willy Brandt und Holger Börner saßen bereits mit im Boot und die FAZ bekundete ihr Wohlwollen. Mir ist ein Satz von Dr. Burckhardt aus diesem Gespräch bis heute erinnerlich, weil er mich damals ungemein erfreut hat und ich ihn oft zitiert habe: „Wir sind aus dem Stand handlungsfähig.“ Ich sah uns der von uns favorisierten und von unseren Kritikern wie der IG Archive und Bibliotheken geschmähten Lösung ein Stück näher kommen.

Heute wissen wir, dass sich damals auch schon in dieser Zeit Widerstände in verschiedenen Gremien der SPD gegen das Vorhaben einer gemeinsamen Vereinsgründung formierten und vor allem auch in der im Osten neu gegründeten SPD artikuliert wurden.

Der Verhandlungsführer der FES hatte bei unserem Treffen bereits den drei Tage zuvor erfolgten Vorstoß des Staates, mit der Novellierung des Bundesarchivgesetzes eine gesetzliche Handhabe für eine de facto Enteignung der SED-Archive herbeizuführen, entsprechend berücksichtigt. Daher wahrscheinlich sein Vorschlag, auch andere gefährdete Archive mit in den Trägerverein aufzunehmen dem wir (noch) nicht folgen konnten.

Der wiedergegebene Gesprächsinhalt fixiert den Stand der damaligen Diskussion in Führungskreisen der SPD um das ZPA und die Bibliothek im IfGA, sowie ein abgestimmtes, gemeinsames, auch Dritten gegenüber zu vertretendes inhaltliches Herangehen bei den nächsten Schritten zum gemeinsamen Trägerverein.

Die von Dr. Burckhardt ausgesprochenen Empfehlungen (S. 5) haben wir allesamt gemeinsam mit dem Förderkreis realisiert.

Dokument 2:**Persönlicher Brief der Archivleiterin Dr. Inge Pardon an das Mitglied des Deutschen Bundestages, Herrn Dr. Wolfgang Ullmann⁵, Abgeordneter von Bündnis 90/Grüne vom 27.3.1991**

Mitglied des Deutschen Bundestages
 Herrn Abgeordneten Dr. Wolfgang Ullmann
 Berlin, 27.3.1990

Sehr geehrter Herr Dr. Ullmann

Als Leiterin einer wissenschaftlichen Einrichtung, die sich der historischen Forschung, der demokratischen Bildung und der Pflege kulturellen Erbes der deutschen Arbeiterbewegung verpflichtet weiß, wende ich mich heute in großer Sorge um unsere Zukunft an Sie.

Seit Monaten reißen die Turbulenzen um unser Archiv im Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung nicht ab.

Im Zusammenhang mit dem Einzug der Bundesbank in das Gebäude des ehemaligen ZK der SED wurden wir im Sommer vorigen Jahres beauftragt, unsere dortigen Tresor-Magazine zu räumen; eine Ausweichmöglichkeit wurde uns nicht geboten. Unter großen Anstrengungen und mit erheblichen Kosten haben wir unsere gesamten Archiv-Bestände in das Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, wo sie seit Januar wieder benutzbar sind, umgelagert.

Wie Sie ja wissen, hat das erste frei gewählte Parlament der DDR unter dem Vorsitz von Herrn Höppner (SPD) im Herbst 1990 einen Antrag auf Enteignung unseres Archivs abgelehnt.

Im November wurde auf Initiative von Frau Martiny (SPD), Kultursenatorin von Westberlin, einvernehmlich mit der Ostberliner Kulturverwaltung die Eintragung unseres Archivs und der Bibliothek in das Gesamtverzeichnis national wertvollen Kulturgutes und national wertvoller Archive eingeleitet, wofür wir uns bedankt haben.

Aus den Medien erreichten uns schon mehrfach Verlautbarungen, denen wir

5 Wolfgang Ullmann (1929-2004), war Theologe und Kirchenhistoriker. Er war aktiv im politischen Veränderungsprozess der DDR engagiert. Als Mitbegründer von *Demokratie Jetzt* saß er am zentralen Runden Tisch, bekleidete in der Regierung Modrow ein Ministeramt ohne Geschäftsbereich und war Mitglied der letzten Volkskammer der DDR. Wolfgang Ullmann war einer der Autoren der am Runden Tisch erarbeiteten Verfassung der DDR und wurde als Mitglied von Bündnis 90 im Deutschen Bundestag Streiter für eine neue gesamtdeutsche Verfassung. Als Vorstandsmitglied im «Forum zur Aufklärung und Erneuerung» und im *Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie* sowie als Abgeordneter des Europaparlaments blieb er kritischer Begleiter der Entwicklung des vereinigten Deutschlands und des gemeinsamen Europas.

entnehmen, daß unser Archiv in die Nähe des Archivs der Staatssicherheit gerückt wird und man es – wie in der Koalitionsvereinbarung nachzulesen – dem Staatlichen Archivwesen zuordnen will.

Abgesehen von den jeder wissenschaftlichen Arbeit abträglichen ständigen Aufregungen und Unruhen, die nicht nur unsere Mitarbeiter sondern auch viele unserer Benutzer (sicher ist Ihnen bekannt, dass z.B. Frau Dr. Brigitte Seebacher-Brandt, Herr Professor Hermann Weber, Herr Professor Wolfgang Leonhard und viele andere Historiker aus den alten Bundesländern aus den Quellen unseres Archivs schöpfen) immer wieder bewegen und Einleger von Archivgut verunsichern, vermögen wir keinen hinreichenden rechtlichen oder sachlichen Grund für eine Zuordnung unseres Archivs oder eines Großteils seiner Bestände zum Bundesarchiv zu erkennen.

Zu unserer einzigartigen Sammlung archivalischer Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und sozialer Bewegungen in Deutschland von der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis zur Gegenwart gehören Originale aus den Federn von Marx und Engels, Dokumente aus der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, das Historische Archiv der KPD, über 270 Nachlässe und Teilnachlässe von Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung wie z.B. August Bebel, Wilhelm und Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Kurt Eisner, Clara Zetkin, Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, Max Fechner, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht u.a., umfangreiche Sammlungen von Flugblättern und Plakaten, Materialien zur Novemberrevolution, zum Spanischen Bürgerkrieg, zum Nationalkomitee Freies Deutschland, zum antifaschistischen Widerstand, eine wertvolle Autografensammlung, über 2.500 Erinnerungsberichte und über 150 000 Fotodokumente.

Was den SED-Bestand betrifft, so enthält er stenografische Protokolle der Plenartagungen des ZK, Ergebnis-Protokolle der Politbüro- und Sekretariatssitzungen, Berichte, Personalunterlagen und vieles andere. Es handelt sich um Material, das nach dem Provenienzprinzip in dieses und kein anderes Archiv gehört, zumal die im Gefolge von Parteibeschlüssen angenommenen staatlichen Entscheidungen sämtlich beim Ministerrat bzw. Staatsrat und in den Ministerien sowie staatlichen Organen ebenfalls archiviert worden, also in Doppelüberlieferung vorhanden sind.

Dieses Schriftgut ist offensichtlich der Ausgangspunkt für alle Überlegungen einer Verstaatlichung, Enteignung bzw. Überführung nach Koblenz. Eine Rechtsgrundlage gibt es dafür nicht. Der Forschung würde damit die organisch gewachsene Quellenbasis entzogen werden. Die Akten wären bei einer Umlagerung lange nicht benutzbar, die Trennung der Spezialisten von den Beständen hätte schlimme Folgen für die Benutzung. Bei einer veränderten Zuordnung des Archivs würden Einleger ihre Depositare zurückholen – darunter wertvolles Schriftgut z.B. der Familien Pieck, Ulbricht, Grotewohl, Thälmann, Kurt Eisner, Josef Weber, Peter Adolf Thiessen u.a.

Unser Archiv ist für Historiker und Politologen, für Biografen und Dokumentaristen – für alle Interessenten frei zugänglich. Auf der Grundlage der Bundesarchivgesetzgebung werden den Benutzern unter Beachtung des Personen- und Datenschutzes in großzügiger Weise Akten vorgelegt, die organisationseigenes Schriftgut auch im sog. Sperrfristzeitraum (30 Jahre) enthalten. Es herrschen bei uns nachweisbar günstigere Zugangsmöglichkeiten zu den Quellen als in jedem Staatsarchiv. Täglich studieren 30 bis 40 Benutzer aus aller Welt in unserem Lesesaal. Das ist eine verdreifachte Benutzung im Vergleich zu 1989.

Da sich nach unseren Erfahrungen Mißverständnisse und Fehlbeurteilungen, Vermutungen und Unterstellungen am besten in sachlicher Diskussion und durch große Transparenz ausräumen lassen, haben wir alle Mitglieder des Innenausschusses und des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages sowie die Stellvertretenden Mitglieder und die gesamte SPD-Fraktion eingeladen, sich mit den Beständen unseres Archivs, mit unseren Findhilfsmitteln und unserer Arbeitsweise bekanntzumachen und sich auch in unseren Magazinen umzusehen.

Wir laden Sie, sehr geehrter Herr Dr. Ullmann, ebenfalls herzlich zu uns ein! Obwohl ich mir sehr gut vorstellen kann wie Ihr Terminkalender aussieht, bitte ich Sie doch inständig, unsere Einladung anzunehmen. Sie sind uns jederzeit willkommen!

Unser Bestreben ist es, die Geschlossenheit der Bestände in Archiv und Bibliothek im Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung zu retten. Wir haben vor, gemeinsam mit der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung einen parteipolitisch unabhängigen wissenschaftlichen Trägerverein „Archiv und Bibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ zu gründen, der Gemeinnützigkeit beantragen und durch die öffentliche Hand finanziert werden soll.

Bereits seit März vorigen Jahres führen Herr Klaus Höpcke, Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes der PDS, die ja Eigentümer des Archivs ist, und Herr Dr. Jürgen Burckhardt, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung miteinander Gespräche zur Vorbereitung der Vereinsgründung.

Ich erlaube mir, Ihnen einige Materialien mit der Bitte um Kenntnisnahme beizulegen.

In der Hoffnung auf eine gute Antwort verbleibe ich mit freundlichen Grüßen und dem Ausdruck größter Hochachtung

Inge Pardon

Erläuterung zum Dokument

Der Brief umfasst fünf handschriftliche Seiten. Er wurde von mir irrtümlich mit einer falschen Jahreszahl im Datum versehen. Der Brief kann nur am 27. März 1991, nicht 1990 geschrieben worden sein. Der PDS-Parteivorstand hat mich erst

im Juli 1990 als Archivleiterin berufen. Mit diesem Brief verbinde ich die Erinnerung an ein ganz persönliches Erlebnis mit Dr. Ullmann:

Da er unweit des ZPA wohnte, habe ich mich entschlossen, ihn (uneingeladen und unangemeldet!) kurzerhand zu Hause zu besuchen. Eigentlich nur, um ihm diesen Brief zu überreichen. Es war bereits gegen 20 Uhr abends, als ich am 27. März bei Dr. Ullmann klingelte. Nach geraumer Zeit öffnete mir eine sehr freundliche, sich an der Korridorwand entlang tastende, wahrscheinlich erblindete, ältere Frau. Ich kannte sie nicht. Sie bat mich herein und geleitete mich ins Arbeitszimmer, wo Dr. Ullmann gerade ein angeregtes Telefonat in Englisch führte. Er wies auf einen freien Platz, ich sollte mich setzen. Ringsum war alles belegt mit Büchern, Manuskripten, Korrespondenzen, Zeitungen. Nach längerer Zeit, ich dachte schon, er hätte mich vergessen, legte er auf und wandte sich, irgendwie gütig lächelnd, mir zu – er konnte überhaupt nicht ahnen, was für eine Bittstellerin da vor ihm saß! Er kannte mich nicht – ich ihn nur aus den Medien.

Nachdem ich mich für den späten Überfall entschuldigt und mein Anliegen, den Brief schwenkend, kurz vorgetragen hatte, wurde seine Miene sehr ernst. Ich hatte sofort sein ungeteiltes Interesse und er meinte, er werde sich alles in Ruhe durchlesen, ‚weil ’s offensichtlich doch pressiert.‘ Möglicherweise hat ihn mein Engagement beeindruckt. Jedenfalls versprach er, uns im ZPA zu besuchen. Bereits am nächsten Tag, am 28. März, war Dr. Ullmann von 18 bis 21 Uhr unser Gast. Er hatte sich Zeit genommen. Als er sich verabschiedete sagte er zu mir: „Ich habe heute etwas Singuläres gesehen. Man darf es nicht zerstören.“

Berichte

Bericht über die Konferenz „Die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien“ der Robert-Grimm-Gesellschaft (Zürich) am 16. April 2021

In Zeiten der Corona-Pandemie müssen wissenschaftliche Konferenzen in der Regel als Onlinekonferenzen durchgeführt werden. So war es auch mit der Konferenz über „Die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien“, jener zwischen 1921 und 1923 existierenden „Wiener Internationale“, von der Konkurrenz der III. Internationale als „Zweieinhalbte Internationale“ etwas hämisch titulierte. Die IASP konstituierte sich wesentlich auf Initiative des Schweizer Linksozialisten Robert Grimm (1881-1958) von der SPS, dem Namensgeber der veranstaltenden Gesellschaft. Mit ihm zusammen forcierten vor allem Friedrich Adler (SAPDÖ), Georg Ledebour (USPD) und der Marx-Enkel Jean Longuet (SFIO) das Zustandekommen des linkssozialistischen Parteienbündnisses. Auf der Wiener Konferenz vom 22. bis 27. Februar 1921 trafen sich 80 Delegierte von 20 Parteien aus zwölf Ländern, um über ihr Verhältnis zur II. und besonders zur III. Internationale, der „Kommunistischen Internationale“ anhand der Themenkomplexe Diktatur des Proletariats/Rätesystem und der Wiedererrichtung einer umfassenden Internationale zu diskutieren und zu beschließen.¹

Nachdem die II. Internationale durch den Kriegsausbruch und das auf die jeweilige kriegsführende Nation positiv orientierte Verhalten der meisten Mitgliedsparteien zerbrochen war, hatte sich aus der kriegskritischen „Zimmerwalder Bewegung“ heraus im März 1919 in Moskau die Kommunistische Internationale gegründet. Auch die II. Internationale hatte sich 1919 wieder zu bilden begonnen. Für die linkssozialistischen Parteien wie die USPD oder die französische SFIO, die die II. Internationale 1919/20 verlassen hatten, stellte sich nun die Frage der internationalen Zugehörigkeit. Ursprünglich bestand die Absicht, die II. Internationale zu majorisieren und zu dominieren, was sich aber 1919 schnell als aussichtslos erwies. Nun sollte mit der III. Internationale über einen Beitritt verhandelt werden, und zwar auf Basis einer vorausgehenden Konferenz zur Positionsbestimmung, was eine Stärkung der revolutionär-sozialistischen Parteien gegen die von Lenin angestrebte kommunistische Dominanz bewirken sollte. Doch die auf dem II. Weltkongress der Komintern in Moskau auf Basis der „21 Bedingungen zum Beitritt zur Kommunistischen Internationale“ geführten Verhandlungen der USPD ließen auch diese Perspektive scheitern, denn die 21 Be-

1 Vgl. zur IASP: Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien vom 22. bis 27. Februar 1921. Mit einer Einleitung zum Nachdruck von Konrad von Zwehl, Berlin – Bonn 1978.

dingungen forderten faktisch die Spaltung der linkssozialistischen Parteien und ihre kommunistische Umgründung. So waren es insbesondere die Initiativen der USPD, der SFIO, der SPS und der österreichischen Sozialdemokratie, namentlich Friedrich Adlers und Otto Bauers, die zur Wiener Konferenz im Februar 1921 führten.

Dieser Konferenz und den sie prägenden Parteien und Akteuren galt das Hauptaugenmerk der Veranstaltung der Robert-Grimm-Gesellschaft. Gerade das Spannungsfeld zwischen der gescheiterten II. Internationale und der sich zentralisierenden III. Internationale auszuleuchten war die Absicht, wie Monika Wicki (Präsidentin der Robert-Grimm-Gesellschaft/Zürich) in ihrer Begrüßung anmerkte. Als Vortragende konnte sie Adrian Zimmermann (Bern), Bernhard Degen (Zürich), Martin Amschl (Graz), Holger Czitrich-Stahl (Berlin) sowie Jean-Francois Claudon (Frankreich) und Francis King (Großbritannien) begrüßen. Alle Vorträge wurden durch Adrian Zimmermann und Andreas Berz (Zürich) begleitend ins Französische übersetzt, im Fall des Vortrages von J. F. Claudon vom Französischen ins Deutsche.

Adrian Zimmermann gab eine Einführung in die Vorgeschichte der Wiener Konferenz und die ihr vorausgehenden Entwicklungen und Initiativen. Ihr Anspruch sei es gewesen, die Spaltung der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung zu überwinden, wozu weder die II. noch die Kommunistische Internationale in der Lage seien. Sie erstrebte die Einigung der Arbeiterbewegung, auf die IASP ging daher auch wesentlich das Zustandekommen der Berliner Tagung der Exekutivkomitees der drei Internationalen im April 1922 zurück, die allerdings scheiterte. Wie gegen die zentrischen sozialistischen Parteien schlug auch bei den Zusammenschlüssen der Parteien die Stunde der Spaltung und nicht die der Einheit. Auf ihn folgte Bernhard Degen, der das wechselhafte Verhältnis der SPS zur Internationale rekonstruierte. Ihre und besonders Grimms Initiativen seit dem Baseler Friedenskongress von 1912, vor allem hinsichtlich der Konferenzen von Zimmerwald 1915 und Kiental 1916, führten die SPS nach links und ins Zentrum der Beziehungen zwischen den Arbeiterparteien, was auch den Möglichkeiten der Neutralität der Schweiz geschuldet war. Nachdem sowohl die Weiterarbeit in der II. Internationale als auch der Beitritt zur Komintern, bei letzterer wegen der unannehmbaren 21 Bedingungen, nicht länger in Frage kamen, gehörte die SPS zu den treibenden Kräften der IASP-Gründung. Martin Amschl beschäftigte sich mit dem Wirken von Friedrich Adler und Otto Bauer hinsichtlich der IASP-Gründung. Beide waren entschiedene Verfechter der Einheit der gesamten Arbeiterbewegung, außerdem hatte sich die österreichische Sozialdemokratie nicht während des Krieges gespalten. Doch gegen die wachsenden Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten vermochte auch ihr Wirken bzw. Bauers Konzept des „integralen Sozialismus“ wenig auszurichten. Holger Czitrich-Stahl

zeichnete die Auseinandersetzung innerhalb der USPD zwischen ihrer räterevolutionären Orientierung 1919/20, der Parteispaltung im Oktober 1920 und der Wiedervereinigung mit der SPD im September 1922 nach. Insbesondere die 21 Bedingungen, die vom Flügel um Ledebour und Crispian abgelehnt, vom Flügel um Stoecker und Däumig unterstützt wurden, hatten die Parteispaltung forciert und die bis dahin stärkste radikalsozialistische Partei in Westeuropa dezimiert. Die von Martin Amschl festgestellten Parallelitäten in den Debatten von SAPDÖ und USPD erklärte Czitrich-Stahl u. a. mit dem Wirken einer „grauen Eminenz“ im Hintergrund: Karl Kautsky hatte ja bereits 1918 im Streit mit W. I. Lenin die Hauptpositionen formuliert, die ihren Niederschlag in der IASP-Positionierung finden sollten. Die in sich viel stärker fragmentierte SFIO gehörte ebenfalls zu den treibenden Kräften der IASP-Gründung. Insbesondere der Marx-Enkel Jean Longuet (1876-1938) warf seine gesamte Autorität in die Waagschale, um zunächst eine Einigung mit der Komintern, nach deren Scheitern die Einigung unter den Linksozialisten zu erreichen. In den 21 Bedingungen war er, wie auch Karl Kautsky und Rudolf Hilferding, zur unerwünschten Person erklärt worden.² Den Abschluss bildete der Vortrag von Francis King, der die Independent Labour Party (ILP) als linkssozialistischen Flügel der Labour Party in ihrem besonderen organisationspolitischen Umfeld – die Labour Party kannte zunächst nur Kollektivmitglieder – und in ihrem stark ethisch-pazifistischen Agieren vorstellte. Wiewohl sich an diesen Aspekten durchaus Nuancierungen zu den vorgenannten Parteien erkennen ließen, scheiterte die ILP, die eigentlich am deutlichsten pro-Bolschewiki argumentierte, letztlich ebenfalls an der Unbedingtheit der 21 Bedingungen, die den kleineren Teil der Mitgliedschaft zur kommunistischen Partei abwandern ließen.

In seinem Fazit merkte Christian Koller (Zürich) an, dass diese von Lenin auch angestrebte Differenzierung das Gemeinsame der IASP-Parteien ausmachte. Die angestrebte Einheit der Arbeiterbewegung als Gesamtheit kam nicht mehr zustande. Der IASP blieb nur der Weg der gemeinsamen Neugründung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) im Mai 1923 in Hamburg als Zusammenschluss von IASP und „Londoner Internationale“. Die Frage, ob eine Fortexistenz der IASP nach 1923 die nachfolgenden Spaltungen, etwa die trotzkistische IV. Internationale, überflüssig gemacht hätte, musste im Raum stehen bleiben. Was blieb ist der Blick auf vertane Chancen: Eric Hobsbawm hatte schließlich die 21 Bedingungen der Komintern als den Jahrhundertfehler des Kommunismus bezeichnet.

Holger Czitrich-Stahl

2 https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0010_int&object=translation&st=&cl=de, Zugriff am 18. April 2021.

Fachkonferenz: „Kohäsionskräfte in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914“ am 18./19. Februar 2021

Anlässlich des 150. Jubiläums der Reichsgründung und des Geburtstages von Friedrich Ebert organisierte das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) eine zweitägige geschichtswissenschaftliche Fachkonferenz mit dem Titel „Kohäsionskräfte in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914“. Ausgangspunkt war die starke Fokussierung der historischen Forschung auf die Heterogenität innerhalb der deutschen Sozialdemokratie und die daraus resultierende Parteisplaltung.³ Vor diesem Hintergrund sollte die Fachtagung die positive Diversität der sozialdemokratischen Bewegung beleuchten und die Frage beantworten, was die Arbeiterbewegung trotz aller inneren Konflikte zusammenhielt.

Die Vorträge des ersten Panels widmeten sich dem historisch-gesellschaftlichen Kontext des Tagungsthemas. Im Zentrum stand dabei die Neuauflage der Debatte um das Deutsche Kaiserreich,⁴ die sich in der jüngsten Veröffentlichung mehrerer Monografien zu diesem Thema andeutet.⁵ Den Auftakt machte Hedwig Richter (München), die in ihrem Vortrag die These vertrat, dass in der „dynamischen Zeit des Kaiserreichs“ die Grundlagen für die deutsche Demokratie gelegt wurden, wobei die dadurch entstandenen Inklusionsprozesse in der Folge die Exklusion breiter Gesellschaftsschichten befeuerten. Sie betonte dabei, dass sich „sowohl die liberalisierenden als auch die reaktionären Tendenzen“ nur aus einer globalgeschichtlichen Perspektive akkurat beschreiben ließen. Daran anschließend untersuchte Andreas Fahrmeier (Frankfurt) mit einem transfergeschichtlichen Ansatz

3 Diese Ausrichtung lässt sich sowohl in der älteren als auch in der aktuellen Forschung erkennen: Karl E. Schorske, *Die große Spaltung. Die deutsche Sozialdemokratie 1905-1917*, Berlin 1981; Felix Lieb, *Die Grenzen der Parteidisziplin. Wilhelm Dittmann und die Spaltung der SPD im Ersten Weltkrieg*, in: *JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 14 (2015) III, S. 134-149; Klaus Wettig, *Der Erste Weltkrieg und die Spaltung der Sozialdemokratie*, in: *Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte*, 66 (2019), 10, S. 74-76, oder: Detlef Lehnert, *Krise des Kaiserreichs – Weltkrieg und Spaltung – Revolution und demokratische Republik (1913-1922)*, in: ders. (Hrsg.), *SPD und Parlamentarismus. Entwicklungslinien und Problemfelder 1871-1990*, S. 123-162.

4 Wie sie etwa in den 1970/1980er-Jahren als Sonderwegs-These geführt wurde, vgl. hierzu: Hans-Ulrich Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918*, Göttingen 1980; Jürgen Kocka, *Ursachen des Nationalsozialismus*, in: *APuZ*, (1980) 25, S. 3-15; Thomas Nipperdey, *1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte*, in: *Historische Zeitschrift*, 227 (1978), S. 86-111, oder Helga Grebing, *Der „deutsche Sonderweg“ in Europa 1806-1945. Eine Kritik*, Stuttgart u. a. 1986.

5 Vgl. zum Beispiel: Christoph Nonn, *12 Tage und ein halbes Jahrhundert. Eine Geschichte des deutschen Kaiserreichs 1871-1918*, München 2020; Hedwig Richter, *Demokratie. Eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2020; oder Eckart Conze, *Schatten des Kaiserreiches. Die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe*, München 2020.

am Beispiel der britischen Presse den internationalen Blick auf das deutsche Wahlsystem.

Daneben beschäftigte sich eine Reihe von Vorträgen mit unterschiedlichen analytischen Konzepten zur Untersuchung der Kohäsionskräfte, wobei der Fokus hierbei zunächst auf der Bedeutung der Klassenidentität lag. Thomas Welskopp (Bielefeld) plädierte dafür, den Klassenbegriff weiterhin als Analyseinstrument horizontaler Integration zu nutzen. Außerdem betonte er, dass es sich bei der Klassenidentität nicht um ein statisches Herrschaftsverhältnis, sondern um eine „dynamische, immer wieder neu auszuhandelnde und auszukämpfende [...] Verbindung“ handle. Der Frage nach dem Verhältnis von Arbeiterschaft und Bürgertum ging anschließend Jürgen Schmidt (Berlin) nach. Dabei behauptete er, dass die Ambivalenzen in der Interaktion dieser Klassen nicht allein durch den Gegensatz von Kapital und Arbeit erklärt werden könnten, sondern dass sich die Sozialdemokratie auch über den ökonomischen Klassengegensatz hinaus als Arbeiterpartei verstand. In einem weiteren Analyseschritt wurde das sozialdemokratische Milieu beleuchtet. Anna Strommenger (Köln) beschäftigte sich dabei mit dem Heimatbegriff in der deutschen Arbeiterbewegung. Sie argumentierte, dass der Heimattopos angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen, ausgelöst durch die Industrialisierung, eine Identifikationsmöglichkeit bot. Einen etwas anderen Blickwinkel bot die Analyse von André Biederbeck (Hagen), die am Beispiel Dortmunds die Bedeutung von Räumen und Orten für die Konstituierung einer sozialdemokratischen Identität betrachtete. Dabei argumentierte er, dass es sich bei den Treffpunkten der Arbeiterbewegung um Orte des Austausches und der kollektiven Identität handelte.

Den Abschluss des ersten Konferenztages bildete ein Panel, das von den FES-Stipendiat*innen Christopher Seiberlich, Stefan Weise und Sandra Funck vorbereitet wurde. Der rückblickende Bericht zu einem stipendiatischen Workshop des AdsD, der sich mit der Frage beschäftigte „Does history matter?“, ging verschiedenen Fragen zur gegenwärtigen Bedeutung und zum Stellenwert von Geschichte in der Studierendenschaft nach.

Am zweiten Konferenztage beschäftigten sich verschiedene Vorträge mit den innerparteilichen Strömungen der Sozialdemokratie. Ernst Piper (Berlin) untersuchte in seinem Vortrag Rosa Luxemburgs Haltung zu den programmatischen Debatten in der SPD vor 1914. Daran anschließend argumentierte Jörn Schüttrumpf (Berlin), dass viele parteiinterne Kritiker*innen der SPD-Führung, darunter auch Rosa Luxemburg, vor 1914 dennoch nicht gewillt waren, die Partei zu verlassen. Seine zentrale These besagte, dass sich diese Politiker*innen in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung sahen und fest daran glaubten, dass eine Revolution nur durch die Einheit der Arbeiter*innen herbeigeführt werden könne.

Weitere Beiträge beschäftigten sich mit der integrativen Wirkung von internen und externen Bündnispartnern und Pressure-Groups. Mirjam Sachse (Kassel) legte dabei den Fokus auf die Rolle der Frauen in der SPD. Dabei stellte sie fest, dass die Frauenbewegung insofern eine Kohäsionskraft ausübte, als Frauen in der SPD stärker eingebunden waren als in anderen Parteien. Dabei betonte Sachse, dass besonders die Forderung nach dem Frauenwahlrecht den innerparteilichen Zusammenhalt förderte. Gottfried Niedhardt (Mannheim) betrachtete in seinem Vortrag über Gustav Mayer, einen „Pionier der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung“, die Integrationskraft von außenstehenden Intellektuellen.

Die abschließenden Vorträge befassten sich mit der Frage nach konkreten Kohäsionskräften. Mike Schmeitzner (Dresden) fragte am Beispiel zweier Dresdner Zeitungen nach der „Integrationsfähigkeit von sozialdemokratischen Tageszeitungen“. Seine These war dabei, dass die innerparteilichen Strömungen im Redaktionsteam trotz der über die Jahre wechselnden politischen Ausrichtung des Organs zusammenarbeiteten und „dass die (innerparteiliche) Integration vor allem durch äußere Faktoren gewährleistet werden konnte.“ Daran anschließend referierte Walter Mühlhausen (Heidelberg) über Friedrich Eberts Einsatz für innerparteiliche „Geschlossenheit“. Ebert, so argumentierte Mühlhausen, habe die nach außen hin vertretene Einheit der Partei als „unverrückbares Prinzip einer politischen Organisation“ immer wieder postuliert und so zum Zusammenhalt der Partei beigetragen. Den Abschluss der Konferenz machte Andreas Biefang (Berlin) mit seinen Ausführungen zur Bedeutung von Wahlen und Wahlkämpfen für den innerparteilichen Zusammenhalt. Er machte deutlich, dass die erfolgreiche Praxis des Wählens und der „durchritualisierte Urnengang am Wahlsonntag“ die Integration der Partei beförderten.

In den Diskussionsrunden kristallisierten sich verschiedene Schwerpunkte heraus. Besonders vehement wurde dabei über die Frage debattiert, ob es mit Blick auf das Deutsche Kaiserreich nicht zielführender wäre, von einer „begrenzten Inklusion“ zu sprechen. Darin deutet sich bereits die plausible Einschätzung an, ein undifferenziertes Bild vom Kaiserreich als Ort der Demokratieprozesse sei zu harmonisch und eine solche Interpretation blende Konflikte, Klassengegensätze und obrigkeitstaatliche Strukturen aus. Außerdem wurde herausgestellt, dass die im Zentrum der Tagung stehende Frage nach den Kohäsionskräften innerhalb der deutschen Sozialdemokratie der weiteren begrifflichen und inhaltlich-analytischen Schärfung bedarf.

Leider kamen in der Konferenz kulturgeschichtliche Faktoren, die sicherlich auf individueller Ebene erhebliches Integrationspotenzial entfalteten, zu kurz. Fragen wie die nach dem Verfolgungsdruck von außen, etwa durch das Sozialistengesetz, oder nach der Bedeutung von Traditionsbildung, wurden ebenso nur am Rande berücksichtigt, wie das persönliche Moment, das sich etwa in der Beziehung von

Parteiführung zu den einfachen Arbeiter*innen, in zeremoniellen Anlässen, Liedern, Feiertagen oder den einwöchigen Parteitag zeigte. Nichtsdestotrotz gelang es den Organisatoren mit dieser Tagung eine bisher wenig beachtete Fragestellung in den Blick zu nehmen und so zu einer Neuperspektivierung der Forschung zur Arbeiter*innenbewegung beizutragen.

Thaisa Cäsar

Konferenzübersicht:

Hedwig Richter (München): Demokratisierung in der internationalen Reformära. Inklusion und Exklusion im Kaiserreich.

Andreas Fahrmeir (Frankfurt): „Befremdliche Praktiken“ mit „gespenstischen“ Folgen? Britische Perspektiven auf Wahlen im Kaiserreich.

Thomas Welskopp (Bielefeld): Von der Klassenstruktur zur bipolaren Gesellschaft.

Jürgen Schmidt (Berlin): Getrennte Welten? Arbeiterschaft und Bürgertum im Klassenkonflikt des Kaiserreichs.

Anna Strommenger (Köln): Heimat „Arbeiterbewegung“? Zwischen sozialistischer Selbstbeschreibung im Kaiserreich und nostalgischer Rückprojektion in der Weimarer Republik.

André Biederbeck (Hagen): „Ist ’s da ein Wunder, daß ich anhänglich bin an das alte Stübchen?“ – Zur Bedeutung von Räumen und Orten für die Konstituierung einer sozialistischen Identität.

Ernst Piper (Berlin): Sozialreform oder Revolution. Rosa Luxemburg und die programmatischen Debatten in der SPD vor 1914.

Jörn Schütrumpf (Berlin): Linke, die die SPD nicht verlassen wollten.

Mirjam Sachse (Kassel): „... daß es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland die alten Vorurteile überwunden hat.“ – Die SPD und das Frauenwahlrecht.

Gottfried Niedhardt (Mannheim): Gustav Mayers Blick auf die SPD 1890-1914.

Mike Schmeitzner (Dresden): Die Tageszeitung als Medium der innerparteilichen Integration. Das Fallbeispiel Sächsische Arbeiterzeitung/Dresdner Volkszeitung 1890-1914.

Walter Mühlhausen (Heidelberg): Geschlossenheit als Handlungsprinzip – Friedrich Ebert als Parteiführer.

Andreas Biefang (Berlin): Wahlkämpfe und Wahlen als Agenten der Identitätsbildung der SPD vor 1914.

Gegenrevolution 1920. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch in Mitteldeutschland. Zur Wanderausstellung im Stadtmuseum Göhre in Jena

Im März 1920 erschütterte der Versuch der Gegenrevolution die junge Weimarer Republik, mithilfe eines Militärputsches am 13. März den Reichspräsidenten Friedrich Ebert (SPD) und die verfassungsmäßige Koalitionsregierung aus SPD/Zentrum/DDP des Reichskanzlers Gustav Bauer (SPD) aus dem Amt zu jagen und die Weichen rückwärts in die Zeit der Monarchie und des preußischen Militarismus und Nationalismus zu stellen. Überall in der Republik erhoben sich spontan die geeinten Arbeiterparteien und Gewerkschaften zur Gegenwehr und proklamierten den Generalstreik gegen die Putschisten. Am 17. März mussten die Usurpatoren ihre Niederlage anerkennen und den Rückzug antreten. Doch schon während der Zeit des Generalstreiks kostete die Waffengewalt der Putschisten Hunderten von vorwiegend Arbeiterinnen und Arbeitern das Leben, der Rückzug der Freikorps und der mit ihnen sympathisierenden übergelaufenen Reichwehreinheiten verlief nicht minder blutig. Im Ruhrgebiet und in den Industrievieren Mitteldeutschlands erhoben sich Arbeitermilizen für die Zurückdrängung der gegenrevolutionären Gewalt und für die Errichtung einer sozialistischen, auf dem Rätegedanken basierenden Gesellschaft. Besonders im Ruhrgebiet wurden sie gar von jenen Einheiten blutig niedergeschlagen, die Tage vorher noch mit Kapp, Lüttwitz und Ludendorff fraternisiert hatten.

100 Jahre nach dem Sieg der Arbeitereinheit über die Putschisten und der Niederlage der „Märzrevolution 1920“ (Erhard Lucas) ist es eine prinzipiell dankenswerte Initiative, mit einer Wanderausstellung an diese dramatische Periode der jungen Demokratie zu erinnern. Im Stadtmuseum Göhre in Jena ist diese Präsentation seit dem 6. Mai 2021 zu besuchen, nach dem 5. September 2021 wechselt sie nach Westsachsen, wo ebenfalls heftige Kämpfe zwischen der Arbeiterbewegung und den Putschisten tobten. In mehreren Räumen dieses zentral am Alten Markt in Jena gelegenen Museums, das den Marktplatz genauso krönt wie das historische Rathaus und das Denkmal des (von Kaiser Karl V. nach dem Schmalkaldischen Krieg degradierten) Kurfürsten Johann Friedrich I. von Sachsen, erfuhren die Besucherinnen und Besucher Wissenswertes über die führenden Köpfe des Putsches, vor allem über den ostpreußischen „Alldeutschen“ Wolfgang Kapp und über die ihn unterstützenden Militärkräfte und -führer wie Walther von Lüttwitz oder Erich Ludendorff, vor allem aber über den Widerstand in den jeweiligen Regionen Mitteldeutschlands. Dabei wird deutlich, dass trotz aller Unterschiede im Einzelnen in allen Regionen und bedeutenden Kampffzentren wie Leipzig, Erfurt oder Jena, die arbeitenden Menschen vor allem der Gedanke zum Widerstand trieb, sich die einmal errungenen Rechte nicht wieder durch unifor-

miertes Ständedenken rauben zu lassen. Dabei werden repräsentative Dokumente ebenso präsentiert wie Kartenmaterial, militärische Accessoires oder Ergebnisse künstlerischen Schaffens. Auch die sehr unterschiedliche Aufarbeitung des Putsches und seiner Niederschlagung in den beiden deutschen Staaten kommt zur Sprache. Würde in der DDR der Generalstreik gegen den Putsch zu einem Pflöck in der historischen Erinnerung, der in die Tradition des Aufbaus des realen Sozialismus gestellt wurde, blickte die offizielle Geschichtspolitik in der BRD bis ca. 1970 allzu gern über die Ereignisse hinweg, geriet doch dadurch die Traditionspflege der Bundeswehr ins Visier. Doch nicht nur die politische Linke erinnerte in zeitgenössischem Schrifttum an die Niederschlagung des Putsches, die politische Rechte – dies vor allem im NS-Regime, aber auch in der frühen BRD – wusch sich in einschlägigen Publikationen gern rein und stellte sich in den Dienst eines zutiefst primitiven Antikommunismus.

Alles zu Erfahrende ist in dem von Christian Faludi, dem Kurator der Ausstellung, herausgegebenen Band „Gegenrevolution 1920. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch in Mitteldeutschland“ enthalten.¹ Dieser gut und repräsentativ gestaltete Ausstellungsband nimmt wichtige Elemente der damaligen Auseinandersetzungen auf. Leider aber verzichtet er stellenweise nicht auf totalitarismus-theoretische Anklänge. So heißt es, dass auch von den Arbeitermilizen brutalste Gewaltakte wie Massenschießungen ausgeübt wurden. Dies geht vermutlich auf nicht überprüfte zeitgenössische Berichte zurück, deren politische Motivierung auf der Hand liegt, etwa bei Hans Spethmann aus dem Ruhrgebiet, dessen Totenzahlen auf Seiten der Freikorps nach Kämpfen mit Arbeitermilizen längst ins Reich der Gräuelmärchen verwiesen werden mussten.

Auch das Vorwort des Jenenser Politologen Prof. Dr. Michael Dreyer steht vor allem in der staatstragenden Tradition der alten BRD vor „1968“, wenn er anstatt des gemeinsamen Widerstands der Arbeiterbewegung – schließlich kennt die deutsche Geschichte hüben wie drüben seit 1945/49 das Prinzip der „Einheitsgewerkschaft“ – vor allem den „Widerstand der Demokraten, der Beamten, Angestellten und Arbeiter über Parteigrenzen hinweg“ zur demokratiegeschichtlichen Hauptlehre erklärt. Schade, dass die historisch bedeutende Rolle der Arbeiterbewegung hier wieder einmal einer geschichtspolitischen Harmonisierung auf einer fiktiven Mittelstandsebene geopfert wurde. Wer mehr erfahren möchte, wird fündig auf der Internetseite <https://www.stadtmuseum-jena.de/de//892637>.

Holger Czitrich-Stahl

1 Christian Faludi: Gegenrevolution 1920. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch in Mitteldeutschland, Weimarer Verlagsanstalt in der Verlagshaus Römer GmbH, Wiesbaden 2021.

Neues aus der Forschung

Rosi Wolfstein und Paul Frölich.

Ein Werkstattbericht aus der biografischen Netzwerkforschung zweier transnationaler Linker

Rosi Wolfstein und Paul Frölich sind heute weitgehend unbekannt. Das mag daran liegen, dass sie sich nicht in die (post-)stalinistische Geschichtstradition der sozialistischen Staaten einordnen ließen, weil sie sich nach 1950 gegen die SED und damit die DDR entschieden hatten. Im Westen war jedoch kaum noch jemand an den Biografien von Linkssozialisten der Vorkriegszeit interessiert. So kam es, dass Paul Frölich als deren Biograf nur noch Kennern der Werke von und über Rosa Luxemburg bekannt ist, während Rosi Wolfstein nahezu in Vergessenheit geraten ist.¹ Daran möchte der Autor nicht nur durch den vorliegenden Beitrag, sondern insbesondere durch seine weitere Forschung etwas ändern.

Wer waren Rosi Wolfstein und Paul Frölich?

Die biografische Forschung zu Rosi Wolfstein beschränkt sich auf die Jahre des Ersten Weltkrieges und die erste Hälfte der Weimarer Republik. Zentral ist dabei eine Studie von 1995, die von der Rosi-Wolfstein-Gesellschaft herausgegeben wurde, die es allerdings zwischenzeitlich nicht mehr gibt – auch die genannte Publikation ist weitgehend vergriffen.² Ferner sei auf einen Aufsatz von Ottokar Luban hingewiesen, der sich mit Rosi Wolfsteins Haftzeiten während des Ersten Weltkrieges auseinandersetzt, außerdem auf einen Beitrag von Klaus-Dieter Vinschen, der als Erster eine wissenschaftliche Biografie über die Sozialistin verfassen wollte; in anderer Form hatten das auch Frank Ahland und Esther Dischereit bereits geplant, es kam jedoch nie zur Umsetzung.³ Letztgenannte hat einen zentralen biografischen Aufsatz über Rosi Wolfstein verfasst, der erstmals das ganze

-
- 1 Vgl. Riccardo Altieri: Rosi Wolfstein. Eine vergessene „Ehefrau“ der deutschen Sozialismusgeschichte, in: *Zeitgenossin* (Dez. 2018), S. 24 f.
 - 2 Vgl. Rosi-Wolfstein-Gesellschaft e. V. (Hrsg.): „Sie wollte und konnte nie etwas Halbes tun.“ Die Sozialistin Rosi Wolfstein-Frölich. 1914 bis 1924, Witten 1995.
 - 3 Ottokar Luban: Rosi Wolfsteins antimilitaristische Aktivitäten 1916/17: Neue Quellenfunde, in: *Mitteilungen des Instituts für soziale Bewegungen*, 44 (2010), S. 123-133; Klaus-Dieter Vinschen: Rosi Wolfstein-Frölich, in: Ludger Heid/Arnold Paucker (Hrsg.): *Juden und die deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen*, Tübingen 1992, S. 165-176. Esther Dischereit und Frank Ahland haben mir von ihren Überlegungen berichtet.

Leben der Politikerin in den Blick nahm.⁴ Doch wer war nun Rosi Wolfstein überhaupt?

Alma Rosalie Wolfstein kam 1888 in Witten an der Ruhr zur Welt. Da ihr Elternhaus religiös, aber auch politisch liberal geprägt war, entwickelte sich ihre politische Sozialisation erst mit Beginn ihres Berufslebens. 1908 trat sie der SPD bei und engagierte sich fortan für die Rechte der Frauen und gegen Kinderarbeit. 1909 lernte sie Karl Liebknecht, kurz darauf Rosa Luxemburg kennen. Zuvor schon war sie mit sozialdemokratischen Wanderlehrern wie Hermann Duncker und Otto Rühle in Berührung gekommen. Als sich die Genannten im Zuge des Ersten Weltkrieges gegen die Burgfriedenspolitik positionierten, ging Wolfstein den Gang nach links mit – und wurde dafür mehrfach inhaftiert. Aus dem Verteilen illegalisierter Flugblätter, die sich für den Frieden aussprachen, wurden Hoch- und Landesverrat. So verbrachte Rosi Wolfstein mehr als ein Jahr hinter Gittern und lebte anschließend im Untergrund. Im Zuge der Novemberrevolution konnte sie sich wieder frei bewegen, wurde Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates in Düsseldorf und schließlich Schriftführerin auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands. Dort traf sie zum ersten Mal auf Paul Frölich.⁵

Da über Frölichs erste Lebenshälfte bereits ein autobiografischer Text veröffentlicht wurde, gehe ich darauf nicht näher ein.⁶ Nach der Ermordung Rosa Luxemburgs folgte zunächst eine Zeit des politischen Erfolgs innerhalb der KPD, ehe Rosi Wolfstein im Zuge der Bolschewisierung der KPD 1924 aus allen politischen Ämtern entfernt wurde. Sie diente fortan Paul Frölich als Assistentin, der von Clara Zetkin und anderen mit der Herausgabe der Werke Luxemburgs betraut war. Wolfstein war es, die den Kontakt zur Familie in Polen herstellte und alles Erbrechtliche mit ihnen klärte. Als ab 1928 auch die Stalinisierung der KPD erfolgte, wurden Frölich und Wolfstein hinausgedrängt. Sie wechselten zur KPO und 1931 schließlich zur SAP. Mit der Machtübergabe an die Nationalsozialisten waren sie gezwungen, ins Ausland zu flüchten. Hier beginnt ihre Transmigrationsbiografie, denn nie hatten sie Zweifel daran, wieder nach Deutschland zurückkehren zu können. Die Frage war vielmehr, wann dies gelingen könnte. Durch den Aufenthalt in Ländern wie Tschechien, Belgien, Frankreich und den USA verteilt sich das Archivmaterial heute auf eine Areal, das im Westen durch Stanford, CA, im Osten durch Moskau, im Norden durch Oslo und im Süden durch Kiental in der Schweiz begrenzt wird. In über 40 staatlichen, kommunalen oder privaten Ar-

4 Esther Dischereit: Rose Frölich – ein Leben für den Sozialismus, in: Die neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte, 35 (1988) 2, S. 157-162.

5 Zur Vita vgl. Riccardo Altieri: Rosi Wolfstein-Frölich. Sozialdemokratin und Antimilitaristin, Berlin/Leipzig 2021.

6 Vgl. Paul Frölich: Im radikalen Lager. Politische Autobiographie 1890-1921, hrsg. u. mit einem Nachwort von Reiner Tosstorff, Berlin 2013.

chiven findet sich eine Unmenge an Korrespondenz und anderen Schriftstücken, durch die die Rekonstruktion der Doppelbiografie von Wolfstein und Frölich gelingen konnte. Sie erscheint Ende 2021 oder Anfang 2022 im Büchner-Verlag in Marburg.

In Frankreich verfasste Frölich ab 1937 gemeinsam mit Wolfstein, die allerdings nirgends in Erscheinung tritt, seine authentische Luxemburg-Biografie, die 1939 zu deren 20. Todestag herausgegeben wurde. Sie wurde von Peter Nettel, Helmut Hirsch, Annelies Laschitzka und zahlreichen anderen Biograf*innen Luxemburgs als eine der wichtigsten Grundlagen für ihre eigene Arbeit eingeschätzt. Erst in einer späteren Auflage aus dem Jahr 1967 wurde auch Rosi Wolfsteins Name mit genannt.⁷ Nachdem sie im amerikanischen Exil aus der SAP ausgetreten waren und 1951 nach Westdeutschland zurückkehrten, traten sie der SPD bei. Für diese Nachkriegsjahre – bis zu ihrem jeweiligen Tod 1953 bzw. 1987 – finden sich erstmals ausreichend Quellen im Nachlass, der im Archiv der sozialen Demokratie aufbewahrt wird. Alles, was davor an Korrespondenz erstellt und empfangen wurde, ist als Folge der NS-Herrschaft entweder vernichtet oder überall auf der Welt verteilt worden.

Neue Forschungsergebnisse

Neben der in Kürze erscheinenden Doppelbiografie, die alle wesentlichen Bestandteile der verstrickten Lebenserzählungen Frölichs und Wolfsteins beinhaltet, konnte ich im Frühjahr 2021 eine Kurzbiografie über die Protagonistin veröffentlichen.⁸ Da aufgrund der geschilderten, zum Teil lückenhaften Quellenlage methodisch-rekonstruktivistisch vorgegangen werden musste, entstanden ferner zwei ausgekoppelte Aufsätze zum Netzwerk des Paares, das 1948 im New Yorker Exil geheiratet hatte.⁹ Erst über diese sozialen Verstrickungen konnten beispiels-

7 Paul Frölich: Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat. Mit einem Nachwort von Iring Fetscher, 3. Aufl., bearb. v. Rose Frölich, Frankfurt a. M. 1967. Zum Verhältnis zwischen Wolfstein, Frölich und Luxemburg vgl. Riccardo Altieri: Luxemburg oder Lenin? Die unterschiedlichen Positionen von Rosi Wolfstein und Paul Frölich zur Revolution in Russland, in: Frank Jacob/Riccardo Altieri (Hrsg.): Die Wahrnehmung der Russischen Revolutionen 1917, Berlin 2019, S. 31-56; ders.: Rosa Luxemburg in Leben und Werk Paul Frölichs und Rosi Wolfsteins, in: Frank Jacob/Albert Scharenberg/Jörn Schütrumpf (Hrsg.): Rosa Luxemburg, Band 2: Nachwirken, Marburg 2021, S. 53-82.

8 Vgl. Altieri, Rosi Wolfstein-Frölich. Vgl. ferner ders.: Rosi Wolfstein (1888-1987). Einblicke in eine Jahrhundert-Biografie, in: Marcus Hawel et al. (Hrsg.): Work in Progress, Work on Progress – Doktorand*innen-Jahrbuch der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hamburg 2020, S. 210-226.

9 Vgl. Riccardo Altieri: Damned to Do Nothing: The Transnational Network of Rosi Wolfstein and Paul Frölich in American Exile (1941-1950), in: Frank Jacob/Mario Keßler (Hrsg.): Transatlantic Radicalism. Socialist and Anarchist Exchanges in the 19th and 20th Centuries, Liverpool 2021, S. 191-219; Ders.: Das Netzwerk Rosi Wolfsteins und Paul Frölichs, in: ABG 2020/III, S. 7-22.

weise Erkenntnisse über die unterschiedlichen Fluchttrouten oder die Frage des finanziellen Einkommens im Exil gewonnen werden, worüber jeweils keine Primärquellen existieren. Neuartig ist dabei sicherlich die Intensität ihrer Verbindung zu Mitgliedern der Frankfurter Schule wie Theodor Adorno, Max Horkheimer und insbesondere Friedrich Pollock, mit denen sie im Rahmen ihres Intellektuellendaseins über Felix Weil in Verbindung gebracht wurden, der als stiller Mäzen der Frölich'schen Forschungsarbeit gelten darf. An anderer Stelle wurden Erkenntnisse über Frölichs Theorie zur Vergleichbarkeit von Revolutionen, aber auch Neubetrachtungen der Novemberrevolution und der Räterepubliken 1918/1919 sowie seine sukzessive Abkehr vom Leninismus und Rückkehr zum Marxismus beschrieben, was den Rahmen einer Dissertation bei Weitem gesprengt hätte.¹⁰

Riccardo Altieri

Riccardo Altieri ist Historiker und forscht seit 2017 zur Doppelbiografie Rosi Wolfstein und Paul Frölich, über die er an der Universität Potsdam bei Mario Keßler und Frank Jacob promoviert hat. Seine Rechercheergebnisse hat er dazu teilweise auf der Website wolfsteinfroelich.wordpress.com veröffentlicht. Zuletzt erschien die Kurzbiografie *Rosi Wolfstein-Frölich. Sozialdemokratin und Antimilitaristin*, Berlin/Leipzig 2021. Sie kann für 8,90 € beim Hentrich&Hentrich-Verlag erworben werden.

10 Vgl. Riccardo: Neubetrachtungen der Novemberrevolution und der Räterepublik 1918/1919 in Bayern aus dem Blickwinkel Paul Frölichs, in: Stadtarchiv Würzburg (Hrsg.): *Revolution! Der Übergang von der Monarchie zur Republik im Raum Würzburg 1918/19*, Würzburg 2019, S. 29-51; Ders.: Paul Frölich, American Exile, and Communist Discourse about the Russian Revolution, in: *American Communist History*, 17 (2018) 2, S. 220-231; Ders.: Paul Frölichs Theorie zur Vergleichbarkeit von Revolutionen – Rekonstruktion eines Modellversuchs, in: Frank Jacob/Riccardo Altieri (Hrsg.): *Revolution. Beiträge zu einem historischen Phänomen der globalen Moderne*, Berlin 2019, S. 99-117.

Die sozialen Netzwerke der jüdischen Arbeiterbewegung Englands und ihre transnationalen Verbindungen nach Osteuropa und in die USA¹. Innere Dynamik und gesellschaftliche Bedingtheit einer sozialen Bewegung

Ziel der hier vorgestellten Dissertation ist es, die transnationalen und sozialen Netzwerke der jüdischen Arbeiterbewegung Englands von 1872 bis 1914 als eine mit ihrer Epoche verwobenen sozialen Bewegung zu rekonstruieren. Darüber hinaus soll die Struktur dieses sozialen Beziehungsgeflechtes mit der Ausdehnung, Schlagkraft und Stabilität der Bewegung in ihren unterschiedlichen Phasen in Verbindung gebracht werden. Dem liegt die forschungsleitende Annahme zu Grunde, dass die Struktur sozialer Netzwerke einen entscheidenden Einfluss auf die o. g. Faktoren hat.

Ausgangspunkt der Fragestellung ist, dass das Auftreten der jüdischen Arbeiterbewegung in England und den USA selbst schon das Ergebnis transnationaler Entwicklungen war. Verfolgung und soziale Not führten Ende des 19. Jahrhunderts zu einer massenhaften Auswanderung osteuropäischer Juden aus dem Zarenreich, vor allem nach England und in die USA. Als Immigranten fanden sie dort jedoch besonders prekäre Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse vor, die materiell zunächst kaum eine Verbesserung darstellten. Zudem waren sie Ressentiments gegenüber Immigranten und antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt, wenn diese auch nie derart gewalttätige Formen annahmen wie in Osteuropa. Anfänglich interessierte sich die Arbeiterbewegung kaum für diese Arbeiter*innen. Im Gegenteil, man betrachtete sie als rückständig und unorganisierbar. In den 1870-er Jahren gab es erste Versuche einiger weniger jüdischer Sozialisten – die oft selbst aus Osteuropa kamen – diese Arbeiterschaft zu agitieren und zu organisieren. Sie entdeckten allmählich, dass die jüdischen Proletarier keineswegs unorganisierbar waren, insbesondere, wenn man sie in ihrer Muttersprache – dem Jiddischen – adressierte. Soziale Basis wie auch die Köpfe der entstehenden jüdischen Arbeiterbewegung in England und den USA rekrutierten sich überwiegend aus den Reihen dieser Immigranten. Sie verfügte zunächst über keine einende, institutionelle Organisationsstruktur. Soziale Netzwerke bildeten erst den Ausgangspunkt für die Entwicklung ihrer Organisationen und die strukturelle Grundlage der Bewegung.

Der regionale Schwerpunkt der Dissertation liegt auf den Städten London, Manchester und Leeds, da diese bedeutende Zentren der jüdischen Arbeiterbewegung in England waren. Darüber hinaus werden die Kontakte, welche die Akteure in England

1 Die hier vorgestellte Arbeit wird von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert. Erstbetreuer ist Prof. Dr. Thomas Welskopp, Zweitbetreuer Prof. Dr. Mario Kessler. Der Autor ist Doktorand der Universität Bielefeld.

zu Sozialisten in Osteuropa und den USA unterhielten, analysiert.² Die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der jüdischen Arbeiter*innen werden ebenso untersucht, wie die politischen Ideen, kulturellen Sozialisationen und gesellschaftlichen Erfahrungen, welche sie mit sich trugen, aber auch, wie sich diese in den neuen gesellschaftlichen Kontexten veränderten. Sie ließen zudem Osteuropa nicht einfach hinter sich. Sie beobachteten die gesellschaftlichen Entwicklungen dort mit größter Aufmerksamkeit, erhielten persönliche und politische Verbindungen aufrecht und waren zudem mit Aktivist*innen anderer Länder wie Frankreich, Argentinien und Südafrika vernetzt. England und insbesondere London blieb allerdings ein zentraler Knotenpunkt dieses globalen Netzwerkes. Um es mit Rudolf Rocker³, einem zentralen Akteur der jüdischen Arbeiterbewegung in England, zu sagen:

„Die meisten Einwanderer aus Osteuropa, die nach Großbritannien kamen, setzten früher oder später ihre Reise nach Amerika oder andere Ländern in Übersee fort. Die sozialistischen Ideen, die sie zuerst London aufgeschnappt hatten, nahmen sie in die Vereinigten Staaten, Kanada, Argentinien oder Südafrika mit. Sie bildeten [weitere] Gruppen in ihrer neuen Heimat und erhielten den Kontakt zu der ursprünglichen Gruppe in Britannien aufrecht, dass das Mutterland der Bewegung blieb. London war die Rechnungsstelle der jüdischen, revolutionären Arbeiterbewegung. Die Fäden spannen sich von London aus in alle Länder, in denen es eine große Anzahl jüdischer Einwanderer gab, und später sogar in ihre ursprüngliche Heimat in Russland und Polen, als sich die ersten anarchistischen Untergrundgruppen in Bialystock, Grodno, Wilna, Warschau, Lodz und anderen Orten zu formieren begannen.“⁴

Selbstverständlich setzt sich die Arbeit nicht nur mit den theoretischen Diskussionen auseinander, die von diesen Gruppen geführt wurden, sondern wendet sich auch ihren praktischen Kämpfen zu. Bei diesen war zumindest bei größeren und/oder langan-

- 2 Die große Reichweite der Netzwerke der jüdischen Arbeiterbewegung zeigte sich schon sehr frühzeitig, z. B. anhand der Zuspitzen, die den Poylishn Yidl erreichten, der wohl ersten Arbeiterzeitung in jiddischer Sprache. Diese kamen nicht nur aus verschiedenen englischen Städten, sondern z. B. auch aus: St. Petersburg (1.8.1884, 8.8.1884, 5.9.1884), Bialystok (19.9.1884), Bukarest (29.8.1884, 12.9., 26.9., 17.10.); Berlin (12.9.1884, 10.10.), Cork in Irland (31.10.1884), Litauen (verschiedene Orte: 29.8.1884, 5.9.) und schließlich auch New York: Di Tsukunft (Nachfolger des P. Y.), 28.11.1884).
- 3 Rocker selbst war kein Jude. Jedoch knüpfte er, vor der Verfolgung durch die preußischen Behörden fliehend, erst in Paris und wenig später in London Kontakt zu jüdischen Arbeitern und Sozialisten. Nach einiger Zeit entschloss sich Rocker Jiddisch zu lernen und wurde wenig später gebeten, die Redaktion des *Arbeterfraynds* (s. u.) in London zu übernehmen. Dies war der Beginn eines langjährigen Engagements in der jüdischen Arbeiterbewegung; Rudolf Rocker: *The London Years*, Nottingham 2005, S. 47/48.
- 4 Rudolf Rocker: *The London Years*, S. 66. Aus dem Englischen durch den Autor. Die Memoiren Rocker's liegen ediert auszugsweise in deutscher Sprache als „Rudolf Rocker. Aus den Memoiren eines deutschen Anarchisten, hrsg.: Melnikow, Magdalena / Duerr, Hans-Peter, Frankfurt a. M., 1974“ vor.

haltenden Streiks von entscheidender Bedeutung, ob sie Netzwerke zu anderen jüdischen Gewerkschaften oder auch zur (nicht-jüdischen) englischen Arbeiterbewegung nutzen konnten, um beispielsweise die Einfuhr von Streikbrechern zu verhindern oder genügend Ressourcen zu mobilisieren, um einen längeren Streik durchzustehen. (Die Kassen der oft kleinen Gewerkschaften waren in der Regel nicht besonders gut gefüllt.) Eine vorläufige serielle Auswertung der Arbeitskämpfe der jüdischen Arbeiter*innen zeigt bereits, dass sie Streiks sogar mehrheitlich gewannen. Jedoch hatten sie aufgrund der ökonomischen Strukturbedingen Schwierigkeiten, diese Errungenschaften langfristig zu erhalten. Mit Ausnahme einiger Fabriken in Leeds war das Gros der jüdischen Arbeiter*innenschaft über eine Vielzahl von mittleren bis winzigen⁵ Produktionseinheiten (Werkstätten) verteilt. Die Mehrzahl der jüdischen Arbeiter*innen war in der Textilproduktion beschäftigt, wo die Werkstätten in einer Art von Verlagsystem wiederum in Abhängigkeit zu größeren Fabriken und Magazinen standen.

Die Rekonstruktion und Analyse der sozialen Netzwerke der jüdischen Arbeiter*innen erfolgt auf der Grundlage der verschiedensten Quellengattungen, insbesondere aber Memoiren, Arbeiterzeitungen und Korrespondenzen. Bezüglich der Arbeiterpresse haben Vereins-, Versammlungs- und Konferenz- sowie Gewerkschaftsberichte besonderes Gewicht für die Untersuchung. Des Weiteren finden hier Leserbriefe und Spendenlisten Verwendung. Diese lassen auch Akteure ins Licht treten, die bisher in der Forschung keine Erwähnung finden oder sonst keine Zeugnisse hinterlassen haben. Spendenlisten geben darüber hinaus Auskunft, wie und wie umfangreich die Bewegung Ressourcen für Streiks und politische Kampagnen mobilisieren konnte.

Unter den Arbeiterzeitungen sind der erst strömungsübergreifende, dann anarchistische *Arbeyterfraynd* und die sozialdemokratische *Naye Tsayt* besonders zentral für die Dissertation. Beide sind – zum Teil im Original erhalten und zum Teil auf Mikrofilm verewigt – in der *British Library* in London einsehbar. Der *Arbeyterfraynd* erschien beinahe über den gesamten behandelten Zeitraum und war mit 30 Jahren Publikationsgeschichte eine der langlebigsten jiddischsprachigen Zeitungen der jüdischen Arbeiterbewegung, denen sonst oft nur kurzes Leben beschied war. Einige andere Zeitungen, die in der Zeitungsabteilung der *British Library* beherbergt wurden und die William Fishman für seine immer noch einschlägige Arbeit *Jewish East End Radicals* noch heranziehen konnte, sind leider aufgrund ihres Erhaltungszustandes oder weil sie inzwischen verschollen sind, dort nicht mehr zugänglich, darunter *Di Fraye Welt* oder *Der Veker* (London).

Weitere Akteure ließen sich durch die in den *National Archives* aufbewahrten Akten der Registry of *Friendly Societies* aufspüren, einer Art Vereinsregister, in das sich Gewerkschaften und Selbsthilfeorganisationen eintragen lassen mussten.

5 Nicht selten handelte es sich bei der Werkstatt zugleich um den Keller oder das Wohn- und Schlafzimmer des Meisters. Für die Betriebsgröße, siehe z. B.: Charles Booth, *Life and Labour of the People in London*, Vol. IV: *The Trades of East London*, London 1892, S. 67.

Ebenfalls für das Thema relevant dürften die Akten des Gewerkschaftsarchivs (*Trade Union Congress*) sein, die im *Warwick Modern Records Centre* aufbewahrt werden. Eine Einsicht dieser musste jedoch bisher aufgrund der Covid-19-Krise entfallen.

Zahlreiche Broschüren, weitere – allerdings in der Regel unvollständige – Zeitungen, Korrespondenzen oder andere Ego-Dokumente, die für das Thema relevant sind, lassen sich in der großen Sammlung *Yidishkayt* finden, die das Amsterdamer Institut für Sozialgeschichte aufbewahrt. Wie es dem ursprünglichen Profil des Archivs entspricht, werden hier insbesondere – aber nicht ausschließlich – Dokumente aufbewahrt, die für den anarchistischen Teil der Bewegung relevant sind, darunter unter anderem Original-Manuskript der oben erwähnten Rocker-Memoiren.

Für die Geschichte des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes sind die in New York ansässigen *YIVO-Archives* von besonderer Bedeutung, welche das Archiv des Bunds beherbergen. Hier finden sich aber auch zahlreiche weitere Quellen zu anderen Strömungen und Organisationen der jüdischen Arbeiterbewegung.

Robert Schmieder



ARBEIT ■ BEWEGUNG ■ GESCHICHTE

ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE widmet sich der Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen in Deutschland und der Welt. Die Zeitschrift präsentiert Aufsätze, biografische Skizzen, Dokumente und Diskussionsbeiträge. Das Themenspektrum reicht von der Global Labour History bis hin zur Regional- und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie die Geschichte des Staatsozialismus. Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE erscheint 3 x jährlich (Januar, Mai und September) im Berliner Metropol Verlag. ISSN: 2366-2387 • Einzelheft 14 €, zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 35 € (Ausland 45 €) • Ab 1. 1. 2022: 39 € (49 €) einschl. Porto •

Bestellungen an den Metropol Verlag: veitl@metropol-verlag.de

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de • www.metropol-verlag.de

Aus dem Vereinsleben

Dagmar Goldbeck wird 80!

Wenn in diesem Jahr der Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung allen früheren Unkenrufen zum Trotz sein 30. Jubiläum begehen kann, dann verdankt er das nicht nur seinen engagierten Vorsitzenden, sondern auch einem Kreis aktiver, nicht immer im Licht der Öffentlichkeit stehender Helfer. Dazu gehört Dagmar Goldbeck, die für den Förderkreis seit Jahrzehnten in vielen Funktionen und seit zwei Wahlperioden als stellvertretende Vorsitzende tätig ist. Geboren am 15. August 1941 in Berlin, erlebte sie noch in ihrer Kindheit die Nöte des Krieges und der Nachkriegszeit, aber auch die schweren Anfangsjahre der DDR. Zielstrebig verfolgte sie ihr Berufsziel, eine Arbeit als Bibliothekarin. Nach dem Abitur studierte sie zunächst an der Fachschule für Bibliothekare in Berlin und nahm 1963 eine Arbeit in der Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, dem späteren Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung auf. Mit einem Fernstudium an der Humboldt-Universität qualifizierte sie sich in der Folgezeit zur wissenschaftlichen Bibliothekarin. In der Institutsbibliothek durchlief sie verschiedene Arbeitsbereiche wie die Bestandserschließung und die Benutzung, ehe sie die Leitung des Sektors Erwerbung übernahm, ein Bereich, in dem sie auch weiterhin tätig war, als die Bibliothek Teil der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv geworden war. Zu ihren besonderen Fähigkeiten gehört ihre Beherrschung der ungarischen Sprache, so dass die Beziehungen zu ungarischen Fachkollegen überwiegend in ihren Händen lagen. Erwähnenswert sind aber auch ihre bibliografischen Arbeiten, wie die (leider nicht mehr erschienene) Bibliografie zum 1. Mai oder die 1988 in den „Marginalien“, der Zeitschrift der Bibliophilen-Gesellschaft der DDR erschienene Zusammenstellung von illustrierten Festzeitungen der deutschen Sozialdemokratie. Im Rahmen der von der Institutsbibliothek herausgegebenen Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung erschien 1987 als Band 3 ihre Bibliografie der Veröffentlichungen der Roten Gewerkschaftsinternationale in Deutschland 1920-1933. Auch der Förderkreis schätzt ihr akribisches Arbeiten, das sehr zur Qualität seiner Publikationen beiträgt. Besonders zeigte sich das in den von ihr bearbeiteten und redigierten Bänden „Bewahren, verbreiten, aufklären“ über Archivare und Bibliothekare der Arbeiterbewegung. Doch nicht nur durch ihre umfangreichen Kenntnisse und ihre Bereitschaft, auch neue Aufgaben anzupacken, sondern auch durch ihr offenes Wesen und Auftreten erwarb sie sich Achtung und Vertrauen derer, die durch die Arbeit, im Verein oder in der Freizeit mit ihr verbunden waren und sind. Der Jubilarin, die sich durch regelmäßigen Sport und ausgedehnte Wanderungen fit hält, dankt der Förderkreis und wünscht ihr noch viele gute Jahre.

Jürgen Stroeck, Heinz Sommer

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

Conze, Eckart: Schatten des Kaiserreichs. Die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe. dtv, München 2020, 288 Seiten.

„Dieses Buch, das Geschichte und Gegenwart zu verbinden sucht, gäbe es nicht ohne die Familie Hohenzollern. Die kontroverse öffentliche Diskussion über die Entschädigungsansprüche der Familie hat den letzten Anstoß dazu gegeben.“ (S. 261). Diese Sätze Eckart Conzes offenbaren bereits, worum es ihm geht und warum er das Buch „Schatten des Kaiserreichs“ geschrieben hat. Dieses ist alles andere als eine weitere trockene Abhandlung zum Thema „Deutsches Kaiserreich“, sondern eine pointierte Stellungnahme eines Historikers, der aus seiner Tätigkeit Schlussfolgerungen und Verantwortung für die Gegenwart zieht.

Unter Federführung des Georg Friedrich Prinz von Preußen, Nachfahre Kaiser Wilhelms II., fordert die Familie Hohenzollern seit dem Jahr 2014 Entschädigungen für Enteignungen, welche die Sowjetische Militäradministration im Jahr 1945 beschlossen hatte. Vor allem geht es um Immobilien. Nach dem 1994 verabschiedeten „Ausgleichsleistungsgesetz“ hätte die blaublütige Sippschaft tatsächlich Chancen, gäbe es in diesem Gesetz nicht einen Ausschlussgrund, der dann vorliegt, wenn der/die Berechtigte „dem nationalsozialistischen oder dem kommunistischen System ... erheblichen Vorschub geleistet hat.“ Dieser in zweifelhafter totalitarismus-theoretischer Diktion formulierte Satz erweist

sich für die Adelsfamilie als ein großes Problem, denn die Nachkommen Wilhelms II., und dabei besonders Kronprinz Wilhelm, hatten sich – dokumentarisch gut belegbar – als Steigbügelhalter der Nazis betätigt.

Noch wichtiger als die Frage nach dem „Warum?“ erscheint Conze die Frage nach „warum jetzt?“. Was tut sich im gegenwärtigen gesellschaftlichen Diskurs, in dem die genannten Forderungen erhoben und aktuell werden? Warum wird gerade jetzt das Berliner Stadtschloss der Hohenzollern rekonstruiert, warum die Fassade des Potsdamer Stadtschlusses und die dortige Garnisonskirche, um nur wenige prominente Beispiele zu nennen? Und warum „treten an die Stelle kritischer Distanz immer häufiger affirmative Bekenntnisse zur preußisch-deutschen Nationalgeschichte und zu einer nationalstaatlichen Kontinuität“ (S. 20)? Um es vorwegzunehmen: Conze konstatiert einen „neuen Nationalismus“ und „gegenwärtige Dynamiken der Renationalisierung“ (S. 260).

Conze versteht die Reichsgründung 1871 als Dreh- und Angelpunkt einer verhängnisvollen Entwicklung. Er betrachtet das Kaiserreich keineswegs eindimensional und schreibt ihm „eine heterogene, geradezu pluralistische Gesellschaft, eine vielgestaltete soziale und kulturelle Welt“ (S. 106) zu, sowie den „Ausbau einer modernen Rechtsstaatlichkeit“ (S. 137). Doch als Rahmenbedingung „bleibt ein politischer Autoritarismus ... Man kann den Obrigkeitsstaat nicht einfach beiseiteschieben und im Kaiserreich allein eine

reformbegeisterte, Demokratie praktizierende Zivilgesellschaft sehen“ (S. 106).

Schon vor der Reichsgründung habe die Entwicklung zum deutschen Nationalstaat einige spezifische Elemente gezeigt (ohne dass er sich der „Sonderwegs-These“ anschließt) – auf dem Wartburgfest 1817 den Hass gegen Franzosen und die Ausschließung der Juden aus der Nation, auf dem Hambacher Fest 1832 die Verachtung alles „Undeutschen“, und selbst in der Paulskirche 1848/49 waren Debattenbeiträge nicht zu überhören, die eine Großmachtstellung Deutschlands einforderten. Solche Vorstellungen beschränkten sich keineswegs auf die feudale Herrscherkaste.

Im Folgenden richtet Conze den Blick auf Bismarck, dessen Position als „nationalen Mythos“ er auf die Rolle eines wenig prinzipienfesten Machtpolitikers reduziert und dessen vielgelobte Bündnispolitik er so charakterisiert: „Zur Friedenssicherung trugen die Bündnisse jedenfalls nicht bei, eher stehen sie für die fortgesetzte Bellifizierung und Militarisierung der internationalen Politik“ (S. 170). Bismarcks politische Karriere begann 1862 als preußischer Ministerpräsident mit einem Verfassungskonflikt, der zum Verfassungsbruch wurde. Es ging um die Heeresvorlage, die das preußische Abgeordnetenhaus ablehnte, worauf Bismarck erklärte, er werde auch ohne Budget regieren und damit das Parlament ausschalten. Nach den folgenden siegreichen Kriegen gegen Dänemark und Österreich entwarf er die Verfassung des Norddeutschen Bundes, der sich aus 22 Landesregierungen unter preußischer Vorherrschaft konstituiert hatte. Sie bildete auch die Vorlage für die Verfassung

des 1871 deklarierten Deutschen Reichs. Conze beschreibt die Mechanismen, welche die Dominanz Preußens sicherten und eine wirkliche Parlamentarisierung verhinderten (siehe S. 56 sowie S. 85). So existierte auch keine Reichsregierung im eigentlichen Sinne, da „mit dem Kaiser allein der Reichskanzler die Exekutive auf nationaler Ebene bildete“ (S. 116).

Aus der Reichsgründung 1871 nach dem deutsch-französischen Krieg resultierten fatale Folgen: „Die deutsche Einheit und die Entstehung des Kaiserreichs als Nationalstaat wurden von Anfang an als Ergebnis eines Krieges gedeutet. Daraus entwickelte sich eine positive Bewertung von Krieg, ja seine Verherrlichung, die in den Jahrzehnten nach 1871 zu einem bestimmenden Element des preußisch-deutschen Militarismus wurden“ (S. 72). Konstitutive Elemente der Nation waren ethnische Prämissen, Abgrenzung nach außen und innere Ausgrenzung, fehlende Kontrolle des übermächtigen Militärs. Auch das Bürgertum zog den autoritären nationalen Fortschritt einer innenpolitischen Liberalisierung vor. Der Weg in den 1. Weltkrieg nahm seinen Anfang nicht erst um die Jahrhundertwende, sondern bereits in den 1870er-Jahren – sichtbar etwa in den Gegensätzen zu Frankreich und Russland. Und darüber hinaus: „... der Nationalsozialismus war nicht irgendein autoritäres Regime, seine Durchsetzungsfähigkeit speiste sich auch aus einer politischen Disposition der deutschen Gesellschaft und ihrer politischen Kultur, die ohne die Geschichte des Kaiserreichs nicht zu erklären ist“ (S. 218).

Der moderne Antisemitismus wird

von Conze in direktem Zusammenhang mit der Dynamik und Modernisierung des Kaiserreichs, beschleunigt durch den „Gründerkrach“ 1873, beschrieben. Er erläutert die Entwicklung der antisemitischen Parteien, Bewegungen und deren bekannteste Vertreter und zitiert die in die Zukunft weisende programmatische Aussage der Deutschsozialen Volkspartei aus dem Jahr 1899: „... ‚die Judenfrage‘ werde ‚im Laufe des 20. Jahrhunderts zur Weltfrage‘ werden und müsse ‚endgültig durch völlige Absonderung‘ und ‚schließlich Vernichtung des Judenvolkes‘ gelöst werden“ (S. 145). Zwar hätten die völkisch-antisemitischen Parteien keine besonders großen Wählerfolge erreicht, entscheidend sei aber gewesen: „Vom äußersten rechten Rand bewegte sich dieser völkische Nationalismus, einschließlich eines militanten Antisemitismus, in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg immer weiter in die Mitte der Gesellschaft“ (S. 153).

Auch den deutschen Kolonialismus lässt Conze nicht unerwähnt. Dieser zeigte sich nicht erst ab 1884 in Afrika, China und der Südsee, sondern war bereits lange vorher virulent, und zwar in der Expansion gegen Osteuropa: „Die preußisch-deutsche Herrschaft über große Teile Polens seit dem späten 18. Jahrhundert ging der kolonialen Inbesitznahme afrikanischer Gebiete deutlich voraus ... Sie war ... von ähnlichen Prämissen rassistischer Überordnung und Überlegenheit bestimmt wie der außereuropäische Kolonialismus“ (S. 181). Hier von zeugen der Vertrag von Brest-Litowsk im März 1918 und ebenso der nazistische Ostfeldzug, der im September 1939 mit dem Überfall auf Polen begann. Conze

unterstützt dabei die Argumentation, die der Kolonialhistoriker Jürgen Zimmerer am pointiertesten vertritt. Er folgt diesem auch in einem weiteren Punkt, nämlich der Bedeutung des Völkermords an Herero und Nama (1904-1908): „Die Tabus im Denken und Handeln waren längst gebrochen, als die nationalsozialistische Kriegs- und Vernichtungspolitik diesen Tabubruch noch einmal qualitativ und quantitativ steigerte“ (S. 187).

Im letzten Kapitel des Buches beschreibt Conze die Sicht der HistorikerInnen auf das Kaiserreich. Dabei finden auch die „Fischer-Kontroverse“ und die „These vom deutschen Sonderweg“ ihren Platz. Christopher Clarks Bestseller „Die Schlafwandler“ widmet er einen eigenen Abschnitt, inklusive dessen Epigonen (erwähnt werden Cora Stephan, Jörg Friedrich, Herfried Münkler und Sönke Neitzel, dem Conze eine partielle Nähe zur Geschichtspolitik der AfD zuschreibt). Deutlich wird, dass die Diskussion um die Kriegsschuldfrage weit über dieselbe hinausgeht und eine konservative Trendwende eines Teils der HistorikerInnen auslöst. Conze kommt damit auf die Forderungen der Hohenzollern zurück, schreibt von der „Erosion eines geschichtspolitischen Konsenses“ (S. 249) und bringt als Beispiel einen „Sachverständigen“, der im Kulturausschuss des Bundestags die Frage der Hohenzollern-NS-Beziehung behandeln darf und der Zugehörigkeit zur Neuen Rechten verdächtig ist (er meint Benjamin Haselhorn). Die Debatte um den Kriegsbeginn 1914 und die Kontroverse über die Hohenzollern sind, so Conze, „Teil einer neuen Auseinandersetzung der Deutschen

über ihre nationale Geschichte, die mit der deutschen Vereinigung begonnen hat und die durch die gegenwärtigen Dynamiken einer Renationalisierung befeuert wird. Umgekehrt wirkt sich diese Renationalisierung ... auf Geschichtsbilder und Geschichtsdeutungen aus“ (S. 249).

„Schatten des Kaiserreichs“ ist eine kompakte, gut lesbar geschriebene Streitschrift, die zwar keine grundlegenden neuen historischen Erkenntnisse beinhaltet, dafür aber Zusammenhänge strukturiert und fundiert darstellt sowie mit der aktuellen politischen Diskussion verbindet. Vor allem richtet sie sich gegen ein neokonservatives Geschichtsbild, welches im aktuellen Diskurs zur Legitimation einer neonationalistischen, im rechten Spektrum angesiedelten Entwicklung agiert. Sie kommt genau zur richtigen Zeit, um Deutungsversuchen entgegenzutreten, die jüngere historische Entwicklungen für autoritäre Zukunftsperspektiven auszubeuten versuchen.

Noch anzumerken bleibt dem Rezensenten, dass er gern etwas ausführlicher erfahren hätte, was Conze unter dem „paradoxen“ Widerspruch von „Demokratisierung“ und „Parlamentarisierung“ versteht (S. 130). Das geschilderte hauptsächliche Problem des Parlaments, nämlich mangelnder bis nicht vorhandener Einfluss auf die Exekutive, leuchtet ein, während die Frage, inwieweit und auf welchen Gebieten „Demokratisierung“ stattfand und auf welchen nicht, zu knapp abgehandelt wird. Auch eine Einschätzung des Verhältnisses von ArbeiterInnenbewegung und autoritärer Obrigkeit wäre einer Erörterung wert gewesen.

Ein Dissens zwischen dem Autor dieses

eindeutig empfehlenswerten Buches und dem Rezensenten ergibt sich allerdings in der Frage des deutschen Nationalismus. Conze führt aus: „1848 blieb der deutsche Nationalismus noch partizipativ, er blieb eine progressive, tendenziell ‚linke‘ Bewegung ... In den 1860er-Jahren begann sich das zu ändern“ (S. 138). Hatten nicht Schriftsteller wie Kleist, Klopstock, Gleim, Möser und weitere bereits im 18. Jahrhundert einem Patriotismus gehuldigt, der bürgerliches Freiheitsstreben mit völkischen, rassistischen und antisemitischen Amalgamen versah? Lässt sich der deutsche Nationalismus tatsächlich periodisch in „links“ und „rechts“ aufgliedern oder gehörte nicht von Beginn an ein Überlegenheits- und Großmachtbedürfnis zu seinen Kernelementen, wie Conze selbst an mehreren Stellen seines Buches andeutet?

Claus Kristen

Von Trier in die Welt. Karl Marx, seine Ideen und ihre Wirkung bis heute. Begleitbuch zur Dauerausstellung im Museum Karl-Marx-Haus. Herausgegeben von Anja Kruke und Ann-Katrin Thomm für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2020. 204 Seiten, 25 €. ISBN 978-3-96250-657-5.

Das Geburtshaus von Karl Marx in der heutigen Trierer Brückenstraße beherbergt das Karl-Marx-Museum, das sich seit 1968 in der Trägerschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung befindet. Seit dem 200. Geburtstag von Karl Marx erwartet die Besucherinnen und Besucher, die aus der

ganzen Welt an die Mosel kommen, eine komplett erneuerte Dauerausstellung, die, wie der Vorsitzende der Stiftung, Ministerpräsident a. D. Kurt Beck, im Vorwort des neu erschienenen Begleitbuches schreibt, in ihrer „Gestaltung den historischen Ort sichtbar macht und die Vermittlung der komplexen Ausstellungsinhalte unterstützt“. Der ästhetisch ansprechende Begleitband enthält entsprechend die wissenschaftlichen Darlegungen zu den präsentierten Ausstellungsinhalten und vereint zahlreiche renommierte Autorinnen und Autoren. Neben der Einleitung ist der Band in die Kapitel Biografie, Werk, Wirkung und Hausgeschichte gegliedert, ein Anhang ist beigefügt. In ihrer Einleitung entfalten Anja Kruke und Ann-Katrin Thomm den Motivationsbogen, der die Ausstellung und das Begleitbuch überspannt. Marx soll möglichst authentisch in seinem Denken und Schaffen, in seinen Entwicklungen mitsamt ihren Brüchen, Widersprüchen, Erfolgen und Rückschlägen dargestellt und von eingeschliffenen Verengungen befreit werden. Für diese anspruchsvollen Aufgaben konnten namhafte Autorinnen und Autoren gewonnen werden. Jedes Kapitel wird von den Herausgeberinnen prägnant vorgestellt, so dass die Leserinnen und Leser mit großem Interesse die Beiträge nachlesen dürften. Das gilt nicht zuletzt für die Editionen der MEW und der MEGA. Übrigens wurden die Nachfahren der Familie Marx in die neugestaltete Dauerausstellung einbezogen. Von ihnen erhielt das Karl-Marx-Haus den Lesesessel ihres Ahnherren, eine Marx-Büste (2016) und 2018 einige Reliefs von Karl-Jean Longuet, Marxens Urenkel (1904-1981). Von Anja Kruke

und Ann-Katrin Thomm stammt auch die Marx-Kurzbiografie „Karl Marx: der Staatenlose“; Jenny Marx wird durch Margret Dietzen und Jeannine Huster vorgestellt. Illustriert werden die Portraits durch Fotos, Dokumente, Zeichnungen und weitere Exponate, ergänzt durch Wortmeldungen ihrer Nachfahren. Jürgen Herres geht der intellektuellen Freundschaft zwischen Karl Marx und Friedrich Engels nach. Zu Engels als dem „Erfinder des Marxismus“ bemerkt er: „Engels war vielmehr in doppelter Weise dessen Mit-Begründer. Wesentlich an dessen Formulierung beteiligt, konnte er nach Marx' Tod die Erwartung am Leben erhalten, Marx (und er) habe die DNA der modernen Gesellschaft entschlüsselt.“ Auf das biografische Kapitel in Ausstellung und Buch folgt die Auseinandersetzung mit dem Werk von Marx. Die Herausgeberinnen legen in ihrem einführenden Beitrag den Akzent auf seine Entwicklung hin zu einem Universalgelehrten seiner Zeit. Beginnend mit dem Studium der Rechtswissenschaften führte ihn sein Erkenntnisdrang zu immer neuen Ergebnissen, Fragen, Umwegen und zu seinen Hauptwerken. Man kann ihn beinahe vor sich sehen, liest man folgende Skizzierung aus der Feder der Herausgeberinnen: „Im Laufe seines Lebens notiert und exzerpiert Marx Unmengen. Um Zusammenhänge zu begreifen, verdichtet er vorhandenes Wissen durch Abschreiben und eigene Notizen. Auf diese Weise vergewissert sich Marx seiner Sicht auf die Welt. Seine Arbeitsweise ist rauschhaft und peinlich genau. Neue Erkenntnisse, die seine Arbeit zu entwerten drohen, verunsichern ihn immer wieder.“ Aus seinem opulenten Werk werden exemplarisch das

„Manifest der Kommunistischen Partei“ (Kruke/Thomm) und „Das Kapital“ (Michael Heinrich) vorgestellt, Wilfried Nippel beschreibt Marx als „Journalist – Politiker – Wissenschaftler“, und Gerald Hubmann geht auf den „MEGA-Marx“ ein, also auf Methodik und Editionsgeschichte der Gesamtausgabe. Zwei Entwürfe, ein Text zum „Manifest“ und ein Brief aus dem Jahr 1876, beide diakritisch bearbeitet und ausgewertet, runden dieses Kapitel auch ästhetisch hervorragend ab.

Das umfangreichste Kapitel des Begleitbuches ist der Wirkung von Marx gewidmet. Eigentlich müsste man von Wirkungen sprechen, denn auf S. 90/91 werden die Schulen bzw. Ausprägungen des Marxismus unter der Leitfrage „(k)eine geschlossene Lehre?“ aufgeführt: Marxismus, Leninismus, Maoismus, Stalinismus, Demokratischer Sozialismus, Austromarxismus, Guevarismus, Trotzismus, Kritische Theorie, Postmarxismus, Operatismus, Titoismus, Befreiungstheologie. In den vergangenen Jahrzehnten oft heftig miteinander konkurrierend, und das nicht immer friedlich, zeigt diese Vielfalt eben auch die Unabgeschlossenheit und zugleich Interpretationsfähigkeit der Marx'schen Analysen und Deutungen. Auf die Einführung durch die Herausgeberinnen folgt ein ganzer Strauß von entsprechenden Entfaltungen der Wirkungsgeschichte des Marxismus. Christina Morina befasst sich mit den politischen Anziehungskräften einer ökonomischen Theorie, Peter Brandt/Detlef Lehnert stellen „Marxistische Orientierungsmuster. Die europäische Sozialdemokratie bis 1945“, vor und Mike Schmeitzner fragt: „Diktatur aus Marx'schem Geist? Wie Marx

nach Russland kam.“ Susan Zimmermann entfaltet das Verhältnis von „Klasse und Geschlecht“, auf sie folgt Thomas Kroll, der sich der Marxrezeption der westeuropäischen Kommunisten, dem Eurokommunismus auf die Spur heftet. Erstarrungen des Marxismus wurden in vielen auf ihn aufbauenden Lehrgebäuden oder Kampfprogrammen sichtbar, sowohl im Dogmatismus Mao Zedongs als auch in Nordkorea, in afrikanischen Bewegungen oder auf Kuba, stellen Felix Wemheuer („Marx für Mao“) und Gerd Koenen („Marx kam nicht bis Addis Abeba“) fest. Dass die nationalen Befreiungsbewegungen dennoch stark vom Marxismus inspiriert wurden, ist indes eine Tatsache, der die Ausstellung Rechnung trägt (S. 132/133). Die Jahre ab 1960 bis zum Ende der sozialliberalen Koalition 1982 bedeuteten für die Bonner Republik eine Phase intensivster Marxismus-Rezeption. Die „Neue Linke“ und die Studentenbewegung der „1968er“ nahmen daran einen bedeutenden Anteil, durch den auch die programmatische Debatte in der SPD befruchtet wurde. Die legendären Debatten der Jungsozialisten zwischen Reformismus, Antirevisionismus und Stamokap und der von Peter von Oertzen maßgeblich verantwortete „Orientierungsrahmen 1975-1985“ der SPD kommen hier durch Philipp Kufferath zur Sprache, dessen Beitrag auf dem Detlef Siegfrieds zur „Neuen Linken“ aufbaut. In der Ausstellung dürfen natürlich auch Marxens Gegner nicht fehlen, im Begleitbuch finden wir auf S. 148/149 politische Plakate und andere Ausdrucksformen der Gegnerschaft zum Sozialismus. Die Adenauer-CDU tat sich hierbei genauso polemisch her-

vor wie klerikale oder rechtskonservative Kreise in Europa oder den USA. Kritisch mit einigen Schematisierungen und der Ikonisierung Marx' in der DDR setzt sich Thomas Kramer auseinander, die Rolle der Dissidenten in der UdSSR und in Osteuropa bringt Jan Claas Behrends zur Sprache. Herfried Münkler ist es aufgetragen, „Die Rückverwandlung von Karl Marx in der Marx-Engels-Gesamtausgabe nach 1989“ darzustellen, wohingegen Oliver Nachtwey die Aktualität Marx' in der Finanzkrise bejaht. Michael Quante formuliert einige „Aufgaben und Herausforderungen der Marx-Rezeption heute“, der Abschluss „What's left?“ stellt den Zusammenhang zu aktuellen globalen und systemischen Krisen her. Man könnte bilanzieren, dass es ohne wichtige Erkenntnisse, die von Trier hinaus in die Welt gelangten, keine angemessenen Problemlösungen für Gegenwart und Zukunft geben wird.

Eine Präsentation der wechsellagernden Hausgeschichte durch die langjährige Leiterin Elisabeth Neu darf nicht fehlen. In dieser Geschichte spiegeln sich sowohl Aufstieg und Spaltung der Arbeiterbewegung, die dunklen Jahre während der NS-Diktatur, der Kalte Krieg als auch die innenpolitischen Auseinandersetzungen der Bonner Republik wider. Es war Willy Brandt, der am 4. Mai 1968 anlässlich der Übergabe des Karl-Marx-Hauses an die Friedrich-Ebert-Stiftung empfahl, „nicht nur zu interpretieren, sondern auch zu verändern“. So wird der Bogen zwischen dem Geburtshaus Marx' bis zur Gegenwart ein weiteres Mal geschlagen. Der Garten als Teil des Ensembles und der Ausstellung darf ebenfalls nicht fehlen und wird reich bebildert

dargestellt. Der Anhang rundet das Begleitbuch zur Ausstellung ab. „Von Trier in die Welt“ ist ein sehr gelungener und ästhetisch und inhaltlich schmucker Band, der Appetit macht auf einen baldigen Besuch. Die Umstände sollten es endlich zulassen, wünscht man sich von Herzen!

Holger Czitrich-Stahl

Hans Hautmann: Die österreichische Revolution. Schriften zur Arbeiterbewegung 1917-1920. Promedia Verlag, Wien 2020, 256 Seiten, 19,90 €, ISBN 9783853714799.

Schwerpunkt der publizistischen Arbeiten des 1943 geborenen Hautmann war die Geschichte der revolutionären Arbeiter*innenbewegung in Österreich in den Jahren des Ersten Weltkrieges. Eine nennenswerte Rätebewegung machte in der Phase von dessen Ende auf sich aufmerksam, Teil davon ist die Gründung der späteren Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) 1918. Hautmann verwendet für diese Periode, die von Anfang 1917 bis Herbst 1920 andauerte, und von Streiks und Fabrikausschüssen geprägt ist, den von Otto Bauer geprägten Begriff der „österreichischen Revolution“.

Der Band enthält elf bereits veröffentlichte Texte aus dem Zeitraum 1978 bis 2018, die allermeisten erschienen nach Hautmanns Pensionierung 2005. Hautmann und auch die beiden Verfasser*innen des Vorwortes, Claudia Kuretsidis-Haider und Manfred Mugrauer, wollen mit diesen Texten und ihrer Neuedition an eine pro-

gressive Tradition erinnern. Sie rufen eine Ära in Erinnerung, die angesichts der aktuellen politischen Situation in Österreich sehr verschüttet wirkt. Umso wichtiger ist so eine Publikation.

Hans Hautmann kann wohl als eine Art Haushistoriker der KPÖ gelten. Von der Gründung 1993 bis 2005 ist er Präsident der Alfred Klahr Gesellschaft, die das Archiv und die Bibliothek der KPÖ als nationales Kulturgut sichert, verwaltet und wissenschaftlich zu erschließen sucht. Nicht zuletzt war der im Juli 2018 verstorbene Historiker auch lange Jahre im Vorstand der ITH („Linzer Konferenz“) engagiert.

Bernd Hüttner

Bernd Schimmler: Zwischen Humboldt-hain und den Rehbergen. Die Geschichte der Sozialdemokratie im „roten Wedding“ von Berlin. Band 6 der Reihe „Wedding-Bücher“, Verlag Walter Frey, Berlin 2021, 167 Seiten, 15 €, ISBN 978-3-946327-26-4.

Der Wedding ist die Heimat von Bernd Schimmler. Hier wurde er 1949 geboren, trat er 1968 der SPD bei. In seinem Bezirk wirkte er als Bezirksverordneter (1975-1977, 1981-1986) und als Bezirksstadtrat (1986-2000), außerdem war er Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus von 2001-2006. Der Jurist und Politiker Bernd Schimmler ist mit dem Wedding verbunden und verwachsen, und so ist es wohl folgerichtig, dass er Vorsitzender des Wedding-Heimatvereins e. V. wurde und an dieser Stelle weiterhin tätig ist.

Schimmler fasst in diesem Bändchen Beiträge zusammen, die er vor allem seit dem 125. Jubiläum der Gründung der Sozialdemokratie 1869 als „Arbeiter-Bezirks-Verein der Oranienburger Vorstadt und des Wedding“, aber auch zu späteren Anlässen verfasst hat. Insofern bietet dieses Buch wenig wissenschaftlich Neues, knüpft aber an die Arbeiten Horst Löwes an, der als Bezirksvorsteher und Chronist viel für die Aufarbeitung der Geschichte der SPD im Wedding leistete, aber sein Werk einer Gesamtdarstellung nicht vollenden konnte. So sind es fast immer kurze, aber „handliche“ Texte, die sich mit der Geschichte der Wedding-Sozialdemokratie, ihren bedeutenden Repräsentanten und kleinen Helden, aber auch mit politischen und kulturellen Entwicklungen im damaligen Bezirk befassen. Die chronologische Gliederung folgt dem gängigen Schema der Periodisierung, beginnt also mit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und setzt sich fort in der Zeit zwischen Jahrhundertwende und Erstem Weltkrieg. Weimarer Republik und NS-Diktatur werden als gemeinsames Kapitel abgehandelt, es folgen die Jahre der Nachkriegszeit und der Teilung der Stadt vor dem Mauerbau. Den Abschluss bildet die Betrachtung der Jahre 1961-2020, als der Kalte Krieg zunächst die Realität prägte, dann aber durch den Zusammenbruch des realen Sozialismus abgelöst wurde. Berlin wuchs zusammen, nicht immer schmerzfrei und selten auf leisen Sohlen, und der Wedding ging im Großbezirk Mitte auf.

Nach den ersten Regungen einer Arbeiterbewegung in der Revolution von 1848 beginnt die eigentliche Geschichte der Wedding-Sozialdemokratie 1862 mit

Ferdinand Lassalle. Zur Führungsfigur der Gründerjahre der Arbeiterpartei wurde aber Wilhelm Hasenclever, der 1877 sogar in den Reichstag einzog, bis das Bismarck'sche „Sozialistengesetz“ und die Neuwahlen ihn den Sitz im Parlament kosteten. Doch von 1884-1887 kehrte er zurück. Auf ihn folgte Wilhelm Liebknecht, der den Wahlkreis von 1888-1900 mit immer größerem Vorsprung gewann. Daher rührt der „rote Wedding“. Nach Liebknechts Tod 1900 vertrat Georg Ledebour die Weddingener Arbeiterschaft im Reichstag, 1912 mit dem Rekordergebnis von 80,8 % der Stimmen! Nebenbei erfahren die Leserinnen und Leser noch Interessantes z. B. über die „Roten Häuser“ in der Prinzenallee, die vom Parteimäzen Hugo Heimann gefördert wurden, oder über die soziale Rolle der Parteilokale für das Parteileben. Auch Arbeiterfamilien werden an typischen Schicksalen vorgestellt.

Carl Leid wurde nach 1918 zum bekanntesten Weddingener Bezirkspolitiker. Als Bezirksbürgermeister von 1921-1933 prägte er durch die Anlegung des Volksparks Rehberge, der Wassersportanlagen am Plötzensee, den modernen sozialen Wohnungsbau usw. das neue, arbeiterfreundliche Gesicht des Wedding. Doch nach dem Beginn der NS-Diktatur wurden zahlreiche Weddingener Sozialdemokratinnen und -demokraten Opfer der faschistischen Barbarei. Einige werden stellvertretend genannt. Weitere in der Zukunft bedeutende Berliner SPD-Politiker wie Ernst Reuter, Willy Brandt und Otto Suhr, aber auch die „Mutter vom Wedding“, Erika Heß, werden vorgestellt. Die Jahre der deutschen Teilung und der Teilung Berlins werden

natürlich aus sozialdemokratischer Perspektive beleuchtet, der Autor verzichtet aber bei aller Eindeutigkeit auf unnötige Polemiken.

Doch an der langsamen, jetzt fortschreitenden Erosion der ehemals beeindruckenden Verankerung der SPD im Wedding seit der staatlichen Einheit kommt auch Schimmeler nicht vorbei. Etwas wehmütig sein Schlussfazit in dieser Hinsicht: „Dies wieder zu ändern, näher am Menschen zu sein, gerade auch im Rückblick auf die erfolgreiche, aber auch vielschichtige Geschichte dieser großen Partei, wünscht sich der Autor dieses Buches nach 52-jähriger SPD-Mitgliedschaft.“ Fotos, Statistiken, Funktionärsübersichten und Wahlübersichten zum Wedding kompletieren dieses alles in allem leicht zu lesende Bändchen.

Holger Czitrich-Stahl

Michael R. Krätke/Max Reinhardt/Thilo Scholle/Stefan Stache (Hrsg.): SPD-Linke zwischen Revolution, linken Bewegungen und radikalem Reformismus. Linker Aufbruch in Geschichte und Biografien. Nomos, 2021, 390 Seiten, ISBN 978-3-8487-7052-6.

An sozialdemokratischer Geschichte Interessierte hatten zuletzt rund um das Jubiläumsjahr 2013 Gelegenheit, aus einer Vielzahl Neuerscheinungen zu wählen. Anlässlich des 150-jährigen Bestehens der SPD legte auch die Zeitschrift SPW eine Artikelserie auf, die sich dezidiert Aspekten, Akteurinnen und Akteuren aus der Ge-

schichte der Parteilinken widmete. Dabei wurden auch vielfach in Vergessenheit geratene Figuren neu beleuchtet und in Erinnerung gerufen. Aufbauend auf diese Artikelserie haben nun Michael R. Krätke, Max Reinhardt, Thilo Scholle und Stefan Stache, allesamt Herausgeber oder Redakteure der SPW, einen Sammelband herausgegeben, der fast vierzig Beiträge zur Geschichte der SPD-Linken vereint und dem es daran gelegen ist, ein Bild der Parteilinken zu zeichnen, die kein monolithischer Block ist, sondern sich vielmehr aus verschiedenen Strömungen zusammensetzt und nicht ohne Rücksicht auf den jeweiligen historischen (partei-)politischen Kontext verstanden werden kann.

Den Herausgebern geht es nach eigener Auskunft darum, mit dem Versuch einer epochenübergreifenden Darstellung in Einzelporträts und -beiträgen eine Lücke der bisherigen sozialdemokratischen Geschichtsschreibung zu schließen oder zumindest zu überbrücken. Berücksichtigt werden nicht nur SPD-Funktionärinnen und -Funktionäre, sondern ebenso Theoretikerinnen und Theoretiker ohne SPD-Parteibuch, u. a. die Austromarxisten Otto Bauer und Max Adler. Charakteristisch, so die Herausgeber, sei für die Protagonistinnen und Protagonisten der SPD-Linken ihre Herkunft aus verschiedenen Milieus. Einend sei der Wille nach grundsätzlicher politischer und gesellschaftlicher Veränderung. Gemeinsam sei auch die aus Sicht der Herausgeber im Laufe der Jahrzehnte überwiegend falsche oder interessengeleitet verzerrende Rezeption und Wiedergabe linker Positionen. Ihrem Buch stellen sie den Appell voran, dass eine Partei, die weiterhin

Volkspartei sein wolle, immer milieu- und flügelübergreifend aufgestellt sein und agieren müsse. Hinzu komme die Notwendigkeit der Offenheit gegenüber neuen sozialen und politischen Bewegungen.

Die Herausgeber haben sich in der SPW, aber auch an anderer Stelle mit eigenen Publikationen in den letzten Jahren allesamt darum verdient gemacht, sozialdemokratische Geschichtsschreibung wiederzubeleben und besonders linke Diskurse, Akteurinnen und Akteure aus der Vergessenheit zu befreien. Hier reiht sich dieser Sammelband ein. Mit dem vielfältigen Überblick über vielfach Bekanntes sowie eher Vergessenes wird der umfangreiche Sammelband damit dem eigenen Anspruch allemal gerecht. Die Herausgeber selbst steuern viele der Beiträge aus eigener Feder bei. Besonders Michael R. Krätke zeigt sich hier wieder einmal als thematisch breit aufgestellter und überaus kenntnisreicher Vielschreiber.

Sein Beitrag über den „Dandy“ Ferdinand Lassalle bietet eine gute Einführung insbesondere in Lassalles an Hegel orientierte Schriften, wenngleich offenbleibt, inwiefern sich Traditionslinien möglicherweise bis in heutige Diskurse ziehen lassen. Rosa Luxemburgs Schrift „Akkumulation des Kapitals“ stellt er als Beitrag vor, der von Marx gelassene Leerstellen füllt. Paul Levi stellt für ihn eine bislang zu wenig beachtete Integrationsfigur der SPD-Linken in der Weimarer Republik dar, die früher als andere vor der faschistischen Gefahr warnte.

Max Reinhardt wagt eine Überblicksdarstellung über Wandel und Traditionslinien der SPD-Linken bis heute. In Kai-

serzeit und Weimarer Republik nehmen dabei die Revisionismusdebatte sowie die Diskussion um die Haltung zur Kriegsfrage wesentlichen Raum ein. Die Darstellung folgt eher Parteitagsbeschlüssen als den Debatten in den zahlreichen Zeitschriften aus dem Parteiumfeld. Die Zeit von Verfolgung, Verbot und Exil zwischen 1933 und 1945 bleibt unterbeleuchtet. Nach 1945 wird eine eher autoritäre Parteiführung für die fehlende Einbindung der Jugend verantwortlich gemacht, weshalb sich ab 1969 die Jusos auch dezidiert als innerparteiliche Opposition verstanden. Ab 1972 wird die SPD-Linke auf Augenhöhe mit anderen Flügeln in der Partei gesehen. Herausgestellt werden insbesondere die vielfachen Kontakte und Anknüpfungspunkte an die neuen zivilgesellschaftlichen und sozialen Bewegungen. Während die Kanzlerschaft Helmut Schmidts eine bedeutende Schwächung für linke Positionen in der Partei bedeutete, wird das Berliner Programm von 1989 als letzter großer Erfolg der Parteilinken verbucht. Auch wenn der Beitrag in der Darstellung bereits 2013 abbricht, so stellt er doch unmissverständlich die Bedeutung der Parteilinken für die Gesamtpartei heraus. Ihr Stand in der SPD sei „ein Gradmesser für die SPD insgesamt“.

Thilo Scholle rekapituliert in einem größeren Beitrag nochmals sehr quellenkundig die innerparteilichen Debatten um den Ersten Weltkrieg und die Gründung der USPD. Im Mittelpunkt seiner Darstellung steht dabei Hugo Haase.

Stefan Stache ruft mit seinem Beitrag einen Namen auf, der vielen heute nicht mehr so geläufig sein wird: Horst Peter. Immer wieder finden sich zwischen den allseits

bekanntesten Namen der Parteigeschichte auch die eher Unbekannten in diesem Sammelband. So z. B. auch Arthur Stadthagen im Beitrag von Holger Czitrich-Stahl, Max Seydewitz in einem Beitrag von Uli Schöler oder Franz Lepinski in einem Beitrag von Thilo Scholle. Warum auch Willy Brandt seinen Platz in einer Geschichte der SPD-Linken hat, argumentiert die 2017 verstorbene Helga Grebing in einem Beitrag.

Einen deutlichen Schwerpunkt setzt die Auswahl der Beiträge auf die Zeit bis Ende der Weimarer Republik. Gegenwartsbezüge kommen bis auf wenige Ausnahmen wie beispielsweise Max Reinhardts Habitusanalyse von SPD-Spitzenpolitikerinnen und -politikern am Ende des Buches ein wenig zu kurz. Nicht immer ist auf Anhiob ersichtlich, wenn es sich bei Beiträgen um den Wiederabdruck früherer Veröffentlichungen handelt. Hier fehlt die Einheitlichkeit der Kenntlichmachung, so wie sowieso die Buchaufmachung mit den sehr engbedruckten Seiten in Broschur-Bindung für den beachtlichen Umfang von 390 Seiten leider enttäuschend ist. Das schmälert jedoch nicht die ansteckende Leidenschaft und den beeindruckenden Kenntnisreichtum, den die Autorinnen und Autoren für die Organisation- und Diskursgeschichte der SPD-Linken, ganz besonders aber einzelne ihrer Protagonistinnen und Protagonisten durchweg erkennen lassen.

Robert von Olberg

Ronny Noak: Die Heimvolkshochschule Tinz. Ein Experimentierfeld sozialistischer Bildung. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, Erfurt 2021, 37 S.

Julian P. J. Degen/Christian Schaft/Paul Wellsow: „... bleibe stolz und trage Deinen Kopf hoch“. Eine Kurzbiografie über Karl Zink. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, Erfurt 2020, 23 Seiten.

Das verbindende Motto der Geschichtswerkstätten-Bewegung, die sich seit den Siebzigerjahren in der Bonner Republik verbreitete, lautete: „Grabe, wo du stehst“. Das brachte zum Ausdruck, dass fernab der „großen Geschichte“ das Leben, Leiden und Wirken der kleinen Heldinnen und Helden und die Geschichte im lokalen Maßstab nun endlich ihrer Vernachlässigung entrissen werden sollten. Logischerweise vollzog sich dieses meist ehrenamtliche Forschen parallel zur „Oral History“ und trug letztlich zu einer beträchtlichen Verfeinerung von Wissenschaft und Geschichtskultur bei. Mit der staatlichen Einheit konnten sich nach 1990 nun auch die in beiden deutschen Staaten existierenden Strömungen der „Geschichte von unten“ verbinden und miteinander verknüpfen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen hat auf diesem Sektor bereits einige Publikationen zur lokalen und regionalen Arbeiterbewegung vorgelegt, von denen hier nun zwei exemplarisch vorgestellt werden sollen.

Der Historiker Ronny Noak (Friedrich-Schiller-Universität Jena) legte zu Beginn des Jahres 2021 eine Untersuchung der sozialistischen, gewerkschaftlich ori-

entierten und parteipolitisch unabhängigen Heimvolkshochschule Tinz bei Gera vor, exemplarisch vor dem Hintergrund vergleichbarer Bildungsstätten in der Weimarer Republik. Sie sollte unabhängig von den Strömungen und Organisationen der Gesamtheit der Arbeiterbewegung zugutekommen. Bei ihrer Gründung hieß es, sie werde „von Sozialisten geleitet. Sie wird die geistigen und sittlichen Werte des Sozialismus ihren Schülern durch Lehre und Beispiel vermitteln“, ohne jedoch eine reine „Kaderschmiede“ oder ein Instrument der Parteikämpfe sein zu wollen. Das ehemalige Sommerschloss des Fürstenhauses Reuß-Gera wurde von der Regierung des „Volksstaates Reuß“ (1919/20) als Arbeiterhochschule unter der Leitung des Pädagogen Gustav Hennig (SPD/USPD) gewidmet. Mit der Gründung Thüringens 1920 ging es in den Besitz des Landes über und sollte auch ein politisches Gegengewicht gegen die beiden bestehenden Heimvolkshochschulen in jugendbewegter (Dreißigacker bei Meiningen) und nationalistisch-völkischer Tradition (Bad Berka) bilden. Mit dem Zustandekommen der Linksregierung von SPD und USPD des Ministerpräsidenten August Frölich (SPD) ab 1921, der als Kultusminister Max Greil (USPD/SPD), ein ausgewiesener sozialistischer Bildungsreformer angehörte, schienen die Rahmenbedingungen für ein gesamtsozialistisches Volkshochschulprojekt günstig wie nie zu sein. Doch nach der gewaltsamen Entmachtung der Linksregierung, der seit Oktober 1923 auch die KPD angehörte, durch eine Reichsexekution im November 1923, gerieten die Tinzener Bildungsstätte und ihr Lehrpersonal

immer stärker unter den Druck der 1924 angetretenen konservativen Regierung. Aus Gründen des Selbstschutzes erhielt Tinz nun ein eher an SPD/ADGB-orientiertes Gesicht, da nur die SPD, seit 1922 vereinigt mit der USPD, materiell die Heimvolkshochschule unterhalten konnte. Die Landesregierung strich ihr die finanzielle Unterstützung. Weder eine demokratische Schulreform noch eine institutionalisierte sozialistische Arbeiterbildung oder das Bauhaus waren im rechtskonservativen Thüringen nun wohl gelitten. Dennoch dauerte es bis zum 17. März 1933, bis die SA die Volkshochschule stürmte und schloss.

Der Autor gibt einen gerafften Überblick über die Leiter der HVS Tinz (Gustav Hennig, Alfred Braunthal, Erich Winkler), bedeutende Lehrpersönlichkeiten (Otto Jenssen), und bekannte Gastdozentinnen und -dozenten (z. B. Hermann L. Brill, Anna Siemsen, Karl Kautsky, Otto Suhr, Marie Juchacz, Ernst Fraenkel, Karl Korsch, Max Adler, Erich Ollenhauer). Weiterhin erwähnt er zentrale Unterrichtsinhalte (programmatische Texte der Arbeiterbewegung, Texte von Bebel und Kautsky, Verteidigung der Republik gegen den Faschismus, Errungenschaften der Revolution 1918/19), die den Schülerinnen und Schülern nahegebracht wurden. Interessant ist die Liste der Tinzler Absolventen und die Aufstufung ihrer Zusammensetzung 1927, vorwiegend aus der SPD und ihrem Umfeld oder dem ADGB, vereinzelt auch Mitglieder der KPD. Viele nahmen nach der Befreiung vom NS-Regime ihre politische Arbeit in den Westzonen und der späteren Bundesrepublik bzw. in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR wie-

der auf. Zu den Bekanntesten gehören der spätere Schatzmeister der SPD Alfred Nau, der SPD-Landtagsabgeordnete und Verleger der Freien Presse (Bielefeld) Emil Gross, und Gustav Heller (SPD Württemberg-Baden). In der SBZ bzw. der DDR verblieben ehemalige „Tinzianer“ eher in der zweiten Reihe, zumal wenn sie vor dem 22. April 1946 der SPD angehört hatten. Aber der spätere Geraer Oberbürgermeister Curt Böhme kann hier benannt werden. Von 1947 bis 1990 diente Schloss Tinz der SED als Arbeiterhochschule, später als Kreisparteihschule. Nach einer Odyssee von Nachnutzungen residiert dort nun die Duale Hochschule Gera-Eisenach. Ronny Noak hat eine komprimierte und gut lesbare Studie über die kurze und lebhaft Geschichte einer Arbeiterbildungsstätte vorgelegt.

Ebenso spannend, aber mit tragischem Ende, liest sich die Kurzbiografie über Karl Zink (1910-1940), eines Kommunisten und Widerstandskämpfers gegen den Faschismus aus (Zella-)Mehlis. Seine Familie zog 1917 nach Ilmenau. 1931 trat Karl Zink der KPD bei, nachdem er sich in der Erwerbslosenbewegung und in der Roten Hilfe engagiert hatte. Die Weltwirtschaftskrise machte ihm und der elterlichen Familie schwer zu schaffen. Unmittelbar nach der Machtübertragung an Hitler begann Zink seine Widerstandstätigkeit. 1935 wurde er in Sömmerda verhaftet und zu zwei Jahren Haft wegen „illegaler Weiterführung der KPD“ verurteilt, die er als Moorsoldat verbüßte. Er wurde am 1. September 1939 erneut verhaftet, ebenso sein jüngerer Bruder Walter (geb. 1918). Karl wurde zum Tode verurteilt, Walter zu fünf

Jahren Zuchthaus. Am 6. September 1940 wurde das Todesurteil in Plötzensee vollstreckt. Walter starb im KZ Flossenbürg, sein Todesdatum ist nicht bekannt.

Diese kurze Biografie stellt uns einen mutigen Widerständler vor Ort vor, der sich nicht unterkriegen ließ und für seinen Mut mit dem Tod bezahlte. Seiner Mutter schrieb er am 4. September 1940: „Als letztes rufe ich Dir zu, bleibe stolz und halte Deinen Kopf hoch bis zum letzten Atemzug, wie es auch unser Vater getan hat.“ Dies der Nachwelt trotz schwierigster Quellenlage erhalten zu haben, ist ein Verdienst dieser kleinen Arbeit. Christian Schaft weist nicht ohne Grund am Ende des Heftes darauf hin, dass im heutigen Thüringen völkisch-nationalistische und rechtsradikale Einstellungen gefährlich verbreitet sind und im sog. „Flügel“ der AfD besonders aggressiv propagiert werden. Deshalb ist die Erinnerung an mutige Menschen aus der Arbeiterbewegung, die sich dem Faschismus entgegen stellten, besonders geboten.

Holger Czitrich-Stahl

Jürgen Hofmann: Ein Friedhof für alle Bekenntnisse. Der Zentralfriedhof Friedrichsfelde in Berlin. kommunalpolitisches forum e. v. (berlin) 2021, 10 €, ISBN 978-3-00-068758-7.

Der Autor dieses schönen, reich bebilderten Büchleins ist kein Unbekannter. Jürgen Hofmann, langjähriger Sprecher der Historischen Kommission der Partei Die Linke, hat in der DDR mehrere hervorragende

Studien zur Revolution von 1848/49¹ verfasst und sich in den letzten drei Jahrzehnten mehr zeitgeschichtlichen² und lokalhistorischen Themen zugewandt. Verdient machte er sich vor allem um die Geschichte des Berliner Bezirks Lichtenberg³, wo er seit Jahren Verordneter der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ist. Er schrieb eine kurze Geschichte des Bezirks und eine Biografie ihres vielleicht bedeutendsten Lichtenberger Ersten Bürgermeisters Oskar Ziethen, eines praxis-orientierten Konservativen alter Schule. Er hat die Errichtung eines städtischen Krankenhauses durchgesetzt⁴, das seinen Namen trug, sich heute traditionsvergessen bloß Sana-Klinikum nennt. Zugleich kümmerte sich Jürgen Hofmann als einer der Gründer des Förderkreises⁵ Erinnerungsstätte der deutschen Arbeiterbewegung Berlin-Friedrichsfelde

-
- 1 Jürgen Hofmann: Das Ministerium Camphausen-Hansemann, zur Politik der preußischen Bourgeoisie in der Revolution 1848/49, Berlin 1981.
 - 2 Jürgen Hofmann: Konflikt – Konfrontation – Kooperation. Deutsch-deutsche Beziehungen in vierzig Jahren Zweistaatlichkeit, Potsdam 1998; ders.: Die Doppelbiographie der Bundesrepublik. Anmerkungen zum Nachhall deutscher Zweistaatlichkeit, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 119, Sept. 2019.
 - 3 Jürgen Hofmann: Lichtenberg. Kurze Geschichte eines Berliner Bezirks, Berlin 2013.
 - 4 Oskar Ziethen. Stationen eines preußischen Kommunalbeamten, Museum Lichtenberg 2016.
 - 5 Aus seiner Feder erschien schon 2006 im Neuen Architekturführer Nr. 91: Der Zentralfriedhof Friedrichsfelde-Berlin, Berlin 2006. Regelmäßig veranstaltet Jürgen Hofmann auch „Friedrichsfelder Friedhofspaziergänge“.

seit Langem um eben diesen Zentralfriedhof.

Sein Buch „Ein Friedhof für alle Bekannte“ beruht auf umfangreichen Archivforschungen und gleichzeitigen nicht weniger intensiven Literaturstudien. Es darf wohl die mit Abstand beste Geschichte des Friedhofs genannt werden. Und sein „biografischer Führer“ ist einmalig. Der Friedhof hatte eine lange Geschichte, bevor er in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung zum vielleicht offiziellen Friedhof des untergegangenen Staates DDR wurde. Über die Grenzen Berlins bekannt wurde er durch seine jährlichen Demonstrationen für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Und er ist heute ein bedeutendes und anerkanntes Denkmal der Geschichte geworden.

In den 1870er-Jahren kaufte die Stadt Berlin in der Feldmark von Friedrichsfelde von einem Gutsbesitzer 25,5 ha Land für einen Friedhof, so berichtet der Autor. Der Ort war von der Frankfurter Allee aus gut zu erreichen und bald sollte auch eine Bahnlinie vorbeiführen. Der Stadtrat Ernst Friedel und der Stadtgartendirektor Hermann Mächtig, ein Schüler Linnés, wollten von vornherein einen Parkfriedhof anlegen, was in der Zeit lag. Es sollte überdies kein Armenfriedhof werden. Die erste Bestattung, womit der Friedhof feierlich eröffnet wurde, war im Mai 1881 indes die eines mittellosen Arbeiters. Es gab in der Tat auch eine Reihe von reichen Erbbegräbnissen und Familiengräbern. Der Bankier Bleichröder ließ sogar ein Mausoleum erbauen. Aber als man 1912 feststellte, dass alle Flächen belegt waren, war die Mehrzahl der über 111.000 Gräber von der Stadt be-

zahlt worden. Zugleich wurde Friedrichsfelde „ein Wegbereiter für die Feuerbestattung“ (S. 8), die u. a. von Rudolf Virchow nachhaltig unterstützt wurde. Dafür wurde eine Urnenhalle (Kolumbarium) gebaut, da die Urne noch nicht in den Boden versenkt wurde. Erst 1911 wurde in Preußen die Feuerbestattung zugelassen.

Mit der Beisetzung Wilhelm Liebknechts 1900 wird eine neue, die zweite Etappe in der Geschichte des Friedhofs eingeleitet. Da sich weitere führende Männer der Sozialdemokratie wie Ignaz Auer und Paul Singer in Friedrichsfelde bestatten ließen, „entstand im Umfeld des Grabes von Wilhelm Liebknecht ein Quartier, das von Gräbern sozialdemokratischer Persönlichkeiten dominiert wurde“ (S. 9), und es bürgerte sich für Friedrichsfelde die Bezeichnung Sozialistenfriedhof ein. Verstärkt wurde dieser Trend dadurch, dass den Opfern der Januarkämpfe von 1919 die Beisetzung auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain verweigert wurde und sie in Friedrichsfelde ihre letzte Ruhestätte fanden. Auch für Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs Grabstätte galt dies. In der zweiten Hälfte der Zwanzigerjahre entstand die bis heute in den Januartagen wiederkehrende Gedenkemonstration für Karl und Rosa.

Den Januarkämpfern zu Ehren wurde, von Wilhelm Pieck als Vorsitzenden eines Denkmalkomitees vorangetrieben, das von Mies van der Rohe entworfene Revolutionsdenkmal errichtet und am 13. Juni 1926 eingeweiht. Ihm widmet der Autor ein eigenes Kapitel (S. 19-23). Das wuchtige Denkmal von zwölf Meter Länge, vier Meter Breite und sechs Meter in der Höhe

„aus schwarzgebrannten und schwarzverfugten Klinkern“ zierten nur ein großer Sowjetstern aus Chrom-Nickel-Stahl und eine Fahnenstange. Die Nazis ließen es 1935 schleifen und die Gräber einebnen. Unmittelbar nach dem Krieg war der historische Ort noch Stätte für Kundgebungen. Seit 1983 erinnert nur noch eine von Günter Stahn und Gerhard Thieme gestaltete Bronzeplatte, die „das Relief des ursprünglichen Bauwerks wiedergibt“, an das Denkmal (S. 22/23). Daneben aber existierte noch eine eindrucksvolle „temporäre Installation“ der Anlage mit einem Bildnis des Revolutionsdenkmals. Davon besteht weiter eine inhaltsreiche Freiluftausstellung und eine genaue Lagebestimmung der Opfergräber. (Siehe dazu das Foto auf Seite 13.) Da die Anlage am Ende des Friedhofs liegt, wird sie jedoch nur selten besucht.

Eine neue Qualität und die dritte Etappe erreichte der Friedhof als letzte Ruhestätte der Sozialisten nach dem Zweiten Weltkrieg, was der Autor in weiteren speziellen Passagen und Artikeln darstellt (S. 11-14 und 23-28). Wilhelm Pieck schlug zunächst dem gemeinsamen Berliner Nachkriegsmagistrat vor, nicht nur den Friedhof der Märzgefallenen wieder herzustellen, sondern auch in Friedrichsfelde die Gräber der Sozialdemokraten wieder in Ordnung zu bringen und das Revolutionsdenkmal wiederherzustellen. Im Unterschied zum Märzfriedhof im Friedrichshain, wo noch zum Jahrhundertgedenken an die Revolution von 1848 im März 1948 eine gemeinsame Wiedereröffnung stattfand, blieb es in Friedrichsfelde bei einem unter Ernst Reuter am 28. Mai 1949 zwar beschlossenen, aber nicht mehr realisierten Wettbewerbsentwurf

zur Gestaltung einer gemeinsamen Anlage für die „Großen Sozialistischen Führer“.

Inzwischen vollzog sich die Spaltung der Stadt. Erst Ende 1949 wurde ein vom Magistrat von Ostberlin veranstalteter und von den Landschaftsarchitekten Reinhold Lingner und den Architekten Hans Mücke und Richard Jenner vorgelegter Entwurf von Wilhelm Pieck bestätigt. Er entspricht im Wesentlichen der heutigen Gestaltung der Gedenkstätte. Doch verzichtete der Parteivorstand der SED gegen den Protest der Architekten aus angeblichen Beschaffungsgründen auf die vorgesehene Gruppenplastik von Fritz Cremer zugunsten eines großen Monolith aus Rochlitzer Porphyrt im mittigen Rondell mit der Inschrift: „Die Toten mahnen uns“. In der Ringmauer wurden sozialdemokratische Führer umgebettet oder erhielten Symbolgräber. An den Kopfen der Ringmauer befanden sich von Fritz Kühne kupfergetriebene Flammschulen, die jedoch 2012 gestohlen wurden. Der Autor verweist auf mehrere Umgestaltungen, nennt auch die abgebrochenen Verhandlungen um eine Überführung von Ferdinand Lassalle aus Wroclaw und erwähnt schließlich die „grundlegende denkmalgerechte Sanierung der Gedenkstätte“ 2005/2006, wofür eine halbe Million € aus der Lottostiftung verwendet werden konnte. Am Schluss heißt es: „Die Gedenkstätte der Sozialisten ist in der Landesdenkmalliste erfasst. Sie bleibt deshalb für weitere Beisetzungen geschlossen.“

Der Autor stellt weitere Bauwerke des Friedhofs mit ihren historischen Veränderungen vor, so die Feierhalle, das Verwaltungsgebäude und das ehemalige Torhaus und die Toranlage. Er erläutert

die nachträglich eingerichtete Urnengrabanlage Pergolenweg für verdiente Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Kultur, schildert den 1975 eingerichteten Ehrenhain für Verfolgte der Naziregimes, der 1995 infrage gestellt wurde, aber auf Initiative der Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand gesetzlich gesichert wurde. Erwähnt werden schließlich die Kriegs- und Kindergräber, und der Autor weist auf eine besondere Künstlerabteilung hin, die durch die Grabanlage von Käthe Kollwitz und deren Familie eröffnet wurde.

Mehr als hundert Seiten des Buches sind „ein biografischer Führer“ durch die Grabstätten und Gräber. Dass es sich um eine Auswahl handelt, versteht man bei der Zahl der Grabstätten. Der Autor macht den Leser mit kurzen nüchternen biografischen Daten der beigesetzten Persönlichkeiten bekannt. Der Führer folgt den Grabanlagen des Friedhofs, von der Gedenkstätte der Sozialisten über den Pergolenweg und die VdN-Anlage bis zur Künstlerabteilung. Und er ist alles in allem ein Compendium der Prominenz in Politik, Wirtschaft und Kultur der untergegangenen Deutschen Demokratischen Republik, ein würdiges und aufschlussreiches Dokument ihrer Geschichte.

Walter Schmidt

**Arbeitnehmerkammer Bremen (Hrsg.):
100 Jahre für eine gerechte Arbeitswelt.
Bremen 2021, 239 S., Schutzgebühr 25 €.**

Die Arbeitnehmerkammer Bremen wird im Juli 1921 gegründet und legt aus diesem

Anlass eine von ihr in Auftrag gegebene „Festschrift“ vor, die ihre eigene Geschichte und die Vorgeschichte seit den 1880er-Jahren erzählt. Chronologisch unterteilt in sechs Kapitel, wird die Entwicklung dieser der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften nahestehenden Einrichtung(en), juristisch heute eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, aufgefächert.

Arbeiter- bzw. Arbeitnehmerkammern gibt es in dieser Form, außer im Bundesland Bremen, noch in Österreich und, als Arbeitskammer, im Saarland. Die Bremer Gründung ist eine Folge der Novemberrevolution bzw. der Bemühungen, die in ihr Ausdruck findenden Forderungen der ArbeiterInnen einzuhegen. Die Forderung nach einer „Arbeiterkammer“ hatte es erstmals 1888 gegeben, und von 1899 bis 1905 war Friedrich Ebert erster Sekretär des Arbeitersekretariats, eines funktionalen Vorläufers.

In Bremen existierten zwei Kammern parallel: Arbeiterkammer und Angestelltenkammer, was gelegentlich zu Verwerfungen zwischen ihnen führte. Aufgabe beider war aber die Politikberatung durch Expertise(n) und Stellungnahmen, die juristische Beratung aller ArbeiternehmerInnen und zusehends die kulturelle und politische Bildung.

1936 wurden die Kammern von den Nazis aufgelöst und im Sommer 1945 dann sofort wiedergegründet. Streitpunkt damals bis heute war die Finanzierung der Kammern aus einer Abgabe, die jede_r in Bremen Arbeitende zu zahlen hat, da er und sie durch das Arbeitsverhältnis Mitglied der Kammer(n) ist. Arbeitslose sind ebenfalls Mitglied und haben damit Anspruch auf Beratung. CDU und Liberale nennen diese ge-

setzliche Regelung „Zwangsmitgliedschaft“.

In der beginnenden Strukturkrise der klassischen Industrien stieg die Arbeiterkammer immer mehr in den Bereich Bildung und vor allem Umschulungen ein und expandierte, durch Mittel des Arbeitsamtes und auch der EU, ungemein. Ab 1975 gibt es in Bremen ein Bildungsurlaubsgesetz, was dazu führte, dass die Kammern die größten Anbieter von Bildungsurlaub sind – und zwei große, eigene Bildungszentren im Umland betreiben. Bereits 1971 wurde mit der frisch gegründeten, relativ linken Universität Bremen die Kooperation Universität – Arbeiterkammer (KUA) gegründet. Die KUA ist die bundesweit erste richtige, das heißt mit Personal und Etat ausgestattete Kooperation dieser Art. Eine fruchtbare zudem, da nun Themen wie z. B. Arbeitsbeziehungen, Arbeitslosigkeit, Gesundheitsschutz auch wissenschaftlich untersucht und die Ergebnisse publiziert und z. B. wieder in die Bildungsarbeit eingespeist werden. Aus dieser Kooperation ist neben dem Institut für Arbeit und Wirtschaft (IAW) auch das Zentrum für Arbeit und Politik (zap), ehemals Akademie für Arbeit und Politik, hervorgegangen, die beide bis heute arbeitnehmerorientierte Wissenschaft an der Universität betreiben. Zu Beginn 2001 fusionierten die Arbeiterkammer und Angestelltenkammer dann zur heutigen Arbeiterkammer, 2017 betrug der Jahrestat 19 Millionen Euro.

Der Band ist sehr ansprechend gestaltet und modern illustriert. Er gibt einen guten Einblick in einige Aspekte der Sozial-, Wirtschafts- und Politikgeschichte Bremens, wenn auch aus der (Binnen-) Perspektive der Kammern und ihres Poli-

tikansatzes der Interessenvertretung und Sozialpartnerschaft.

(<https://www.arbeiterkammer.de/100-jahre-arbeiterkammer.html>).
Bezug über presse@arbeiterkammer.de.

Website der IRLG: <http://www.internationale-rosa-luxemburg-gesellschaft.de>.

Bernd Hüttner

Timo Daum / Sabine Nuss (Hrsg.): Die unsichtbare Hand des Plans. Koordination und Kalkül im digitalen Kapitalismus. Dietz Verlag, Berlin 2021, 268 Seiten, 18 €.

Die Frage, wie eine Wirtschaft nach dem Ende des Kapitalismus gelenkt werden könnte, beschäftigt die sozialistische Debatte seit mehr als einhundert Jahren. In ihrer Einleitung zum Band „Die unsichtbare Hand des Plans. Koordination und Kalkül im digitalen Kapitalismus“ verweisen die Herausgeberin Sabine Nuss und der Herausgeber Timo Daum denn auch als erstes auf Lenins programmatische Ansage aus „Staat und Revolution“ aus dem Jahr 1916, nächstes Ziel sei, die gesamte Volkswirtschaft nach dem Vorbild der Post des damaligen Deutschen Reichs zu organisieren. Diesen Gedanken kontrastieren beide mit aktuellen Überlegungen, die als beinahe planwirtschaftlich wahrgenommenen internen Organisationsabläufe von heutigen Internetkonzernen wie etwa des Logistik-Riesens Amazon als Vorbild für die Ausgestaltung einer post-kapitalistischen Organisation der Ökonomie zu nutzen. Für China sei

es sogar erklärtes Ziel, „durch Aktivitäten profitorientierter privatkapitalistischer Digitalkonzerne nach dem Vorbild des Silicon Valley (...) Big-Data-Planwirtschaft Realität werden“ zu lassen (10).

Interne Abläufe dieser Logistik-Riesen würden völlig ohne Marktmechanismen funktionieren, die Produktion sowie die Allokation von Gütern und Arbeitskraft werde koordiniert, das Kapital plane insgesamt auf einer „grandiosen Skala“. Digitale Technologien wie Künstliche Intelligenz (KI) würden eingesetzt, um Unsicherheiten des Marktes zu begegnen, künftiges Kaufverhalten möglichst genau voraussagen zu können und die Produkte dann zielgenau an den entsprechenden Kunden bzw. die entsprechende Kundin zu bringen.

Die Frage der gesellschaftlichen Planung sei zentrales Problem der Systeme im Realsozialismus gewesen: „Der Aufbau des Sozialismus scheiterte, gemessen an den eigenen Ansprüchen – vernünftige Planung, Überwindung der Ausbeutung von Mensch und Natur, gutes Leben für alle –, auf ganzer Linie. Der Unvernunft des Marktes vermochte der Realsozialismus keine vernünftige Planung entgegenzustellen. Oft herrschten gleichzeitig Mangel und Verschwendung“ (12). Mit Blick auf mögliche Anleihen einer zukünftigen sozialistischen Wirtschaft bei den Organisationsmodellen der Digitalkonzerne referieren Daum und Nuss hier auch kritische Stimmen, die nicht von einer einfachen Übernahme der Steuerungskonzepte der Digitalkonzerne ausgehen. So könne auch die These aufgestellt werden, dass „Planwirtschaft und freier Markt vielleicht zwei Seiten ein und derselben KI-gestützten Vermessungs-, Verkaufs-, und

Kontrollmaschinerie“ sein könnten (15). Die Frage sei zudem nicht ob, sondern zu welchem Zweck geplant werde und in welcher Form dies geschehe.

Der Band vereinigt sechzehn meist kürzere Beiträge, die auf drei Abschnitte verteilt sind. Der Abschnitt I „Planung: Theorie und Geschichte“ wird eröffnet mit einem Beitrag von Valeria Bruschi und weiteren zu der Frage, welche Hinweise zum Thema „Planung“ sich im Werk von Karl Marx finden. Als eigenes Fazit halten die Autorinnen fest, die eigentliche Frage laute nicht „Markt oder Plan?; sondern: Wie kommen wir von einer geplanten, kompetitiven und tauschwertorientierten Produktionsweise zu einer geplanten, kooperativen und gebrauchswertorientierten?“ (39). Oliver Schlaudt geht der Idee des „Cybersozialismus“ in einigen historischen linken Debatten nach und streicht als eine Erkenntnis die Feststellung heraus, dass Planwirtschaft eine andere Art von Informationen zur Steuerung der Produktion benötige als über (Markt-)Preise, die beispielsweise soziale und ökologische Folgekosten ausblendeten. Wie „digitale Infrastrukturen, Big Data und die Algorithmen der Künstlichen Intelligenz für die Lösung dieser Aufgabe relevant sein könnten“, stehe aber „in den Sternen“ (52). Ausgesprochen spannend liest sich der Text von Tom Strohschneider über Georg Klaus als einen der Pioniere der Kybernetik in der DDR. Nach anfänglichen Widerständen konnte dort bis in die frühen 1960er-Jahre ein umfangreiches Tagungs- und Forschungsprogramm etabliert werden, das allerdings mit der Ablösung Walter Ulbrichts die politische Unterstützung verlor. Strohschneider

zitiert hier den Weggefährten von Klaus, Heinz Liebscher, die Parteiführung habe gegen die Kybernetik auftreten müssen, da sie die Ideen der Kybernetik untrennbar mit Ideen der Selbstregulierung und Selbstorganisation verbunden sah, die in ihrer Sichtweise natürlich einen ziemlich unmittelbaren Angriff auf die führende Rolle der Partei darstellten. Liebscher habe darüber hinaus festgestellt, das Umschwenken gegen die Kybernetik habe dazu geführt, dass wichtige technologische Entwicklungen etwa in der Mikroelektronik erst mit Verzögerung in Angriff genommen worden seien und damit letztlich nicht mehr erfolgreich zur Weiterentwicklung der Wirtschaft genutzt werden konnten. Abgedruckt ist zudem ein instruktiver Text von Georg Klaus, „Kybernetik in der Welt des Menschen“, in dem dieser u. a. die Feststellung trifft, „kybernetische Maschinen (seien) im Gegensatz zu klassischen Maschinen als dialektisch zu bezeichnen“, da unter anderem Wechselwirkungen zwischen inneren und äußeren Einflüssen in die eigenen Abläufe aufgenommen würden. Die kybernetische Maschine sammle Erfahrungen und verbessere ihre Wirkungsweise in jedem weiteren Stadium ihrer Entwicklung. Inga Jacobsen und Alexander Amberger gehen auf Debattebeiträge kommunistischer Dissidenten wie Wolfgang Harich, Rudolf Bahro und Robert Havemann zurück und kontrastieren diese mit dem aktuellen Vorstoß des schwedischen Klimaforschers Andreas Malm bezüglich der Notwendigkeit eines „Öko-Leninismus“. Dieser habe einiges gemein mit Wolfgang Harichs Forderungen aus den 1970er-Jahren nach einer strikten Durchsetzung ökologischer Planung durch

die Staatsgewalten, während etwa Rudolf Bahro eher auf eine Planung auf der Basis der breiten Beteiligung aller Menschen orientiert habe.

Die Beiträge in Teil II stehen unter der Überschrift „Planungen im digitalen Kapitalismus“. Armin Beverungen skizziert das von anderen Autoren mitunter als Vorbild für sozialistische Planung in die Diskussion eingebrachte System des Unternehmens Amazon vor allem in der Organisation und Verwaltung seiner Großlager. Letztlich ordnet er dieses aber eher als eine Form eines tayloristischen Managements ein, das wenig mit der Teilhabe von Beschäftigten an ökonomischen Planungsentscheidungen zu tun habe. Am Ende seines Beitrags stellt er darüber hinaus die Frage, ob „Geschwindigkeit und Akzeleration“ nicht überhaupt als Leitmotiv aus der Debatte um eine postkapitalistische Wirtschaftsordnung verschwinden sollten. Dominik Pietron widmet sich der Plattformökonomie und hält u. a. fest, diese löse eine Verschiebung der kapitalistischen Eigentumsbeziehungen aus, in deren Zentrum fortan weniger die Produktionsmittel als die Distributionsmittel stünden. Dabei stellt er durchaus mit Sympathie die Idee öffentlicher Plattformen beispielsweise im Bereich von Mobilität vor und skizziert dabei insbesondere seinen Vorschlag öffentlicher „Datengenossenschaften“ als Treuhänder für die auf Plattformen gewonnenen und genutzten Daten. Sun Wei gibt einen eher unkritischen Überblick über aktuelle Entwicklungen in China „zwischen Staat und Markt“, dem ein deutlich differenzierterer Text von Timo Daum zum „real existierenden Plattformsozialismus“ in China folgt. Der chinesische

Weg zeige, dass Markt und Plan keine Gegensätze seien. Das Bild der Plattform könne man auf Chinas digitale Ökonomie insgesamt übertragen: „Wir haben es mit einem proprietären, staatlich kontrollierten Markt zu tun, auf dem staatlich gelenkte Akteure eine große Rolle spielen: Chinas real-existierender Plattform-Sozialismus.“ (153).

Teil III thematisiert „Planung jenseits des digitalen Kapitalismus“. Christopher Wimmer zeichnet hier die Überlegungen zur Rolle des „General Intellect“, also der Entwicklung von „Wissen“ zur Hauptproduktivkraft bei Marx nach. Jens Schröter sucht nach Verbindungen der sozialistischen Kalkulationsdebatte der 1920er-Jahre und der aktuellen Debatte über die „Commons“ im Sinne des Gebrauchs von Gemeingütern – und damit nach einer Verbindung von zentraler und dezentraler Planung und Entscheidung. Jan Groos entwickelt die Idee eines „distributiven Sozialismus“, in dem Arbeiterräte auf der Basis von Bedürfniserhebungen und -gewichtungen die Koordination der Produktion übernehmen. Katharina Volk widmet sich der Frage „Was die Kybernetik vom Feminismus lernen kann“ und wirft u. a. die Frage auf, ob nicht in Zukunft ein Algorithmus die gerechte Verteilung gesamtgesellschaftlich notwendiger Arbeiten übernehmen könne. Anna-Verena Nosthoff und Felix Machewski stellen die Frage nach Einsatzmöglichkeiten der Kybernetik im politischen Handeln, halten aber letzten Endes fest, es gehe im Politischen doch um Verhandlungsprozesse und das Aushandeln zwischen gesellschaftlichen Antagonismen, nicht um die Organisation einer bloß verwalteten Welt.

Kritisch mit rein digitalen Lösungen setzen sich auch Geert Lovink und Ned Rossiter auseinander – und hier insbesondere mit dem von vielen Protagonisten der Debatten formulierten Anspruch auf gesellschaftliche Planbarkeit. Auch Cesar Rendulez warnt im abschließenden Beitrag davor, sich den Sozialismus einfach als „einen Kapitalismus ohne Kapitalisten“ vorzustellen (260), sondern im Gegensatz eher als Teil eines Prozesses der Transformation zu verstehen, in dem Demokratie weniger eine Regierungsform als eine umfassende Lebensform wird.

Timo Daum und Sabine Nuss ist die Zusammenstellung eines ausgesprochen interessanten Sammelbandes gelungen. Spannend sind insbesondere die gut herausgearbeiteten Anschlüsse zwischen früheren Debattensträngen etwa um den Einsatz von Kybernetik mit aktuellen Diskussionen über digitale Organisationsformen bei Unternehmen. Ein vollständiges politisches Fazit wird nicht herausgearbeitet – deutlich wird aber, dass der Rückgriff auf Technologie allein bei der Gestaltung einer neuen Wirtschaftsverfassung nicht ausreichen wird.

Thilo Scholle

Informationen über Online-Publikationen zum Thema Rosa Luxemburg

Zur internationalen Konferenz „Rosa 150“ am 4./5. März 2021, veranstaltet von der „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ und der „Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft“, gibt es eine vollständige Video-Aufzeichnung des englischen Teils unter <https://www.youtube.com/playlist?list=PLvnBzZOjEg-HoRI9LGS15Apay63F7fUcB> und des deutschen Teils unter https://www.youtube.com/watch?v=oUk6Aqnh9o4&ab_channel=Rosa-Luxemburg-Stiftung (1. Tag [4.3.2021]) sowie https://www.youtube.com/watch?v=ZmRfjmAKYs4&ab_channel=Rosa-Luxemburg-Stiftung (2.Tag [5.3.2021]).

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat unter <https://www.rosalux.de/dossiers/rosa-luxemburg-und-die-revolution-in-deutschland> eine Website – laufend aktualisiert – zum Thema Rosa-Luxemburg eingerichtet.

Beiträge von Ernst Piper und Jörn Schüttrumpf über Rosa Luxemburg auf der Konferenz „150 Jahre Friedrich Ebert“ am 18./19. Februar 2021 sind zu finden unter: <https://www.fes.de/ebert150/fachkonferenz>.

Die vielfältige Reihe „Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen ist einzusehen unter <https://sachsen.rosalux.de/publikationen>. (Dort muss unter „Filter“ das Wort „Forschungsberichte“ eingegeben werden.) Uli Schöler: Gegen Ebert, für Luxemburg? Willy Brandts Urteil über die Novemberrevolution. Kostenloses Download: <https://willy-brandt.de/willy-brandt/publikationen/ulrich-schoeler-gegen-ebert-fuer-luxemburg/>.

Eine neue, sprachlich und inhaltlich prägnante Biografie von Michael Brie/Jörn Schüttrumpf: Rosa Luxemburg. Eine revolutionäre Marxistin an den Grenzen des Marxismus unter https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Rosa_Luxemburg/Rosa_Luxemburg_An_den_Grenzen_des_Marxismus.pdf.

Weitere Informationen über die Rosa-Luxemburg-Forschung gibt es auf der Website der IRLG: <http://www.internationale-rosa-luxemburg-gesellschaft.de>.

Inhaltsverzeichnis „BzG“ 3/2021

Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung

63. Jahrgang, September 2021, 3/2021

Bestellung über info@trafoberlin.de oder 030/61299418

Stefan Bollinger: Wendepunkt der Geschichte – der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941	5
Günter Wehner: Die deutsch-sowjetische Widerstandsgruppe in Berlin-Wilhelmsruh 1942-1944	19
Siegfried Prokop: Die Potsdamer Konferenz 1945 und das diabolische Junktim von US-Außen-Minister Byrnes	23
Gerd Dietrich: Traditionen, Rituale und Hoffnungen. Zur politischen Kultur des Vereinigungs-Parteitag von SPD und KPD	31
13. August 2021 – 150. Geburtstag Karl Liebknechts	
Matthias John: Karl Liebknechts bedeutendster Prozess – der Königsberger Prozess (Teil III)	49
Jörg Wollenberg: Was der Arbeiter von Rosa Luxemburg lernen kann – oppositionsfähig bleiben durch Aufklärung politischer Fehler. 10 Jahre Rosa-Luxemburg-Seminare der IG Metall	81
Holger Czitrich-Stahl: Literaturnotizen zum Rosa-Luxemburg-Jahr 2021	105
Peter Fleissner: Krisenbewältigung in Ost und West. Corona und die gesellschaftlichen Folgen	113
Interview	
Holger Czitrich-Stahl und Rainer Holze: Dreißig Jahre staatliche Einheit – linke Bilanzen und Perspektiven. Interview mit Prof. Dr. Heinz Niemann	125
Ein Brief	
Manfred Weißbecker: Prof. Dr. Werner Röhr zum 80. Geburtstag am 23. September 2021	141

Nachruf

Werner Röhr: Ein Nachruf auf Alfred Kosing (1928 – 2020) 145

Buchvorstellung

Sigrid Dauks: Vorstellung eines neuen Buches über Hedwig Hintze.

Die Historikerin Hedwig Hintze (1884 – 1942).

Verstreute Schriften 151

Rezensionen 153

Autorinnen und Autoren des Heftes

Altieri, Riccardo, Dr., Hof

Berz, Andreas, Zürich

Cäsar, Thaisa, Bonn

Czitrich-Stahl, Holger, Dr., Glienicke

Degen, Bernard, Dr., Zürich

Goldbeck, Dagmar, Berlin

Holze, Rainer, Dr., Berlin

Hüttner, Bernd, Bremen

Kristen, Claus, Erkerode

Lewin, Erwin, Prof. Dr., Berlin

Noack, Till, Jena

Notz, Gisela, Dr., Berlin

Manz, Peter, Berlin

Müller, Eckhard, Dr., Berlin

Mugrauer, Manfred, Dr., Wien

Panzig, Christel, Dr., Lutherstadt-Wittenberg

Pardon, Inge, Dr., Berlin

Pieschke, Dolores, Berlin

Prokop, Siegfried, Prof. Dr., Bernau

Schmidt, Walter, Prof. Dr., Berlin

Schmieder, Robert, Bielefeld/Berlin

Scholle, Thilo, Lünen

Sommer, Heinz, Berlin

Stroech, Jürgen, Dr., Oberbibliotheksrat, Berlin

Von Olberg, Robert, Politikwissenschaftler, Münster

Watermeier, Günter, Berlin

Wenzel, Cornelia, Berlin

Wicki, Monika, Prof. Dr., Zürich

Wissenschaftlicher Beirat

Dr. *Ursula Bitzegeio*, Bonn

Vera Bianchi, Hamburg

Prof. Dr. *Peter Brandt*, Berlin

Prof. Dr. *Gerhard Engel*, Am Mellensee

Kurt Metschies, Potsdam

Dr. *Gisela Notz*, Berlin

Dr. *Brigitte Pellar*, Wien

Prof. Dr. *Siegfried Prokop*, Bernau

Thilo Scholle, Lünen

Dr. *Carola Tischler*, München

Marga Voigt, Berlin

Dr. *Axel Weipert*, Berlin

Prof. Dr. *Jörg Wollenberg*, Bremen